



**Warten auf
Aussiger Geste**

(Seite 4)

**Sudeten-Tag
in Brünn?**

(Seite 4)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 16)

Münchener Amtsgericht weist umstrittene Satzungsänderung ab

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft kann nicht so einfach auf die „Wiedergewinnung der Heimat“ und auf Restitution verzichten. Das Amtsgericht München hat die entsprechende Satzungsänderung vorerst zurückgewiesen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wurde aufgefordert, „die Anmeldung zurückzunehmen, da ansonsten eine kostenpflichtige Zurückweisung erfolgen wird“. Begründung: „Es handelt sich bei der geänderten Satzungsbestimmung um eine Änderung des Vereinszweckes. Diese Änderung bedarf der Zustimmung aller Mitglieder.“ So schreibt es Paragraph 33 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) vor. Für eine bloße Satzungsänderung wäre lediglich eine Drei-Viertel-Mehrheit erforderlich. Doch auch die hatte es bei der Bundesversammlung am letzten Februartag nicht gegeben. Der Beschluß kam mit 48 zu 19 Stimmen bei zwei

Enthaltungen zustande, was einer Zustimmungsrate von 71,8 Prozent entspricht.

Jetzt jubeln die Gegner der Satzungsänderung, die von Anfang an mit dem BGB argumentiert hatten. „Wir haben auf voller Linie Recht bekommen, diese Runde geht an uns“, freut sich der Obmann des SL-Bezirksverbandes Oberbayern, Johann Slezak. „Ich glaube, das ist eine bittere Pille so kurz vor dem Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka Ende Juni“, so Slezak. Er fordert Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer nun auf, „nicht mehr mitzuteilen, daß die Sudetendeutschen auf ihr Recht verzichten“.

Die SL-Spitze vertraut darauf, daß die Gegner der Satzungsänderung nur eine Schlacht gewonnen haben. Die Entscheidung des Amtsgerichtes wertet Bundesgeschäftsführer Christoph Lippert als „ganz normalen Vor-

gang“, den „nur ein Rechtspfleger“ vollzogen habe. Dieser habe lediglich den Einspruch des Rechtsanwaltes der Gegenseite abgeschrieben. Die SL habe dem Gericht bereits ihre Sicht dargelegt und dabei auf Präzedenzfälle verwiesen, in denen, so Lippert, „unsere Rechtsauffassung geteilt wurde“. Daß die Landsmannschaft ihre Mitglieder auch fast einen Monat nach der Entscheidung des Amtsgerichtes nicht darüber informiert habe, begründet Lippert so: „Wir tragen einen Rechtsstreit nicht in der Öffentlichkeit aus.“ Ob Lippert noch daran glaubt, daß sich am Ende die von Posselt und Seehofer gewünschte Version durchsetzen wird? „Ja, selbstverständlich!“ Bis Redaktionsschluß war eine Entscheidung des Amtsgerichtes auf Basis der von der SL vorgelegten Dokumente nicht bekannt.

Lesen Sie dazu weiter auf Seite 3.

UNBESTRITTEN ist viel in Bewegung geraten in der Tschechischen Republik. Nach Brünn gedachte auch Prerau der Opfer, die vor 70 Jahren in dieser mittel-mährischen Stadt ermordet wurden, weil sie Deutsche waren. Vielleicht kommt man sogar in Aussig noch darauf, daß es klug wäre, es den Brünnern und Preauern gleichzutun. Allerdings: An der Elbe ist es noch schwieriger, sich glaubwürdig von den Nachkriegsverbrechern zu distanzieren. Denn dies setze wohl voraus, die Brücke, von der Ende Juli 1945 die Unglücklichen in den Tod gestoßen wurden, umzubenennen. Die trägt nämlich den Namen des obersten Rädelsführers: Edvard Beneš.

WIE AUCH IMMER. Die Stimmung gegenüber den Sudetendeutschen in Tschechien hat sich entspannt. Das liegt zum einen sicher daran, daß auch in Tschechien der Einfluß der Erlebnisgeneration schwindet. Die Nachfahren der Täter können sich aus der Distanz der historischen Wahrheit leichter stellen und laufen dabei auch nicht Gefahr, sich selbst unangenehme Fragen nach dem eigenen Tun oder Unterlassen stellen zu müssen.

DIE ENTSPANNUNG ist aber sicher auch ein Verdienst der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Das muß man bei aller Kritik, die Bernd Posselt & Co. in diesen Wochen entgegenschlägt, einräumen. Ihr konsequenter Kuschelkurs trägt insofern Früchte, als die Sudetendeutschen nicht mehr als sture Streitpartei wahrgenommen werden, die ihre Rechte nicht aufzugeben bereit ist, sondern als handzahme Versöhnungspartner, die zwar weiter ein starkes emotionales Bedürfnis nach Anerkennung ihres Leidens haben, aber keine alten Rechnungen mehr aufmachen.

SO MAG MAN sie, die Sudetendeutschen. Die geben sich zufrieden mit ein paar gefühlvollen Worten des Bedauerns und freuen sich, wenn man sie als offizielle Gäste in Prag, Brünn oder sonstwo hofiert. Sogar ihr Pfingsttreffen, das vor einigen Jahren noch bitterböse Kommentare tschechischer Politiker ausgelöst hatte, könnten sie in Tschechien abhalten.

ALLES WIRD ALSO GUT, wenn die „Störenfriede“ nicht viel zu sagen haben. Man beschenkt einander mit Worthülsen voller Nettigkeiten, beschwört die historische, nur durch ein kleines Vertreibungsdetail der Geschichte getrübe Verbundenheit – und alle haben sich lieb. Was will man eigentlich mehr? Ist das nicht schon viel mehr als vor ein paar Jahren überhaupt erreichbar schien? Was soll schlecht sein an freundschaftlichen Beziehungen zwischen einstigen Erzfeinden?

JA, ES IST GUT, daß sich das sudetendeutsch-tschechische Klima dermaßen entspannt hat. Und es ist ein Verdienst, das niemand Bernd Posselt streitig machen wird können.

DOCH ES MUSS auch gestattet sein, über den Preis dieses Klimawandels zu reden und ihn für überhöht zu halten. Denn die freundliche Atmosphäre, die unbestritten entstanden ist, wurde um den Preis der Verleugnung vieler Positionen erkaufte, welche die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft Jahrzehnte hindurch unbeirrt vertreten haben, weil sie davon überzeugt waren, daß es rechtmäßige und unveräußerliche Positionen sind. Viele Sudetendeutsche sind noch immer davon überzeugt, daß sich der wahre Wert der freundlichen Worte erst an den Taten ermesen läßt, die ihnen folgen. Bislang warten wir freilich auf solche Taten. Und da

Fortsetzung auf der nächsten Seite

DAS BILD DER HEIMAT



Die Sprudelkolonnade an der Tepl in Karlsbad mit der Stadtpfarrkirche „Zur heiligen Magdalena“.

Die halbwegs positive Nachricht vorweg: Zum ersten Mal erinnerte Deutschland mit einem bundesweiten Gedenktag offiziell an die Millionen von Landsleuten, die vor 70 Jahren zwangsweise ihre Heimat verloren. Die weniger gute Nachricht: Dieses Gedenken wurde medial überlagert vom Appell des Bundespräsidenten, mehr Empathie für die Entwurzelten von heute zu zeigen. „Denken wir heute nicht zu leicht von uns“, mahnte Joachim Gauck mit Blick auf die Integrationskraft nach dem Krieg wie auf die aktuelle Flüchtlingslage. So festigte sich sehr schnell der Verdacht, das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen solle instrumentalisiert werden, um eine unkontrollierte Masseneinwanderung politisch hoffähig zu machen. Dafür spricht allerdings einiges. Denn der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wurde von der Großen Koalition aus CDU / CSU und SPD an den internationalen Weltflüchtlingsstag gekoppelt, den die UN-Generalversammlung vor 15 Jahren beschlossen hatte. Mehr war nicht drin, so sehr sich die damalige BdV-Vorsitzende Erika Steinbach (CDU) auch abmühte. Ihr Nachfolger, der Siebenbürger Sachse Bernd Fabritius (CSU), fand die thematische Verbindung, wie er dem Berliner „Tagesspiegel“ erklärte, dennoch sehr gut: „Das Anliegen der Vertriebenen geht nicht unter. Im Gegenteil: Wenn ihr Leid verbunden wird mit dem aller anderen Opfer von Flucht und Vertreibung, wird klar, daß auch ihre Vertreibung Unrecht war.“ Ob er sich da nicht getäuscht hat? Springers „Welt“ fiel nur ein, an das Drängen der deutschen Wirtschaft zu erinnern, mit Erleichterungen im Asylrecht dem Fachkräftemangel abzuwehren.

Allein der Ort dieser Gedenk-Premiere sagt einiges aus über die Bedeutung, die man der Leidensgeschichte von etwa fünfzehn Millionen Deutschen einräumt: Nicht der Plenarsaal des Bundestages, was angemessen gewesen wäre, sondern der Innenhof des Deutschen Historischen Museums war dafür bereitgestellt worden. Das paßt zu den seit langem beobachteten Versuchen, dieses monströse Menschheitsverbrechen zu musealisieren, es den Historikern zu überlassen, politisch einen Schlußstrich zu ziehen, um die Rechtsnachfolger der ehemaligen Vertreiberstaaten nicht zu verärgern. Wer sich nur auf die kurzen Fernsehberichte verließ, mußte den Eindruck gewinnen, Joachim Gauck habe „Äpfel mit Birnen“ verglichen, als er auf Parallelen zwischen den Vorgängen vor siebzig Jahren und den Flüchtlingsströmen von heute verwies. Dabei hat der „Franziskus der deutschen Politik“, wie ihn die „Frankfurter Allgemeine“ titulierte, in seiner Rede eine durchaus differenzierte Reise in die Geschichte des sogenannten „Bevölkerungstransfers“ unternommen und dabei manches Krumme zurechtgerückt. Er machte klar, daß nicht erst die Potsdamer Beschlüsse, auf die sich die Regierenden in Prag und Warschau

so gern berufen, „Fakten“ geschaffen hatten: „Millionen Deutsche waren bereits aus dem deutschen Osten, aus Polen, der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien geflüchtet und vertrieben. Und was ‚in ordnungsgemäßer und humaner Weise‘ erfolgen sollte, hatte sich in der Realität als Albtraum erwiesen.“ Gauck hat auch an die in der Heimat Zurückgebliebenen erinnert, die entrechtet, enteignet, mißhandelt, auf Todesmärsche geschickt, ermordet, interniert, zur Zwangsarbeit herangezogen, erst scheinbar „wild“, dann vermeintlich „geordnet“ vertrieben, als „lebende Reparationen“ verschleppt in Arbeitslager in der Sowjetunion wurden. Und er hat den britischen Verleger Victor Gollancz zitiert, der schon 1947 zu dem Schluß kam: „Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte, wird diese Vertreibung als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie

BERLINER GESCHICHTSSTUNDE

— Von Gernot Facius —

veranlaßt oder die sich damit abgefunden haben. Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß an Brutalität.“

Das deutsche Staatsoberhaupt, in der DDR sozialisiert, gestand nicht „ohne eine gewisse Scham“, warum er, warum „Einheimische“ so bereitwillig verdrängten, daß die Vertriebenen „so unendlich mehr bezahlt hatten für den gewaltsamen, grausamen Krieg als wir. Warum wir, die wir die Heimat behalten hatten, aufzurechnen begannen und eigene Bombardierungen und Tote anführten, um uns gegen die Trauer der Anderen zu immunisieren. Mit politischen Thesen blockierten wir die uns mögliche Empathie“. Von diesem Bekenntnis nahm der überwiegende Teil der deutschen Presse nicht Notiz. Ebensovienig wie von Gaucks nüchterner Beschreibung der Tatsache, daß damals Deutsche zu Deutsche kamen und „häufig diskriminiert und beschimpft wurden als Polacken, Zigeuner, Rucksackdeutsche oder Habenchichte“, die sich angeblich dem Nazi-Reich „besonders angedient“ hatten: „So fand die mangelnde Solidarität noch eine zynische Begründung.“ Der Bundespräsident hat recht. Von einer Willkommenskultur konnte keine Rede sein, und die Eingliederung lief auch nur schleppend an. Was heute als gelungene Integration gelobt wird, mußte hart erarbeitet und erkämpft werden. Obwohl

Menschen gleicher Sprache, Kultur und Religion in das vom Krieg versehrte Land strömten. Anders als eine westdeutsche Legende es fabuliert hat, hatte man es nicht mit einem rührenden Gemeinschaftswerk nationaler Verbundenheit zu tun. Die neue Umgebung war „kalte Heimat“, so hat es der Historiker Andreas Kossert formuliert. Aktuell ist diese Heimat mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die sich von denen der ersten Nachkriegsjahre unterscheiden. Man darf die Unterschiede nicht kleinreden oder gar ignorieren. Professor Manfred Kittel, der diesjährige Träger des Menschenrechtspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft, hat dazu Bedenkenswertes ausgeführt. Integration sei nicht unmöglich, aber man sollte sich bewußt werden, „daß dies noch einmal eine ganz andere Nummer wäre als damals“. Wo es heute um Integration gehe, gelte, daß diese umso leichter gelinge, je kulturell näher die Einwanderer der Aufnahmegesellschaft stünden – und umgekehrt. Schaut man sich die Migrationsströme genauer an, werden die Unterschiede zu gestern deutlich. Zwar kann man die Opfer der Politik „ethnischer oder ethno-religiöser Säuberungen“ mit den Vertriebenen von damals vergleichen. Das gilt aber nicht für die Wirtschaftsflüchtlinge. Völlig zurecht warnt Professor Kittel vor einer Verkenning des individuellen Schicksals der Vertriebenen. Es gilt deshalb zu unterscheiden zwischen denen, die als junge Angehörige der Mittelschichten, die eigentlich in ihrer Heimat dringend benötigt werden, ihre Glück in Europa versuchen, und jenen, die sich und ihre Familien vor unumschlicher Gewalt in Sicherheit bringen wollen. Artikel 1 der einschlägigen Genfer Konvention sieht in dem Flüchtling eine Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nation, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohl begründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann. Das grenzt den Kreis der Aufzunehmenden ein. Wer zum Beispiel aus dem Kosovo nach Deutschland kommt, ist kein Vertriebener. Dort, stellt Bernd Fabritius klar, gebe es kaum ethnisch bedingten Vertreibungsdruck, Migrationsentscheidungen seien „wirtschaftlich bedingt“. In der aktuellen Debatte darf nicht untergehen: Schlesien, Ostpreußen und Sudetendeutsche, um nur einige Opfergruppen zu nennen, kamen nicht als Asylanten oder Migranten, auch nicht als Armutsflüchtlinge. Sie kamen als Landsleute, man hatte sie aus ihrer Heimat brutal verjagt. Diese begriffliche Unterscheidung tut not. Denn nichts ist gefährlicher als ein falsch gesetzter Vergleich. Leider hat der Berliner Gedenktag wenig zu einer sachlichen Differenzierung beitragen können.

Fortsetzung von Seite 1

reden wir noch gar nicht von der Restitution, welche manche, aber eben nicht alle, von der Agenda der Landsmannschaft streichen wollen. Es geht um die logische Konsequenz aus dem Bedauern und Bitterkeit der Opfer des Kollektivschuldprinzips. Der tschechische Staat müßte sich endlich dazu durchringen, diese Menschen zu rehabilitieren. Und das wiederum geht nur, indem jene Beneš-Dekrete, die die Sudetendeutschen (und Magyaren) betreffen, in aller Form mit einem vom Parlament beschlossenen Rechtsakt aufgehoben und nicht bloß von Juristen oder Politikern unverbindlich für unwirksam oder erloschen erklärt werden.

ANSTATT ÜBER DIE – noch gar nicht rechtsgültige – Satzungsänderung der SL zu jubeln, sollten sich tschechische Politiker den Kopf darüber zerbrechen, wie sie durch konkrete Taten den Kritikern ihres Versöhnungspartners Posselt Wind aus den Segeln nehmen.

Einreiseverbot für Bernd Posselt

Der langjährige Europaparlamentarier Bernd Posselt ist der einzige CSU-Politiker auf der Schwarzen Liste von Kreml-Diktator Wladimir Putin. Auf ihr stehen 89 europäische Politiker, die nicht mehr nach Rußland einreisen dürfen. Der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe nimmt das Verbot etwas verwundert, aber mit Stolz auf: „Ich empfinde es als Ritterschlag für meine jahrzehntelange Menschenrechtsarbeit, nicht nur in Rußland“, so Posselt gegenüber dem „Merkur“. Er habe schon in der Sowjetzeit Bürgerrechtler unterstützt und durfte auch damals nicht nach Rußland fahren. Nach Putins Machtübernahme vor fünfzehn Jahren hat Posselt den Tschetschenien-Krieg scharf kritisiert. „Ich war befreundet mit Kritikern wie Anna Politkowskaja, die – davon bin ich überzeugt und das sage ich auch laut – für ihre Äußerungen ermordet wurde. Ich habe immer Putins Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt. Also – da ist einiges in meinem ‚Sündenregister‘ zusammengekommen.“

Hammer: 20. Juli als Gedenktag

ÖVP-Vertriebenensprecher NAbg. Michael Hammer schlägt die Einführung eines Gedenktages für Flucht und Vertreibung vor. „Das wäre siebzig Jahre nach Kriegsende ein richtiges und wichtiges Zeichen – für Heimatvertriebene und für die heutigen Opfer von Flucht und Vertreibung“, spannt Hammer einen Bogen zur aktuellen Situation weltweit. Ein guter Zeitpunkt dazu wäre für Hammer der 20. Juni, der als internationaler Flüchtlingsstag begangen wird. Der Vorschlag für die Einführung eines solchen Gedenktages komme schon seit vielen Jahren von seiten der Vertriebenenverbände und sollte 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs umgesetzt werden, setzt Hammer fort. „In einigen deutschen Bundesländern gibt es einen solchen Gedenktag schon seit einigen Jahren. In Oberösterreich gibt es auf Initiative von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer seit acht Jahren den Erinnerungstag der Heimatvertriebenen, der jedes Jahr am zweiten Samstag im Juni abgehalten wird.“

Mangelhafter Kampf gegen Korruption

Die Anti-Korruptionsgruppe des Europarates (Greco) bemängelt die intransparente Parteienfinanzierung und den unzureichenden Kampf gegen die Korruption in Tschechien. In einem Bericht wird die Umsetzung von Anti-Korruptionsmaßnahmen in Tschechien als „insgesamt nicht zufriedenstellend“ bezeichnet. Von dreizehn Empfehlungen der EU aus dem Jahr 2011 habe Tschechien lediglich eine einzige zufriedenstellend erfüllt, drei wurden nur teilweise und neun überhaupt nicht umgesetzt. Tschechische Antikorruptionsorganisationen und die Oppositionsparteien kritisierten das derzeitige Mitte-Links-Kabinet. Premier Bohuslav Sobotka (Sozialdemokraten) wies die Anschuldigungen zurück und machte die Vorgängerregierungen für die Versäumnisse verantwortlich.

Staat soll Tschechen nach Rückgabe des Sudeten-Eigentums entschädigen

Geht es nach den Vorstellungen von Tomáš Pecina, des Gründers der neuen Sudetendeutschen Landsmannschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien (SKSCMS), so führt der Weg einer aufrichtigen Aussöhnung zwischen den beiden Völkern nicht an der Rückgabe des nach 1945 geraubten sudetendeutschen Eigentums bzw. dessen materieller Entschädigung vorbei. Tomáš Pecina begrüßte zwar die von der Brünner Stadtverwaltung beschlossene „Erklärung der Versöhnung“. Eine aufrichtig gemeinte „Entschuldigung“ müsse jedoch logischerweise auch weitere konsequente Taten folgen lassen.

In der Vereinssatzung der SKSCMS wird das Recht der Opfer der Vertreibung auf „Schadenersatz sowie auf Wiedergutmachung des erlittenen nichtmateriellen Verlustes und auf Wiedererlangung des Eigentumsrechtes an dem widerrechtlich konfiszierten Vermögen“ anerkannt. Der von Pecina ins Leben gerufene, von der SL in München übriges abgelehnte Verein besteht allerdings gleichzeitig darauf, daß den derzeitigen Besitzern, den vermeintlichen Eignern in der Tschechischen Republik ein entsprechender Ausgleich für die zurückzugebenden Vermögenswerte seitens des tschechischen Staates zusteht. Tschechen bzw. Personen anderer ethnischer Herkunft, die 1945 oder danach ihren (ursprünglich sudetendeutschen) Besitz erwor-

ben hatten, dürfen keineswegs die neuen Leidtragenden der kommenden Rückgabe sein, bekräftigte Pecina. Dem solle ein zu errichtender tschechischer Entschädigungsfonds effektiv entgegenwirken. Angst der Tschechen vor der Rückgabe des sudetendeutschen Eigentums sei daher unbegründet, denn man müsse Sorge dafür tragen, daß letztendlich beide Seiten, Tschechen und Deutsche, und „ihre gemeinsame Heimat“ davon profitieren. Pecina meinte ferner, diejenigen Sudetendeutschen, die zurück in ihre Heimat ziehen würden, könnten durchaus auch ihr „Know how“ mitbringen und dieses beim Aufbau zugunsten der gemeinsamen Heimat umsetzen.

Auf die Frage, ob die im ehemaligen deutschen Siedlungsgebiet lebenden Tschechen nun aus ihren Häusern und Städten wegziehen müßten, antwortete Pecina: Diesen Menschen sollte in erster Linie ein Ausgleichtsrecht für das „vorgekauft verkaufte, bzw. gewidmete Eigentum“ zustehen, wobei man dann zwischen mehreren Optionen wählen könne. Beispielsweise könnte der jetzige Besitzer nach Absprache mit dem ehemaligen deutschen Eigner (bzw. seine Erben) das Haus oder Grundstück für die ihm auszahlende finanzielle Entschädigung wieder „als rechtmäßiges Eigentum erwerben“, oder andernfalls, sollte es etwa zu kei-

nem Einvernehmen kommen, auch im selben Ort andere Immobilien erwerben. Allerdings müßte parallel auch eine Art Rückerstattungs-pflicht der Vertriebenen für die aus dem deutschen Lastenausgleichsfonds empfangenen Aufbauhilfen (etwa ein Zehntel des Wertes der in der Heimat zwangsweise zurückgelassenen Habe) zum Tragen kommen.

Wenig Arbeitslosigkeit hebt Löhne an

Die Beschäftigungslosigkeit im kommenden Jahr wird weiter sinken auf den bisher niedrigsten Stand oberhalb fünf Prozent, sagte kürzlich der Gouverneur der Tschechischen Nationalbank (ČNB), Miroslav Singer. Das führt er auf die Entwicklung der Löhne zurück, die sich seit der Krise nahezu nicht mehr erhöht haben, gab er bei einer Diskussion mit Industriellen in Brunn an. Tschechien hat laut Singer die längste Rezession hinter sich, und sie scheint am Ende zu sein. Davon zeugt eine Reihe von Zahlen aus der Wirtschaft. Die größte Überraschung ist das niedrige Wachstum der Löhne. Auf der anderen Seite erschöpft sich die Zahl der freien Arbeitskräfte. Die Arbeitslosigkeit sank im Mai auf 6,4 Prozent von 6,7 Prozent im April (čtk). wyk

Münchener Amtsgericht verweigert Registrierung der umstrittenen SL-Satzungsänderung: Historischer Stolperschritt

„Als wahrhaft historisch und einen großen Schritt in Richtung Zukunft sehe ich auch den Verzicht der Sudetendeutschen auf Restitution und Entschädigung an – so bejubelte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer im März die von der sudetendeutschen Bundesversammlung beschlossene Änderung der Satzung. SL-Bundesvorsitzender Bernd Posselt hatte damit einen wichtigen Beitrag zum neuen Schmuskurs seines CSU-Parteifreundes gegenüber Tschechien abgeliefert. Auch in Prag wurde die Satzungsänderung positiv kommentiert. Außenminister Lubomir Zaorálek etwa meinte, die Beschlüsse hätten günstigere Voraussetzungen für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen geschaffen.“

Immerhin hatte die Landsmannschaft zwei besonders heikle Punkte gestrichen: Demnach sollten die „Wiedergewinnung der Heimat“ sowie der Einsatz für „Restitution oder gleichwertige Entschädigung“ für die nach dem Zweiten Weltkrieg in der damaligen Tschechoslowakei enteigneten und vertriebenen Sudetendeutschen künftig nicht mehr Vereinszweck der SL sein. Posselt hatte die Entscheidung damit begründet, „daß wir mißverständliche und in der Außenwirkung schädliche Formulierungen durch saubere und präzise ersetzen wollen“. Statt dessen „Wiedergewinnung der Heimat“ und Restitution bzw. Entschädigung soll nun gemäß der Satzungsänderung eine weltweite Durchsetzung aller Menschen- und Grundrechte gefordert werden, darunter das Recht auf die Heimat sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen. Die EU-Grundrechtscharta soll in allen ihren Teilen für alle EU-Mitgliedsstaaten uneingeschränkt verbindlich gemacht werden. Weiter heißt es im Text der Satzung nunmehr, „Verstöße gegen diese Rechte

wie Völkermord, Vertreibungen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen sowie Diskriminierungen“ seien „weltweit zu ächten und dort, wo sie erfolgten, auf der Grundlage eines gerechten Ausgleiches zu heilen.“

SLÖ gegen vorausselenden Gehorsam

SLOÖ-Obmann Peter Ludwig ist ein erklärter Gegner der Satzungsänderung. Zusammen mit anderen hatte er im Vorfeld der entscheidenden Sitzung vergeblich versucht, die Abstimmung überhaupt zu verhindern. Die Abstimmung wurde freilich am 28. Februar in der Bundesversammlung durchgeführt. Die Satzungsänderung wurde mit 48 zu 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, was einer Zustimmungsrate von 71,8 Prozent entspricht. Die österreichischen Delegierten – Vizepräsident SLOÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, Oberösterreichs SL-Obmann Peter Ludwig, OstR. Wolf Kowalski und der steirische Landesobmann Dr. Helge Schwab – waren bei der Abstimmung über die Satzungsänderung anders als bei der Sprecherwahl und heimatpolitischen Anträgen sowie dem ebenfalls beschlossenen Grundsatzpapier nicht stimmberechtigt. Zeihsel gab allerdings hinterher deutlich zu verstehen, daß er nur die Streichung der Formulierung „Wiedergewinnung der Heimat“ wegen ihrer Mißverständlichkeit akzeptiert hätte, nicht jedoch den Verzicht auf Restitution. Er mahnte Bernd Posselt, daß „vorauselender Gehorsam gegenüber Prag nicht angebracht“ sei.

Verschwiegene SL-Spitze

Obwohl die SL in der Tat eine Zäsur vollzogen hatte, fand diese beim Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten in Augsburg in den Reden Posselts und Seehofers gar nicht mehr den jubelnden Niederschlag. Die Satzungsänderung war zur Überraschung vieler Zuhörer kein Thema. Inzwischen liegt die Erklärung dafür auf der Hand: Die beiden wußten zu dem Zeitpunkt schon, was die Landsmannschaft bislang verschwiegen hat: Sie ist bei ihrem historischen Schritt auf juristischem Glatteis ausgerutscht. Denn schon am Dienstag vor Pfingsten hatte das Registergericht beim Amtsgericht München dem Notar der SL mitgeteilt, daß die Satzungs-

änderung nicht ins Vereinsregister aufgenommen werde. Die Auseinandersetzung ist damit natürlich noch nicht entschieden, weil nun die SL-Spitze ihrer Gegendarstellung einbrachte. Allerdings spricht das Schreiben des Amtsgerichtes schon eine ziemlich deutliche Sprache. Es übernahm genau die Argumentation der Gegner der Satzungsänderung. Derzufolge sei diese ungültig, weil nicht ordnungsgemäß zustande gekommen. 71,8 Prozent ist zwar eine schöne Mehrheit, aber eben nicht schön genug, um den Anforderungen des Paragraphen 33 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) Genüge zu tun. Dort heißt es nämlich in Paragraph 33: (Absatz 1) zum Thema Satzungsänderung: „Zu einem Beschluß, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muß schriftlich erfolgen.“ Das Amtsgericht München stufte die Satzungsänderung sogar als Änderung des Vereinszweckes ein, womit nicht einmal 99 Prozent Zustimmung ausgereicht hätten.

Posselt: Grundsatzklärung ist viel wichtiger

Obwohl die Sachlage ziemlich eindeutig erscheint und kaum erkennbar ist, wie hier durch eine juristische Finte das Blatt noch gewendet werden sollte, gibt sich SL-Bundesgeschäftsführer Christoph Lippert zweckoptimistisch. Er verweist darauf, daß dies nur die Entscheidung eines Rechtspflegers sei. „Ja, selbstverständlich“, antwortet er auf die Frage, ob er glaube, daß die Satzungsänderung in der vorliegenden Form am Ende Bestand haben wird (siehe Interview auf dieser Seite). Er verweist darauf, daß das Ringen um andere Satzungsänderungen noch länger gedauert habe. Posselt betonte zudem: „Noch viel wichtiger als die Satzungsänderung sind außerdem die mit über 90-prozentiger Mehrheit unserer Bundesversammlung gemachten Aussagen in unserer neuen Grundsatzklärung, die jetzt schon in Kraft sind. Auch bei der Satzungsänderung ist der mit über 70 Prozent artikulierte Wille unserer Versammlung eindeutig und wird auch weiter unseren politischen Kurs bestimmen.“

Slezak: Hatten von Anfang an Recht

Johann Slezak, Chef des mitgliederstärksten SL-Bezirksverbandes Oberbayerns und auch führendes Mitglied des vom Sudetendeutschen Tag ausgescherten Witikobundes, hat sich aus Freude über die Nachricht aus München ein Schnapslerl genehmigt – „einen Ouzo, wegen der griechischen Verhältnisse in der Landsmannschaft“. „Wir haben auf voller Linie Recht bekommen. Daran werden die Gerichte auch nichts ändern“, so Slezak, der Seehofer auffordert, „nicht mehr mitzuteilen, daß die Sudetendeutschen auf ihr Recht verzichten“. Der SL-Bezirkschef meint, daß die Entscheidung des Amtsgerichtes „schon eine bittere Pille vor dem Besuch des Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka Ende Juni“ war.

Was ihm und seinen Mitstreitern besonders aufstößt, ist die Tatsache, daß die SL-Führung die Mitglieder über die Entscheidung des Amtsgerichtes nicht informiert haben. „Diese wichtige Tatsache wurde am Sudetendeutschen Tag gezielt geheim gehalten“, beklagt der Chef des SL-Bezirksschabens und Witikobund-Vorsitzende Felix Vogt Gruber. Und weiter: „Der Sudetendeutsche Tag 2015 wurde dazu mißbraucht, die Änderung des Vereinszweckes zu feiern, obwohl diese Zweckänderung nichtig, also ungültig ist.“ Dieser Vorwurf geht zumindest im Hinblick auf Posselt und Seehofer ins Leere. Die Satzungsänderung mag von linientreuen SL-Funktionären vielleicht abseits der offiziellen Rituale „abgefeiert“ worden sein, in den Augsburger Reden von Posselt und Seehofer kommt der Begriff „Satzungsänderung“ aber genauso oft vor wie der Begriff „Beneš-Dekrete“ – nämlich kein einziges Mal.

Wäre man sich des historischen Schrittes sicher gewesen, hätte dies wohl in den Reden eine entsprechende Würdigung erfahren. Vorerst zumindest stellt sich die Satzungsänderung nur als historischer Stolperschritt dar. Manche Gegner der Satzungsänderung hegen aber nun schon die Befürchtung, die bayerische Justiz könnte mit Blick auf das übergeordnete außen- und das mittlerweile sich damit deckende landespolitische Interesse dem abgelehnten Text am Ende doch noch den Weg ebnen.

Aber Bayern ist doch nicht Aserbaidschan, oder?

Tschechen froh, daß Beneš-Dekrete und Restitution kein Thema sind...

Oft ist die Wahrnehmung der Realität von Wünschen (irre)geleitet. Die Rezeption der umstrittenen Satzungsänderung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Tschechien ist ein interessantes Beispiel dafür. Das offizielle Prag und der Staatsrundfunk nehmen lediglich wahr, was in den Kram paßt. Dies führt dazu, daß eine Satzungsänderung auch dann noch abgefeiert wird, nachdem diese vom zuständigen Münchener Gericht als nicht ordnungsgemäß zustande gekommen zurückgewiesen wurde und daher gar keine Rechtsgültigkeit hat. Man vertraut offenbar darauf, daß die Einwände letztendlich vom Tisch gewischt werden. Diese verzerrten Wahrnehmung der Realität kommt auch im nachfolgend wiedergegebene Bericht zum Ausdruck, den „Radio Prag“ am 22. Juni, also eine Woche nach Bekanntwerden der Ablehnung der Satzungsänderung, veröffentlicht hat:

„Siebzig Jahre nach Beginn der Vertreibung haben die Sudetendeutschen im März ein Zeichen gesetzt. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verzichtet in ihrer Satzung auf die „Wiedergewinnung“ der Heimat und besteht nicht länger auf der Rückgabe ihres früheren Eigentums. Grundlage der Enteignungen war unter anderem die Verordnung Nummer 12 aus den sogenannten Beneš-Dekreten. Sie wurde genau vor siebzig Jahren erlassen. Anlässlich des Jahrestages haben sich tschechische Regierungspolitiker am Wochenende dazu geäußert.“

Insgesamt 143 Verordnungen sind es, die heute unter der Bezeichnung „Beneš-Dekrete“ firmieren. Sie erschienen in den Jahren 1940 bis 1945, und nur ein kleiner Teil von ihnen befaßt sich mit der Enteignung der Deutschen – und der Ungarn. Das Dekret Nr. 12, das Ed-

vard Beneš am 21. Juni 1945 unterzeichnete, trägt den offiziellen Titel „Dekret des Präsidenten über die Konfiskation und beschleunigte Verteilung des Landwirtschaftsvermögens der Deutschen, Ungarn, sowie auch Verrätern und Feinden des tschechischen und slowakischen Volkes“.

Tschechiens Vize-Premier Pavel Bělobrádek (KDU-ČSL) sagte gegenüber dem Tschechischen Rundfunk, selbst die umstrittenen Paragraphen hätten inzwischen ihre Brisanz verloren. „Ich bin froh, daß auf der letzten Bundesversammlung der Sudetendeutschen kein einziges Wort über die Beneš-Dekrete oder die Rückgabe von Eigentum gefallen ist. Das ist ein bedeutsamer Schub und ein größeres Entgegenkommen.“

Anträge auf Restitution von Seiten der Sudetendeutschen sollten nach Meinung von Bělobrádek heute keinen Erfolg mehr haben. Und Jan Hamáček, Sozialdemokrat und Vorsitzender des tschechischen Abgeordnetenhauses, hält die Beneš-Dekrete für ein Relikt: „Ich denke, es ist eine historische Angelegenheit, die abgeschlossen ist. Die Dekrete von Präsident Beneš waren eine Reaktion auf die Situation in der Nachkriegtschechoslowakei. Sie haben einen Zeitraum geregelt, als es kein Parlament gab, das die Dekrete nach ihrer Erlassung ratifizieren konnte, und ich sehe sie als Teil der tschechischen Rechtsordnung. Gleichwohl sind sie natürlich rechtlich längst erloschen.“

In der tschechischen Regierung gibt es aber auch Stimmen, die sich zumindest symbolisch eine größere Distanz zu den Dekreten wünschen. Zum Beispiel Kulturminister Daniel Herman (Christdemokraten): „Ich bin kein Jurist. Ich weiß nicht, was mit diesen historischen Anordnungen heute konkret zu tun ist, aber man sollte

sie doch wenigstens von der Mentalität, die dahinter steht, befreien.“

Jurist Kuklík: Beneš wollte Reparationszahlung

Vor allem das Prinzip der Kollektivschuld, das den Ungarn und Deutschen ihr Eigentum kostete, hält Herman für unannehmbar. Aufgehoben wurden die Dekrete nie. Das tschechische Verfassungsgericht sicherte allerdings 2002 Regime-Gegnern der Nazis, die schon vor der Vertreibung ihre Heimat verlassen hatten, das Recht auf Entschädigung zu. Der Jurist Jan Kuklík ist Professor an der Prager Karlsuniversität. Eine Lösung für den heutigen Umgang mit den Dekreten hat er auch nicht. Aus aktuellem Anlaß verweist er aber darauf, die Anordnungen heute nicht auf den ersten Nachkriegspräsidenten zu reduzieren. „Es sind Dekrete, die Präsident Beneš unterschrieben hat. Aber die Dekrete, die von April bis Oktober 1945 erlassen wurden, hat zugleich auch die Regierung der Nationalen Front erarbeitet. Dabei kam es oftmals zu Konflikten mit Präsident Beneš. Ein Beispiel dafür ist eben jener Erlass Nummer 12 vom 21. Juni 1945. Beneš schlug eine etwas mildere Version dieses Dekrets vor. Er wollte, daß die Konfiszierung des Eigentums mit Reparationszahlung verbunden werden sollte. Die Regierung war sich allerdings ihrer Ansicht sicherer und schlug weitaus strengere Regelungen gegenüber den deutschen und ungarischen Besitzümern vor.“

Die Regierung unter Zdeněk Fierlinger setzte sich durch. Sie schuf damit die Voraussetzung für die Enteignung von Millionen Sudetendeutschen und Ungarn. Zugleich legte sie die Grundlage für die Bodenreform in der Tschechoslowakei.“

DAS INTERVIEW

„Das ist ja nur ein Rechtspfleger“

SL-Bundesgeschäftsführer Christoph Lippert nimmt im folgenden Interview zur Zurückweisung der Satzungsänderung durch das Amtsgericht München Stellung:

Wie beurteilen Sie die Entscheidung des Amtsgerichtes:

Lippert: Das ist ein ganz normaler Vorgang. Das ist ja nur ein Rechtspfleger, der feststellt, daß es da Einsprüche gibt. Dann fragen Sie nach einer Stellungnahme zu diesen Einsprüchen. Diese Stellungnahme haben wir abgegeben.

Wird der Inhalt dieser Stellungnahme veröffentlicht?

Lippert: Warum sollten wir den veröffentlichen? Wir arbeiten nicht so wie die Gegenseite, daß juristische Schritte in die Öffentlichkeit hinausposaunt werden.

Aber die Ablehnung durch das Amtsgericht ist doch sehr eindeutig formuliert mit dem Verweis auf Paragraph 33 des Bürgerlichen Gesetzbuches?

Lippert: Das ist halt abgeschrieben vom Einspruch des Rechtsanwaltes der Gegenseite. Aber das ist ja keine Beurteilung.

Wie argumentieren Sie gegen diese Rechtsansicht?

Lippert: Es gibt Kommentare zu dem Gesetz, es gibt Präzedenzurteile dazu, und das haben wir dem Gericht vorgelegt. Diese Belege und Argumentationen sind aus unserer Sicht absolut stichhaltig.

Warum wurde die Entscheidung des Amtsgerichtes durch die Landsmannschaft nicht bekanntgegeben?

Lippert: Wieso sollten wir das bekanntgeben?

Weil es ein wesentlicher Schritt in diesem Verfahren ist.

Lippert: Wir tragen einen Rechtsstreit nicht in der Öffentlichkeit aus. Das kann noch eine ganze Weile hin- und hergehen. Die letzte Satzungsänderung hat neun Monate gedauert, die davor vier Jahre, bis sie eingetragen worden ist.

Sind Sie zuversichtlich, daß die Satzungsänderung Bestand haben wird?

Lippert: Ja, selbstverständlich.

Auch Aussig braucht eine Brünner Geste

Die Brünner Deutschen, ehemalige und heutige, können froh sein über die versöhnliche Geste des Brünner Stadtrats. Leider ist man selbst nach siebzig Jahren nur an wenigen Stellen mit der Aufarbeitung so weit. Das zeigt ein Blick auf Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem) im Norden des Landes. Dort kam es während der wilden Vertreibung 1945 noch zwei Monate nach dem Brünner Todesmarsch zu einem Pogrom gegen die Deutschen in der Stadt. Innerhalb von zwei Stunden wurden Dutzende erschlagen, ertränkt, erschossen oder sonstwie zu Tode gebracht. Einen Mittelpunkt der Ausschreitungen bildete die Aussiger Elbebrücke. Dutzende – einige Zeitzeugen berichten hunderte – hauptsächlich deutsche Aussiger kamen an diesem Nachmittag des 31. Juli 1945 zu Tode. Für diese Ausschreitungen waren u. a. Angehörige der tschechischen Svoboda-Armee unter der Führung von Stabskapitän Bedřich Pokorný

beteiligt, der Wochen vorher auch den Brünner Todesmarsch mitorganisiert hatte. Längst ist heute bekannt, daß das ganze Massaker unter der Patronage des Präsidenten Edvard Beneš stattfand. Grotesk ist bis heute, daß diese Brücke auch siebzig Jahre nach dem Massaker noch immer den Namen des maßgeblichen Urheber trägt.

Wie bereits gemeldet, haben die noch lebenden in der deutschen Stadt Aussig geborenen Bürger der Stadt deshalb zu Beginn des Jahres 2015 einige Schreiben an den Primator der tschechischen Stadt Ústí, Josef Zigmund, gerichtet, mit der Bitte, die Brücke von Dr.-Edvard-Beneš-Brücke in Leopold-Pözl-Brücke umzubenennen. Der vorgeschlagene Name bietet sich deshalb als naheliegend an, weil Leopold Pözl der sozialdemokratische Bürgermeister sogar noch während der Henleinzeit war, der die Brücke 1936 einweihte und auf Beneš-Brücke taufte, da-

mals natürlich nicht wissend, daß dieser nur wenige Jahre später der tschechische Protektor der Vertreibung der Deutschen aus der ČSR werden würde. Leopold Pözl gehörte 1938 zu den wenigen mutigen DSAP-Leuten, die es wagten, nicht zu fliehen bzw. in die Emigration zu gehen. Er blieb in Aussig und hatte unter der kontinuierlichen Verfolgung der Gestapo zu leiden. Am 1. September 1944 kam er auf mysteriöse Weise im Aussiger Stadt Krankenhaus zu Tode.

Man könnte meinen, daß es einigen der Verantwortlichen der Stadt Ústí nicht allzu schwerfallen sollte, der Bitte der Aussiger deutschen Bürger zur Umbenennung der Brücke in Leopold-Pözl-Brücke zu entsprechen. Das gestaltet sich indessen doch sehr schwer. Die Bitte um Umbenennung scheint über das Elbetal hinaus eine nationale Frage zu sein. Die Initiativgruppe trat bereits im März mit der Bitte an die Stadt Ústí heran. Es folgten zwei weitere gleichlautende Briefe bis Ende April, auch auf Tschechisch, der letzte mit Einschreiben. Sie blieben ohne Reaktion. Gut Ding will also Weile haben. Ab heuer – 2015 – sollte jedoch Teil des Gedenkens an das schwere Schicksal vieler Aussiger Bürger immer mit der Forderung nach der Umbenennung der Brücke in Leopold-Pözl-Brücke verbunden sein. Auf den Namen eines so mutigen Menschen sollten sich Deutsche und Tschechen schließlich doch einigen können. Vielleicht wird die „Sudetendpost“ die Botschaft der Umbenennung in Leopold-Pözl-Brücke einst vermelden können. Dann sind Sudetendeutsche und Tschechen ein gutes Stück vorangekommen. Was sich in der Stadt Brunn anbahnt, sollte auch in Aussig möglich sein.

Lob für Schutz der Menschenrechte

Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, hat die Tschechische Republik für den Schutz der Menschenrechte gewürdigt. Der Schutz der Menschenrechte sei für die Sicherheit in Europa unersetzlich. Das sagte Jagland nach einem Treffen mit dem tschechischen Außenminister Lubomír Zaorálek (Sozialdemokraten) in Prag. Mit dem Außenminister diskutierte Jagland vor allem über den Stand der Menschenrechte in Europa sowie über den Schutz vor den Islamisten, die aus dem Nahen Osten nach Europa zurückkehren und eine Drohung darstellen.

Sudetendeutscher Tag in Brunn?

David Macek, der südmährische christdemokratische Kreisvertreter, hat vorgeschlagen, den Sudetendeutschen Tag im kommenden Jahr in der zweitgrößten tschechischen Stadt Brno (Brünn) zu veranstalten. „Wie wäre es, wenn wir unseren ehemaligen deutschsprachigen Mitbürgern anbieten würden, eines ihrer nächsten Jahrestreffen auf dem Messegelände in Brünn zu veranstalten?“, schrieb Macek auf Facebook. „Ich würde jedem wünschen, die gelockerte Atmosphäre des Treffens von Tausenden unserer sudetendeutschen Landsleute, fleißiger und freundlicher Leute mit einer starken Bindung zu unserer Heimat, zu erleben“, so Macek, der selbst am Sudetendeutschen Tag in Augsburg teilgenommen hatte, laut der tschechische Tageszeitung „Pravo“. Er habe in Augsburg keine Gier nach Vergeltung gesehen, erklärte Macek weiter, und er fügte hinzu, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft schließlich die Forderung nach materiellen Ansprüchen aus ihrem Statut gestrichen habe (was freilich noch nicht rechtsgültig, da gerichtsanhängig ist).

Prompt folgte Protest von seiten ehemaliger tschechischer Widerstandskämpfer. „Niemand werden wir so etwas erlauben, wir vergessen nicht“, erklärte die Chefin der Widerstandskämpfer in Brünn, Irena Matyasková. „Wir waren in KZ-Lagern inhaftiert, wir erinnern uns an das Kounic-Studentenheim (Internierungs- und Straflager der Gestapo, Anmerkung), wo die Gestapo unsere Leute gefoltert hat“, so Matyasková. Der Brünner Stadtrat setzte mit der Ausrufung eines „Jahres der Versöhnung“ und einer Erklärung des Bedauerns einen deutlichen Schritt zur Aufarbeitung der umstrittenen Nachkriegsgeschichte.



Links: Seit 1997 gibt es im Aussiger Rathaus ein Andenken an Bürgermeister Leopold Pözl. – Rechts: Leopold Pözl (links) im Jahre 1936 bei der Brückeneröffnung in Aussig.

Prerau gedachte mit Vertriebenen

Wie die mährische Hauptstadt Brünn, gedenkt auch das mittelmährische Prerau der Opfer, die vor siebzig Jahren in dieser Stadt als Deutsche ermordet wurden. 1993 erlaubte die Gemeinde eine schlichte Gedenkstätte, die der damalige Vorsitzende des Hilfsbundes der karpatendeutschen Katholiken, Monsignore Ernst Tatarko, einweihte. Jedes Jahr führen Karpatendeutsche mit einem Bus von Stuttgart nach Prerau, um dieser Nachkriegsopfer zu gedenken. Dieses Jahr machte es sich der Bürgermeister von Prerau, Vladimír Puchalský, zu eigenen Anliegen, an dieses Massaker zu erinnern

und lud dazu die vertriebenen Karpatendeutschen ein. Am 19. Juni wurde vormittags auf dem Friedhof eine Gedenkfeier abgehalten. Am Nachmittag wurde im Schloß das zweisprachige Buch „Blutige Nacht auf den Schwedenschanzen“ vorgestellt, das František Hybl erstellte. Tags darauf luden die Kirchen Preraus zu einer ökumenischen Andacht ein. Der Bürgermeister schrieb, er sei „der Meinung, daß diese Tragödie nie vergessen werden darf. Mit einer würdigen Gedenkfeier und mit der Veröffentlichung dieses Buches wollen wir zu einer gegenseitigen Versöhnung beitragen.“ Rudolf Grulich



Gedenkschrift für die Opfer des Todesmarsches.

Zeihsel will von Hašek Aufklärung

SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel fordert in einem Offenen Brief vom südmährischen Kreishauptmann Michal Hašek (ČSSD) Aufklärung, wie er dazu gekommen ist, vom Brünner Oberbürgermeister Petr Vokřal (ANO) nach der „Brünner Erklärung“ zum Verbrechen des Brünner Todesmarsches von den heimatvertriebenen Südmähern eine Entschuldigung zu fordern? „Das Thema „Tschechische Vertreibung“ nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 stößt auf unseren Widerstand – handelt es sich doch hier um eine – 1992 aufgekommene tschechische Behauptung, um den Vertreibungen der Sudetendeutschen 1945 / 46 „vergleichbare“, vorausgegangene Vorgänge entgegenzusetzen“, so Zeihsel. Fritz Peter Habel habe dazu – mit über 250 Wissensträgern – eine akribische Dokumentation erarbeitet (1996 – Langen-Müller-Verlag). Der Titel ist das Ergebnis: „Eine politische Legende – Die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938 / 39“. Zeihsel: „Wir müssen davon ausgehen, daß Hašek diese sehr ausführliche Arbeit nicht bekannt ist und ersuchen ihn sehr freundlich, uns seine Quellen bekanntzugeben, die ihn zu seinen Aussagen geführt haben.“

Die südmährische Metropole Brünn (Brno) hat, wie berichtet, am 19. Mai in einer vom Stadtrat verabschiedeten Deklaration die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert. Hier die Erklärung im Wortlaut:

In diesem Jahr gedenken wir des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges – der größten Tragödie der Menschheit in ihrer Geschichte. Während der Jahre 1939 bis 1945 kam es zur Besetzung unserer Länder durch die deutsche Wehrmacht und zur Verfolgung der tschechischen Bevölkerung.

Nach der Befreiung Brünns ordnete auf Beschluß des Landesnationalausschusses vom 30. Mai 1945 der Nationalausschuß von Groß-Brünn in den Nachmittagsstunden an, daß sich sämtliche deutschsprachigen Brünner am selben Tag um 22 Uhr am Mendelplatz versammeln müssen.

In der Nacht und gegen Morgen wurden sie von bewaffneten Revolutionsgardien und Militäreinheiten aus der Stadt geführt. Diese Gruppe von etwa 20.000 Personen erfuhren einen unendlichen Marsch in der Richtung zu der österreichischen Grenze. Ohne Essen, ohne Wasser, ohne medizinische Betreuung, ohne Grundhygiene, ohne Rast. Laut Augenzeugen starben unterwegs viele an Erschöpfung, viele an Epidemien, die sich im Pohlritzer Lager verbreiteten; manche wurden von bewaffneten Begleitern erschlagen oder erschossen.

Von diesem „Racheakt“, der eine Vergeltung für Nazi-Verbrechen sein sollte, wurden aktive Teilnehmer dieser Verbrechen nur nebenbei betroffen. Die Aktion war vor allem

gegen Frauen, Kinder und alte Menschen gerichtet, die eine überwältigende Mehrheit der Marschteilnehmer bildeten. Unter den Vertriebenen waren außerdem auch viele Tschechen und deutsche Antifaschisten. Diese Maßnahme ging in die Geschichte als sogenannte „Brünner Todesmarsch“ ein.

Wir sind uns der unfabaren und ungeheuerlichen Verbrechen, die das Naziregime beging, bewußt. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, daß ein Leid immer Leid bleibt, zu jeder Zeit und unabhängig von wem verursacht.

Wir als Mitglieder der heutigen politischen Vertretung der Stadt verurteilen sämtliche

Brünner Deklaration

1939 bis 1945 begangenen Verbrechen und wollen am 70. Jahrestag dieser Brünner Ereignisse aller Opfer gedenken und sie ehren, um dadurch zum Prozeß der Auseinandersetzung mit dem Unrecht beizutragen, das einen erheblichen Teil der damaligen Zivilbevölkerung Brünns betraf.

Unsere Anliegen sind die Versöhnung und eine gemeinsame Zukunft. Deshalb wenden wir uns an ehemalige und an gegenwärtige Brünner mit folgenden Botschaften:

Die erste Botschaft ist an diejenigen gerichtet, die von der gewalttätigen Vertreibung betroffen waren. Es ist die Botschaft der Versöhnung.

Die zweite Botschaft richtet sich an uns heutige Brünner, die in überwiegender Mehrheit nichts Gemeinsames mit diesen Geschehnissen haben, die sich hier vor 70 Jahren ereigneten. Es geht nicht um Selbstbeschuldigung, sondern um Verantwortung für das heutige und künftige Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster kultureller oder ethnischer Herkunft. Diese Botschaft gibt die Hoffnung, daß sich nichts Ähnliches wiederholen wird, solange wir uns das Bewußtsein von der Unannehmbarkeit der genannten Untaten bewahren und im Stande sind, eine offene Haltung dazu einzunehmen. Es ist die Botschaft für eine gemeinsame Zukunft.

Die Stadt Brünn bereut aufrichtig die Geschehnisse vom 30. Mai 1945 und den nachfolgenden Tagen, als tausende Menschen aufgrund des angewendeten Kollektivschuldprinzips oder aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zum Verlassen der Stadt gezwungen wurden.

Wir sind uns bewußt, welche menschliche Tragödien sowie Kultur- und Sozialverluste damals passierten. Wir äußern die Hoffnung, daß es aufgrund der Kenntnis der historischen Ereignisse und deren Folgen nicht mehr möglich sein kann, daß sich ähnliche Begebenheiten in Brünn wiederholen, und daß wir die Mai-Geschehnisse 1945 in unserem Gedächtnis als unseliges Memento behalten werden. Wir äußern ebenfalls den Wunsch, daß sämtliche früheres Unrecht vergeben werden kann und daß wir uns – von der Vergangenheit nicht mehr belastet und in gegenseitiger Zusammenarbeit – zu einer gemeinsamen Zukunft wenden.

70 Jahre danach würdevolles Gedenken an Opfer des Brünner Todesmarsches

Genau 70 Jahre nach der blutigen Vertreibung der deutschen Mitbürger stellte sich die mährische Stadt Brünn (Brno) der eigenen Vergangenheit. Mit einem Gedenkmarsch wurde am 30. Mai an die tausenden Opfer des Brünner Todesmarsches vom Mai 1945 erinnert. Neu war, daß die Stadt erstmals offiziell zur „Wallfahrt der Versöhnung“ einlud, die Bürgerinitiativen schon seit neun Jahren veranstalten. Dementsprechend größer war auch die Teilnehmerzahl. Der dreißig Kilometer lange Gedenkmarsch, der in umgekehrter Richtung zum damaligen Leidensweg von Pohrlitz (Pohřelice) nach Brünn führte, wurde von rund 300 zumeist jungen Menschen begangen. An der letzten Verpflegungsstation vor einem Brünner Gymnasium schlossen sich auch Politiker und Gäste aus Deutschland und Österreich einschließlich des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, dem Gedenkzug an. Unter den Teilnehmern waren auch Österreichs Botschafter in Prag, Ferdinand Trauttmansdorff, LAbg. Ernst Woller (SPÖ) als Vertreter von Wiens Bürgermeister Michael Häupl, und für den niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll war BR. Gerhard Schöndinger (ÖVP) gekommen. Für die Seligergemeinde Österreich war Obmann Leo Zahel dabei, der vor 70 Jahren beim Brünner Todesmarsch seinen 14. Geburtstag „feierte“.

Viele Fernsehstationen – darunter ein Team des ORF-Reports – reiheten sich in den nun auf rund tausend Teilnehmer angewachsenen Zug, die den letzten Kilometer zum Gregor-Mendel-Klostergarten zurücklegten. Beim pietätvollen Treffen in Pohrlitz und beim feierlichen Empfang der Marschteilnehmer in einem Klosterhof in Altbrunn waren zudem Zeitzeugen der damaligen Ereignisse zugegen.

In einer würdig gestalteten Gedenkfeier verlas OB Vokfál auch die Deklaration, und alle Teilnehmer entzündeten die verteilten Wachskerzen am Denkmal im Klostergarten, wo auch Bischof Vojtěch Cíkrle Worte des Gedenkens sprach.

In seiner Ansprache vor den Teilnehmern der Gedenkaktion sagte der Vertreter der Kreisregierung Südmähren, der Christdemokrat David Macek, daß Brünn heute eine positive Werbung in eigener Sache betrieben und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen eröffnet habe. Brünns liberaler Bürgermeister Petr Vokfál hatte schon im Vorfeld erklärt, die „Wallfahrt der Versöhnung“ biete eine einzigartige Gelegenheit, zu zeigen, daß Brünn vor seiner eigenen Geschichte nicht die Augen verschließen. Mehr als 20.000 deutschsprachige Bürger waren über rund 60 Kilometer in Richtung Wien getrieben worden. Die Rache für die Schrecken der sechsjährigen Nazi-Besatzung traf vor allem Frauen, Kinder und Alte. Unterschiedliche Schätzungen gehen von mindestens 2000 und bis zu 5200 Toten aus.

Daß der Stadtrat mit einem „Jahr der Versöhnung“ und einer Erklärung des Bedauerns auf Überlebende und Nachfahren zugeht, stößt indes auch auf harsche Kritik. Man müsse „diese Kollaborateure verprügeln“, meinte der hochrangige Sozialdemokrat Zdeněk Škromach. Und der Hauptmann des Kreises Südmähren, Michal Hašek, sagte: „Wer hat sich für (...) Abtransport und Ermordung der Juden und Roma aus Brünn entschuldigt?“

5200 Menschen überlebten den Todesmarsch nicht

Der „Brünner Todesmarsch“ war ein Teil der Vertreibung der deutschen Bevölkerung Mährens. Er begann am 30. auf den 31. Mai 1945, dem Fronleichnamstag, und führte über die Gemeinde Pohrlitz an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze bis nach Wien. Als Hauptorganisator dieses Verbrechens gilt der Stabskapitän Bedřich Pokorný. Er wechselte wenig später ins tschechische Innenministerium und gilt auch als Organisator des Massakers von Aussig / Elbe vom 31. Juli 1945. Nach weitverbreiteter Ansicht handelte es sich beim „Brünner Todesmarsch“ nicht um eine spontane Aktion. So vergingen 19 Tage zwischen der Hetzrede von Präsident Edvard Beneš in Brünn am 12. Mai 1945 und dem Beginn der Vertreibung.

Die deutschen – ursprünglich altösterreichischen – Einwohner von Brünn wurden während der „wilden Vertreibungen“ gezwungen, die Stadt zu verlassen. Am Abend zuvor wurden sie auf verschiedenen Plätzen der Stadt zusammengetrieben und mußten am nächsten Tag

zusammen mit den deutschen Bewohnern der umliegenden Dörfer rund 55 Kilometer in Richtung österreichischer Grenze marschieren. Der Zug bestand hauptsächlich aus Frauen, Kindern, auch Kleinkindern und Säuglingen, und alten Menschen. Die meisten männlichen Einwohner befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Kriegsgefangenschaft oder waren in Lagern in der Stadt oder der näheren Umgebung interniert. Persönlich belastete Nationalsozialisten hatten sich meist vor der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee im April 1945 abgesetzt, andere Beteiligte waren in der Brünner Festung Spielberg interniert. Nachdem Österreich den Übertritt zunächst verweigerte, wurden die bis dahin Überlebenden in Pohrlitz in Lagerhallen für Getreide eingesperrt. Erst nach längerem Zögern wurde im Juni 1945 die Grenze zum damals sowjetisch besetzten Niederösterreich geöffnet. Weiter führte der Elendzug nach Österreich. Nach neuesten Schätzungen wurden 30.000 deutsche Zivilisten beim Brünner Todesmarsch brutal aus ihrer Heimat vertrieben. Das entspricht fast genau der Hälfte der damaligen deutschen Bevölkerung Brünns von rund 60.000. Bei der Anzahl der Opfer des „Brünner Todesmarsches“ gingen die Schätzungen weit auseinander. Neue Studien führten zu einer Zahl von rund 5200 Toten. Die Opfer kamen während des Marsches oder unmittelbar danach um.

Die Todesursache waren zumeist Entkräftung, Hunger, Durst und Typhus, aber auch die Erschießung durch tschechische Begleitmannschaften. Der „Brünner Todesmarsch“ wurde vorwiegend von den tschechischen Arbeitern der „Brünner Waffenwerke (Československá Zbrojovka)“ geplant und organisiert. Damit wollten sich die tschechischen „Privilegierten“ der NS-Besatzung nun gegenüber der übrigen tschechischen Bevölkerung als „gute Patrioten“ beweisen. In Pohrlitz, auf halbem Wege zwischen Brünn und der Grenze zu Niederösterreich, befinden sich mehrere Massengräber der Opfer des Todesmarsches. Eines davon – mit 890 Gräbern – ist mit einem schlichten Kreuz und Gedenkstein als Grab erkennbar.

Gedenkfeier des Brünner Heimatverbandes

Am Tag nach dem Brünner Gedenkmarsch folgte in Brünn ein ganztägiges Gedenken der „Bruna“ – des Heimatverbandes der Brünner. Bei einer feierlichen Messe zogen zu Beginn der Bischof sowie Priester und Ordensleute feierlich in die bis auf den letzten Platz gefüllte Basilika am Mendelplatz, Mariä Himmelfahrt, ein. Die Spitzen des katholischen Brünns versammelten sich am Altar unterhalb der Schwarzen Madonna. Zelebriert wurde eine lateinische Messe vom Brünner Bischof Vojtěch Cíkrle. Predigt, Lesung und Evangelium erfolgten in deutscher und in tschechischer Sprache. In seiner Predigt rief der Bischof zur Communio auf. Alle Christen sollten zur Gemeinsamkeit finden, eine Gemeinschaft bilden. Nationalistische Abgrenzungen erteilte er somit eine Absage. Vielmehr gelte es Kraft aus dem Glauben zu schöpfen.

Das gemeinsame „Vaterunser“, das gegenseitige Händeschütteln beim Friedensgruß, die gemeinsame Kommunion führten die Gläubigen zusammen, verlieh ihnen ein Stück Gemeinschaft. Hier zeigte sich die völkerverbindende Gemeinsamkeit im Glauben.

Ergreifend waren die Texte der Fürbitten, die von einem Chormitglied vorgetragen wurden. In deutscher Sprache wurde für die Brünner Deutschen gebetet, welche die Strapazen des Brünner Todesmarsches nicht überlebten und in Massengräbern endeten. Gebetet wurde für die Mütter, die mit ansehen mußten, wie ihre Kinder infolge Überanstrengung, an Hunger und Durst leidend, entkräftet und elend starben. Weiterhin schloß er die Kinder ein, die miterleben mußten, wie ihre Mütter, Großmütter, Tanten und Nachbarn an den Folgen des Todesmarsches körperlich und seelisch zerbrachen.

Mit zugegen waren der Präsident der SL-Bundesversammlung, Reinfried Vogler, SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, der Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der CDU / CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Mayer, der Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, Peter Barton, sowie der Bundesvorsitzende der „Bruna“, Rudolf Landrock. Neben Mitgliedern des Deutschen Sprach- u. Kulturvereins Brünn, waren Mitglieder der „Bruna“ Wien, der „Bruna“ Deutschland, der Südmährer und andere ge-

kommen. Teilnehmer des Todesmarsches waren ebenfalls zugegen.

Wachsender Mut zur Abkehr von Feindbildern

Es hat sich bei dieser Messe gezeigt, daß die katholische Kirche Brünns, mit ihrem Bischof an der Spitze, zu einem wichtigen Impulsgeber der Versöhnung geworden ist. Man scheut sich nicht mehr, die Schützengräben des Kalten Krieges zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, von den Kommunisten angeschossen zu werden. Die von sehr vielen Tschechen besetzte Kirche hat gezeigt, daß der Mut im tschechischen Volk zunimmt, sich von den alten Feindbildern zu lösen, auf die vertriebenen deutschen Mitbürger Brünns zuzugehen, deren Leid anzuerkennen und die Vertreibung als Unrecht zu brandmarken. Der aufgeblasene Popanz der angeblichen deutschen faschistischen Gefahr wird mehr und mehr als Masche entlarvt, die Tschechen unter die kommunistische und russische Knute zu bringen.

Die im Anschluß an die Messe erfolgte Anwesenheit zahlreicher tschechischer Mitbürger am „Bruna“-Mahnmal im Klostergarten, das dortige Entzünden von Opferkerzen, der Handschlag zwischen dem Bischof und dem „Bruna“-Bundesvorsitzendem, sind Symbole, sind Gesten des guten Willens. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß der Weg zu einer Versöhnung auch von der tschechischen Seite nunmehr beschritten worden ist.

Nach der Verleihung der silbernen „Bruna“-Medaille sowie der Verkostung von mährischen Spezialitäten in der Altbrünner Brauerei führen heimatvertriebene als auch heimatverbliebene Brünner aus Deutschland, Österreich und Tschechien zum Mahnmal des Schwarzen Kreuzes nach Pohrlitz. Dort liegen in einem Massengrab geschätzt 890 deutsche Opfer des Todesmarsches. Die dortige Rede hielt der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt. Er brandmarkte den Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts als Hauptursachen der Vertreibung. Er erinnerte an den Mährischen Ausgleich 1905, der zeigte, daß man in Brünn nicht nur eigenständig dachte, sondern dem Wahnsinn des Nationalismus die Vernunft entgegensetzte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr mit der Versöhnungserklärung des Brünner Stadtrates endlich ein wichtiger Schritt vorwärts getan wurde, um zu einem besseren Zusammenwirken von Tschechen und Sudetendeutschen nicht nur in Brünn, sondern in Mitteleuropa zu kommen. Dabei könne Brünn als geistiges Zentrum Mährens symbolische Zeichen setzen und als Vorbild für andere Regionen Tschechiens dienen.

Nach Kranzniederlegung sowie Medaillenverleihung fuhr die Bus- und PKW-Kolonnen weiter nach Drasenhofen / Niederösterreich. Dort existiert auf dem dörflichen Friedhof ebenfalls ein Massengrab von vertriebenen Brünnern, die Anfang Juni 1945 zwar noch über die Grenze kamen, dann aber an den Folgen des Todesmarsches starben. Im Gegensatz zu den anderen beiden Mahnmälern wird auf dem von Drasenhofen die Vertreibung auch als Vertreibung bezeichnet. Weichgespülte Formulierungen, wie in Brünn „...die die Stadt verlassen mußten...“ finden sich hier nicht. In einer sehr emotionalen Rede berichtete der Gedenkredner Gerhard Zeihsel von seinen Verwandten, welche beim Todesmarsch dabei sein mußten.

Gräberfahrt der „Bruna“ Wien

In zahlreichen Ortsfriedhöfen an der Strecke des Todesmarsches in Österreich erinnern Gräber und Gedenksteine an diese traurigen Ereignisse, wie in Drasenhofen (186 Tote), Poysdorf (122 Tote), Mistelbach (131 Tote), Wolkersdorf (27 Tote), Purkersdorf (194 Tote), Bad Pirawarth (12 Tote), Wilfersdorf (32 Tote), Erdberg (82 Tote), Wetzelsdorf (14 Tote), Herrbaumgarten (8 Tote), Steinebrunn (55 Tote), Hollabrunn (67 Tote), Eisenerz (46 Tote) und Wien-Stammersdorf (105 Tote).

Bei einer Gräberfahrt am 4. Juni gedachten die „Bruna“ Wien mit Obfrau Ulrike Tumberger und SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, und ein Dutzend teilnehmender Landsleute der Opfer des Brünner Todesmarsches vor 70 Jahren auf elf Friedhöfen, die restlichen drei wurden unter der Führung von Ulrike Tumberger mit Tochter Christiane am nächsten Tag aufgesucht. Sie legten an den vom Schwarzen Kreuz betreuten Kriegsgräbern Buketts nieder und beteten gemeinsam für die Opfer der brutalen Vertreibung.

Überwiegende korrekte Medien-Berichterstattung

Der tschechische Rundfunk und Privatmedien haben meist ohne Emotionen und korrekt über die Erinnerung an den Brünner Todesmarsch berichtet. Das Brünner „Radio Petrov“ meldete in einer Nachrichtensendung, daß bei diesem historischen Ereignis die deutschen Bewohner der mährischen Hauptstadt vertrieben wurden. Das sonst übliche Wort „Abschub“ wurde durch „Vertreibung“ ersetzt!

Die den Sudetendeutschen stets ausgesprochen feindselig gegenüberstehende Zeitung „Právo“ brachte einen tendenziösen Bericht, die Redaktion benutzt hier auch beleidigende Ausdrücke wie „landsmanhaft“ und wie üblich, wird hier von einem „Abschub“ (Odsun) und „Abgeschobenen“ geschrieben. Der Vertreter der KDU-ČSL (Christl. Volkspartei) in der „Südmährischen Vertretung“, David Macek, wurde von „Právo“ angegriffen, weil er die Meinung vertrat, daß einer der nächsten Sudetendeutschen Tage in Brünn stattfinden könnte.

Die KP-Zeitung kündigte die Gedenkveranstaltung so an: „Sudetendeutsche kehrten nach Brünn durch das Tor des Klostergartens zurück“. Auf dem Bild befindet sich Bernd Posselt, mit einem orthodoxen Priester und daneben lächelnd die Bürgermeisterin der Stadt Brünn, Klára Liptáková (KDU-ČSL) in die Kamera. „Siebzig Jahre nach der Beendigung des schlimmsten Krieges hat die regierende Koalition der Stadt Brünn die Sudetendeutschen hergebracht, und sie versöhnte sich mit ihnen!“ Autor Martin Říha schreibt weiter: „Es schauderte mich: Die Repräsentation der Stadt mit dem Oberbürgermeister Petr Vokfál (ANO) und KDU-ČSL, ‚Zit Brno‘ und den Grünen hat mit Begeisterung die Delegation der Sudetendeutschen begrüßt.“

Der Redaktion der Zeitung „Mlada fronta dnes“ schauderte es offenbar gar nicht: „Die Zeit ist gekommen das Böse abzuschieben“, hieß es dort. „Die Sudetendeutschen bewiesen“, schreibt Autor Navara, „in den letzten 25 Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ihren guten Willen dadurch, daß sie mit konkreten Projekten oft halfen. Wie viele Kirchen wurden im Sudetenland durch die Menschen repariert, die aus diesen Kirchen vertrieben wurden?“



Dreihundert Menschen beteiligten sich am Brünner Gedenkmarsch, darunter zahlreiche junge Brünner.

Vor 70 Jahren: Massaker an 247 Karpatendeutschen in Prerau

Der Bericht über die Ermordung von 247 Karpatendeutschen aus der Zips in Prerau (Prerov) in der Nacht vom 18. zum 19. Juni 1945 wurde auf Grund von Aussagen einiger Überlebender von Prof. Johann Liptak zusammengestellt und in den „Südostdeutschen Heimatblättern“ (München 1955) veröffentlicht.

Nicht nur die Internierungslager für die Deutschen, sondern auch der Mord von Prerau stehen dafür, daß in Kriegszeiten andere Gesetze gelten, an die sich die Nachwelt in Abscheu erinnert. Die Exekution von Prerau erfolgte allerdings nach Kriegsende.

Prerau ist ein bekannter Bahnknotenpunkt in Mähren. Dort wurden in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1945 – sechs Wochen nach dem Ende des Krieges – 247 Karpatendeutsche bestialisch ermordet.

Zum Verständnis dieses schrecklichen Vorganges muß zunächst erwähnt werden, daß große Teile der karpatendeutschen Bevölkerung infolge des Herannahens der Kriegsfrente Anfang 1945 aus der Slowakei nach Böhmen, Mähren und Schlesien evakuiert wurden und nach Kriegsende dort in Sammellagern untergebracht waren, die Lagerinsassen bemühten sich aber, je eher in ihre alten Wohnsitze zurückzukehren.

Sie bewirkten, daß mit Erlaubnis der tschechischen Lagerleitung und unter strenger Kontrolle geschlossene Eisenbahntransporte für sie zusammengestellt wurden, um die Heimreise in die Slowakei mit dem verbliebenen Gepäck anzutreten. Es war daher eine sehr fadenscheinige Begründung der Prerauer Vorkommnisse seitens der tschechischen Organe, wenn behauptet wurde, daß die Rückkehrer Gewehre und Wehrmachtsuniformen im Zuge mithatten. Dieser Transport bestand übrigens nur aus Frauen, alten Männern und Kindern, die Zahl der jungen Männer war gering, wehrfähige oder politisch exponierte Personen gab es unter ihnen nicht.

Als die Hinterbliebenen der Ermordeten von dem Massaker in Prerau erfahren hatten, stellten sie an Ort und Stelle eine Untersuchung an und bemühten sich um alle diesbezüglichen Daten und erreichbaren Angaben. Als Ergebnis der Nachforschungen und Aussagen ergibt sich folgender Sachverhalt:

In Prerau stauten sich am 18. Juni 1945 die Transportzüge, unter denen sich auch jener Zug befand, mit dem 247 Karpatendeutsche – zum größten Teil aus Käsmark, Mühlenbach und Dobschau – in die Heimat zurückfahren wollten. Niemand schien eine Ahnung zu haben, worum es sich handeln sollte, als tschechoslowakische Soldaten (Revolutiongardisten?) plötzlich den Zug bestiegen und allen Rückkehrern barsch befahlen, sogleich auszusteigen. Darauf wur-

den Männer, Frauen und Kindern zusammengetrieben, das Gepäck und die mitgeführten Kisten ausgeladen, von den Soldaten durchwühlt und ausgeplündert. Als bald wurden die Opfer zur „Schwedenschanze“ (südlich von Prerau gelegen) eskortiert, wobei sich nach Aussagen des Bahnhofspersonals erschütternde Szenen ereigneten. An der Schwedenschanze wurde den Unschuldigen befohlen, ihr Massengrab selbst zu schaufeln, während sich die Soldaten anschickten, die Exekution durchzuführen. Lähmendes Entsetzen ergriff die Betroffenen. Die Frauen schluchzten herzzerreißend und wurden ohnmächtig, die Kinder weinten, während der brutale Kommandeur und seine Mannschaft wüteten – das Ganze ein jammervolles Durcheinander von Verzweiflung einerseits und entfesselter Unmenschlichkeit andererseits. Aus den nahen Orten mußten Leute rekrutiert werden, um das anbefohlene Massengrab auszuheben, weil die Todgeweihten in ihrer Situation dazu nicht fähig waren. Darauf mußten sich die Rückkehrer – Männer, Frauen und Kinder – bis auf die Unterwäsche entkleiden. Schmutz und die noch vorhandenen Wertsachen wurden ihnen weggenommen, ihre Dokumente gleich verbrannt. Dann wurden sie der Reihe nach erschossen und die Leichen in das Grab geworfen. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Die Kinder übrigens wurden vor den Augen der Eltern hingemetzelt: sie hatten sich niedergekniet und mit erhobenen Händchen um ihr Leben gefleht, jedoch vergeblich. – Das Schreien, Jammern und das Krachen der Gewehrschüsse war weithin, ja noch im Orte zu hören.

Einem Mann, und zwar Josef Lindner aus Dobschau, war es gelungen, im letzten Augenblick zu entfliehen. Er wurde aber von den Schergen eingefangen und sofort erschossen. Exekutionssoldaten, die ihn aus Dobschau anscheinend gut kannten, riefen ihn – nach Angabe der ortsansässigen Bauern – beim richtigen Namen.

Nach der Exekution überzeugte sich niemand von den Soldaten, ob auch die Opfer wirklich tot waren; dies wurden nach dem Massenmord nur mit einer dünnen Erdschicht bedeckt. Bauern berichteten, daß sich die Erde auf dem Grab anfangs noch stellenweise bewegt hätte. Als nach einigen Tagen der Verwesungsgeruch in der Gegend so unerträglich wurde, daß die Bauern auf den Feldern die Arbeit einstellen wollten, wurde das Massengrab mit Kalk überschüttet und mehr Erde darübergehäuft. Die Namen der Erschossenen sind bekannt. Aber die Mörder sind noch nicht bestraft worden, weil in der wiedererrichteten Tschechoslowakei ein Gesetz erlassen wurde, nach welchem Ausschreitungen, die während der „nationalen Befreiungszeit“ – vom 1. Mai bis zum 30. November 1945 –

begangen wurden, der Strafverfolgung nicht unterliegen.

Aus begreiflichen Gründen wollte man Anfangs den Mord verschweigen. Erst als die Zeitungen es wagten, darüber zu berichten, bequemte sich auch ein tschechoslowakisches Ministerium zur Erklärung, daß die Tat in Prerau von „bewaffneten Abenteurern“(!) verübt worden sei und Tschechen keinen Anteil daran hätten. Aber die slowakische Tageszeitung „Čas“ vom 10.7.1947 wußte zu berichten, daß unter den Ermordeten sich auch einige Slowaken befunden hätten. Daher wurde endlich eine amtliche Untersuchung eingeleitet, deren Bericht sich aber mit folgender Feststellung begnügt hatte: Am 18. 6. 1945 wurde in Lovesice bei Prerau auf der sogenannten Schwedenschanze von einigen Soldaten unter dem Kommando von Karol Ctibor Pazura vom 17. Infanterie-Regiment in Bratislava (Preßburg) etwa 250 Leute erschossen. Ein Verhör wurde nicht angestellt. Die Exekution dauerte von 10 Uhr abends bis um 2 Uhr früh. (Nach dem Protokoll der Gendarmeriestation in Prerau.)

„Dieser Tage hat der slowakische Staatspräsident Andrej Kiska als erstes slowakisches Staatsoberhaupt Lidice besucht. Es wäre auch lobenswert, wenn er das Massengrab im Prerauer Friedhof besuchen würde,“ meint SLO-Bundesobmann Gerhard Zeihsel.

Gefangene erinnerten sich an Joachimsthal

Ehemalige politische Gefangene kamen kürzlich in Joachimsthal zum 26. Mal zusammen, um an die schrecklichen Zeiten zu erinnern, die sie in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in den dortigen Uranschächten erleiden mußten. Bei dem Pietätsakt, genannt Joachimsthaler Hölle, erinnerten die Redner, daß es notwendig sei, auf die Gefahren der Gegenwart zu achten. Auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei gab es in den 50er Jahren 15 Zwangsarbeitslager mit einer Kapazität von 20.000 bis 30.000 Plätze. Durch sie gingen rund die Hälfte der 200.000 Verurteilten (čtk) wyk

Volkspartei mit Rußland-Boykott

Die tschechische Regierungspartei KDU-CSL boykottiert jegliche Reisen nach Rußland. Der Boykott soll so lange dauern, „bis die russische Regierung aufhört, die Situation in der Ukraine zu destabilisieren“, berichteten kürzlich tschechische Medien unter Berufung auf einen entsprechenden Parteibeschluss. Dem Beschluss des Vorstandes sowie der Parlamentsfraktion der Volkspartei von Vizepremier Pavel Bělobrádek schlossen sich auch die EU-Parlamentarier der KDU-CSL an. Daß Moskau kürzlich eine Liste mit Namen von 89 EU-Politikern billigte, die nicht nach Rußland einreisen dürfen, ist nach Worten Bělobrádeks ein weiterer Grund für den Boykott.

„Die Vergessenen des Zweiten Weltkrieges“



Bei der Premiere wurden auch 1000 Euro unter dem Motto „Vertriebene für Vertriebene“ an die Caritas-Flüchtlingshilfe übergeben (v. l.): Norbert Kapeller, Prälat Karl Rühringer, Christoph Gudenus (Caritas Wien), Gerhard Zeihsel, Rudolf Reimann, Ludwig Nistelberger, Christoph Takacs (ORF-III-Chefredakteur). Foto A. Nechvtal

Unter dem Motto „70 Jahre danach – Zeit für die Wahrheit und für die Versöhnung“ lud der Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) am 1. Juni im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Forum Heimat“ zur Premiere der ORF-III-Dokumentationsreihe „Die Vergessenen des 2. Weltkriegs“ in das „Haus der Heimat“ ein. Der VLÖ hat in Kooperation mit dem ORF III eine vierteilige Dokumentationsreihe über das Leben und Schicksal der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa produziert, die am 6. und am 13. Juni im Hauptabendprogramm ausgestrahlt wurde. VLÖ-Präsident DI. Rudolf Reimann und VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller begrüßten mehr als 130 Ehrengäste, Zeitzeugen und Interessierte im „Haus der Heimat“, darunter Prälat Karl Rühringer, südmährischer Abstammung, BM a. D. Helmut Krünes und Gesandten Wolfgang-Lukas Strohmayr vom Außenministerium. „Ebenfalls hat es uns sehr gefreut, daß ORF-III-Chefredakteur Christoph Takacs unserer Einladung gefolgt ist, der ja gemeinsam mit den verantwortlichen Filmemachern diese Dokumentationsreihe so maßgeblich mitbegleitet hat“, so Reimann.

VLÖ-Generalsekretär Kapeller zeigte bei dieser gelungenen Veranstaltung Kurzausschnitte der vier ORF-III-Dokumentationen und sprach mit anwesenden Zeitzeugen und Heimatvertriebenen über deren persönliche Eindrücke und Vertreibungsschicksale.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion unterstrichen die politischen Vertreter von Bundes- und Landesebene die Wichtigkeit der Aufarbeitung dieser historischen Ereignisse, darunter NAbg. Johannes Schmuckenschlager (ÖVP), LAbg. Kurt Stürzenbecher (SPÖ), die FPÖ-Vertriebenensprecherin Anneliese Kitzmüller, BR Gerald Zelina (Vertriebenensprecher Team Stronach) sowie der Menschenrechtssprecher der NEOS, Nikolaus Scherak. Kapeller bedankte sich bei den Abgeordneten für deren stetigen Kooperationswillen und die fundierte Zusammenarbeit im Bereich der Heimatvertriebenen- und Heimatverbliebenenthematik, unterstrich im Zuge der Diskussion aber wiederum die langjährige Forderung des VLÖ und seiner Mitglieder nach der Etablierung eines Gedenktages „Flucht und Vertreibung“ auf Bundesebene.

„Insbesondere die letzten Wochen und Monate führen uns einmal mehr in tragischer Weise die Schrecken von Flucht und Vertreibung vor Augen. Gerade deshalb ist es den unter dem Dach des VLÖ beheimateten Mitgliedern, denen selbst schreckliche Vertreibungsschicksale widerfahren sind, ein besonderes Anliegen, ebenfalls zu helfen“, so Reimann und Kapeller, die dem anwesenden Vertreter der Caritas Wien, Christoph Gudenus, eine Spende des VLÖ in der Höhe von eintausend Euro unter dem Titel „Vertriebene für Vertriebene“ für die Flüchtlingshilfe übergaben.

Papst bedauert „grausamen Tod“ des Reformators Jan Hus

Papst Franziskus hat sein „tiefes Bedauern über den grausamen Tod“ des böhmischen Reformators Jan Hus (1369 bis 1415) geäußert und zu einer Neubewertung des Falls aufgerufen. Hus, der lange Zeit „Streitobjekt“ unter den Christen gewesen sei, sei heute „Anlaß des Dialoges“ geworden, sagte Franziskus kürzlich.

Anlaß war ein Besuch von Vertretern der böhmischen Brüder und der Hussitischen Gemeinschaft zum 600. Todestag des böhmischen Reformators. Begleitet wurde die Delegation vom früheren Prager Erzbischof, Kardinal Miloslav Vlk. Hus, böhmischer Priester und später Rektor der Prager Universität, war 1415 auf dem Konzil von Konstanz zum Tode verurteilt worden. Am 6. Juli 1415 wurde er als Ketzer auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die Auseinandersetzungen um seine Person und Lehre führ-

ten zu den Hussitenkriegen (1419 bis 1434). Franziskus erinnerte in seiner Ansprache daran, daß Johannes Paul II. schon 1999 sein „tiefes Bedauern über den grausamen Tod von Jan Hus“ ausgedrückt und ihn als Kirchenreformer gewürdigt habe. Hieran müsse die Forschung heute „ohne ideologische Vorurteile“ anknüpfen. Dies werde ein „wichtiger Dienst an der historischen Wahrheit, an allen Christen und an der ganzen Gesellschaft, auch jenseits der Grenzen eurer Nation sein“. Franziskus zeigte sich zuversichtlich, daß die „Auseinandersetzungen der Vergangenheit“ endgültig überwunden werden könnten. Nötig sei ein „Weg der Versöhnung und des Friedens“. „In diesem Sinne hoffe ich, daß sich freundschaftliche Beziehungen auch auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften und Gemeinden entwickeln.“

Neues Gesetz für Sozialwohnungen

Menschen in Bedrängnis sollten künftig nicht länger als ein halbes Jahr auf eine Sozialwohnung warten. Ein bestimmter Prozentsatz von Wohnungen sollten Sozialwohnungen sein. Gemeinden sollten auch einen neuen Fonds haben für Menschen in Not. Ein Register der Sozialwohnungen wird beim Arbeitsministerium geführt werden, nach dem soll dann ein Gesetz ab dem Jahr 2017 vorbereitet werden (čtk) wyk

Eingeschränkter SLO-Bürobetrieb

Während der Urlaubssperre vom 20. Juli bis 14. August ist nur fallweise ein Journalist anwesend. Die Bürozeiten sind: Montag bis Donnerstag von 9 bis 13 Uhr. Telefonanrufer beantwortet 01 / 718 59 19 und Faxgerät 01 / 718 59 23 sind durchlaufend empfangsbereit – oder senden Sie uns eine E-mail: office@sudeten.at.

Vertreibung in Etappen

Als ich im Juli 1975 meine jüngst verstorbene Mutter Anni Schon, geb. Schwantner, in der heutigen Gorkeho 101 in Trautenau fotografierte, war mir zwar bewußt, daß ich hier geboren wurde, nicht aber, daß ich vor dreißig Jahren, am 29. 7. 1945, als Kind mit meiner Mutter dieses Haus gewaltsam verlassen mußte. Seither sind nochmal vierzig Jahre vergangen.

Von einer Stunde zur anderen mußte das Nötigste in den Kinderwagen gepackt werden. Ein letztes Mal mußte ich an den Blutflecken im Treppenhaus vorbei, die vor sechs Wochen noch frisch waren, weil die vor dem Haus auf dem Adalbert-Stifter-Platz, wie die Straße damals hieß, von der Miliz erschlagenen drei Männer im Hausflur gelagert wurden. Meine Mutter hatte mich mit Entsetzen in die Wohnung gezogen, das ist nichts für Kinder, schrie sie, schau weg!

Genauso schrie sie, als ein Bewaffneter in der Wohnungstür stand: Los, Nazischweine raus! Nur was Du tragen kannst, mehr nicht! Mach schnell, Frau! Mutti wollte das umrahmte Hochzeitsfoto von der Wand nehmen. Nichts Frau, gehört alles mir!

Sie räumte in den Kinderwagen das Allernotwendigste, Kopfkissen, Decken und den Nachtopf, er sollte uns große Hilfe leisten in dem mit Menschen vollgestopften Zug, in dem keine sanitären Anlagen waren, drei Tage lang gingen die mit uns Vertriebenen auf meinen Nachtopf. Sie bedankten sich. Auch wenn wir alle verschämt wegguckten.

Schon in der Lagerhalle in Oberaltstadt, wo wir für den Transport gesammelt wurden, leistete er seine guten Dienste, denn wir kamen in die Abteilung, wo meist alte Männer schliefen, weil die Frauenabteilung voll war. Nachts ließen sich die Wanzen von dem Etagenbett fallen, das wir miteinander teilten, erzählte meine Mutter bis zum Schluß, das war ihr eins der schlimmsten Erlebnisse, und das Quietschen der drahtigen Bettgestelle und das Knirschen der Stiefelabsätze auf dem Sand draußen, jedes Geräusch war eine Bedrohung, und die Enge und Hitze in dem Saal ließ uns kaum schlafen.

Mit dem Zug kamen wir in Teplitz an, bis zur Grenze nach Sachsen wurden wir in einem Fußmarsch getrieben. Beim Grenzübergang in Zinnwald, das in ein böhmisches und ein sächsisches Dorf aufgeteilt war, hatte sich ein tschechischer Soldat auf meine Mutter geworfen. Von ihrem Schrei war ich wachgeworden und schrie auch. Erst jetzt in ihren späten Jahren erzählte sie, was der Soldat mit ihr gemacht hatte.

In Georgental bei Zinnwald fanden wir eine Bleibe im Ferienhaus von Madaus, obwohl die Gegend um Dresden voller Flüchtlinge war. Als ich vor fünfzehn Jahren dort war, schienen die Häuser noch wie im Dornröschenschlaf unangerührt vorhanden.

Meine Mutter hatte versucht, der rheinischen Verwandtschaft zu schreiben, wo wir sind, in der Hoffnung, daß Vati uns holen kommt. Aber er kam nicht. Eines Tages im November 1945 kam Muttis jüngerer Bruder, Rudolph Schwantner, der uns holte. Wir ließen das Holz zurück im Keller, in der Hoffnung, Nachkommende könnten sich daran wärmen. Der mit der Bahn aufgegebenen erhamsterte Kartoffelsack kam nie an, den hatten, wie das üblich war, wenn der Zug anhalten mußte, andere Hungernde vom Waggon geklaut.

Die Verwandtschaft im Rheinland war nicht erfreut, daß wir überlebt hatten. Zusätzliche Esser waren daher äußerst unbeliebt bei den Einheimischen – fast überall in Deutschland.

Bevor meine Mutti neulich starb, war ich jeden Abend im Krankenhaus und hielt ihre Hand. Sie erzählte von früher mit klarem Verstand. Es war sehr, sehr schwer, sagte sie immer wieder, die ersten Jahre. Aber ich habe es geschafft. Gellok, das habe ich doch gut gemacht? Ich bin Einheimische geworden.

Ich lächelte sie an. Ja, sagte ich. Bei mir dachte ich: Du ja, ich nicht. Ich lebe seit über fünfzig Jahren in Berlin, wovon ich aber nicht sagen würde, es ist meine Heimat. Wir Kinder und Kindeskinde haben dieses Gefühl der Heimatlosigkeit in uns, dieses nur Geduldetsein. Jenny Schon

ERINNERUNGSTAG 2015



Der Kulturverein der Heimatvertriebenen in OÖ, ein Zusammenschluß der Buchenlanddeutschen, Donauschwaben, Karpatendeutschen, Siebenbürger Sachsen und der Sudetendeutschen, hat am 6. Juni in Wels seinen 8. Erinnerungstag abgehalten. Unter dem Titel „1945 bis 2015 – Hoffnung, Freiheit und Friede“ reichte sich der Erinnerungstag würdig in die zahlreichen Gedenkveranstaltungen anläßlich des Endes des Zweiten Weltkrieges und dessen dramatischen Folgen vor siebzig Jahren.

Diese Veranstaltung fand erstmals im großen Konzertsaal der Landesmusikschule „Dreiklang Herminenhof“ statt. Die musikalische Umrahmung gestalteten die „Vöcklabrucker Spielteufel“, die damit dem Festakt einen feierlichen Rahmen verliehen.

In der Einleitung betonte der Obmann des Kulturvereins die Notwendigkeit, eine Erinnerungskultur zu erkennen und zu pflegen. Heuer stehen zwar „siebzig Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, Flucht und Vertreibung“ im Vordergrund, aber darüber hinaus darf die Geschichte weiter zurück nicht in Vergessenheit geraten. Denn die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, der Monarchie bis hin zu den ersten Besiedelungen im 12. bis

14. Jahrhundert, ergibt Aufschlüsse über das Leben der Heimatvertriebenen in ihren Herkunftsgebieten.

Als Festredner konnte Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer begrüßt werden, neben ihm auch zahlreiche politische Mandatäre aus Stadt und Land. Der Landeshauptmann würdigte in gewohnter Weise die Aufbauarbeit der Heimatvertriebenen in Oberösterreich, er schnitt auch die Nachbarschaft zu Tschechien an, die nicht ganz unbelastet ist, einerseits durch Temelin und besonders durch die Beneš-Dekrete. Augenmerk richtete er auf die Erstellung eines neuen Geschichtsbuches mit Sudetendeutschen und Tschechen. Als weiterer Festredner wurde der Bundesobmann der Siebenbürger Sachsen in Österreich, Mag. Volker Petri, begrüßt. Dieser schilderte in seinem sehr ausführlichen Vortrag die Lebensumstände der Heimatvertriebenen vor, während und am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Sehr gefühlvoll mit persönlichen Worten moderiert wurde der Erinnerungstag von Frau Mag. Renate Bauinger, einer Spätaussiedlerin aus Siebenbürgen. Mit der Landeshymne und einer Einladung zu einem kleinen Imbiß endete der Erinnerungstag 2015.

ORF-Dokumentation ein voller Erfolg

Die gemeinsam mit ORF III konzipierte vierteilige Dokumentationsreihe „Die Vergessenen des 2. Weltkriegs“, die am 6. und 13. Juni im Hauptabendprogramm ausgestrahlt wurde, hat sowohl im Sinne des hohen Qualitätsanspruches, als auch bei den Zuschauerzahlen alle Erwartungen übertroffen.

„Siebzig Jahre danach war es unser Ansinnen, an das Drama der zwölf Millionen Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa zu erinnern, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg verschleppt, vertrieben und enteignet wurden“, blickt VLÖ-Präsident Dipl.-Ing. Rudolf Reimann auf die umfangreichen Arbeiten zurück, die schließlich in den Dokumentationen „Die Sudetendeutschen“, „Die Donauschwaben“, „Die Deutschen entlang der Karpaten“ und „Umstrittenes Dreiländereck“ mündeten. 70.000 Zuschauer durchschnittlich sahen diese Dokumentationen.

Schwarzenberg fühlt sich geehrt

Vermutlich auf die fortdauernden Sanktionen der EU gegen Rußland hat der Kreml mittlerweile mit „Gegenmaßnahmen“ reagiert. Auf einer Liste von insgesamt 89 europäischen Repräsentanten, die nicht nach Rußland einreisen dürfen, sind auch vier Tschechen: Karel Schwarzenberg, Marek Ženíšek, Jaromír Štětina und Stefan Füle. Der ehemalige Außenminister und amtierende Top-09-Parteichef Schwarzenberg betrachtet dieses Verbot als Ehre. Er sei „in einem Klub der anständigen Leute, in dem man sich gut fühle“, sagte der 77jährige Abgeordnete gegenüber der Internetredaktion „iDnes.cz“. Er sehe dies als „eine Auszeichnung von Putin an, weil man dem russischen Präsidenten offenbar auf den Nerv gehe“, ergänzte Schwarzenberg. Ähnlich äußerte sich auch dessen Parteikollege, der Politologe und Top-09-Vizechef Marek Ženíšek.

Erika Steinbach wird BdV-Ehrenpräsidentin

Auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin haben die Delegierten am 20. Juni einstimmig einem Antrag zugestimmt, der langjährigen Verbandspräsidentin Erika Steinbach MdB (1998 bis 2014) die Ehrenpräsidentenschaft zu verleihen. Mit Nachdruck und Erfolg habe Erika Steinbach über viele Jahre hinweg wichtige Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen und durchgesetzt, begründete BdV-Präsident Bernd Fabritius die Entscheidung und gratulierte Steinbach. Er verwies auf den bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, der heuer zum ersten Mal am 20. Juni begangen wurde.

„Die sudetendeutschen Landsleute in Österreich schließen sich der Gratulation sehr herzlich an, war doch Erika Steinbach gerngesehene Rednerin in unserer Patenstadt Klosterneuburg“, so SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel.

Sperre gegen deutschen Ökostrom

Tschechien hat mit dem Bau von Transformatoren begonnen, um unerwünschten Strom aus deutschen Windkraftanlagen an der Grenze zu stoppen. Kürzlich wurde an einer Freileitung in Burgstadt (Hradec u Kadaně), rund 20 Kilometer östlich von Oberwiesenthal, der Grundstein gelegt, wie der tschechische Stromnetzbetreiber ČEPS mitteilte. Wegen fehlender Stromautobahnen zwischen Nord- und Süddeutschland nimmt die Elektrizität verstärkt den Umweg über Tschechien. Damit steigt aber das Risiko einer Überlastung des eigenen Stromnetzes. Mit den neuen Hunderte Tonnen schweren Phasenschieber-Transformatoren könne der Stromfluß gesteuert werden. Die Baukosten der Anlage belaufen sich auf mehr als 72 Millionen Euro. Ein Blackout käme weit teurer zu stehen, sagte ČEPS-Leiter Vladimír Tošovský.

SUDETENDEUTSCHER HEIMATTAG 2015

Klosterneuburg – 13. September 2015

Vor 100 Jahren Völkermord an den Armeniern – vor 70 Jahren an den Sudetendeutschen

- Sonntag, 13. September – Klosterneuburg**
- 14.00 Uhr: **Feierliches Hochamt** in der Stiftskirche. Hauptzelebrant ist Monsignore Karl Wuchterl, Vorsitzender des Sudetendeutschen Priesterwerkes.
 - 15.00 Uhr: **Fest- und Trachtenzug** vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.
 - 15.30 Uhr: **Toten-Gedenkfeier mit Kranzniederlegung** mit Dkfm. Hans-Günter Grech.
 - 16.00 bis 19.00 Uhr: **Kundgebung** in der **Babenbergerhalle**.
Grüßworte von **Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager** und den Vertriebenensprechern.
Vorführungen des Wiener Sudetendeutschen Volkstanzkreises unter Klaus Seidler.
- Die Festrede hält **Dipl.-Ing. Beransch Hartunian-T.** Präsident der Österreichisch-Armenischen Kulturgesellschaft

SONDERAUSSTELLUNGEN

- „**Bauer – Lehrer – Liederfürst**“ – **Franz Schuberts Familie.** Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum, 3400 Klosterneuburg, Schießstattgasse 2, geöffnet Dienstag 10 bis 16 Uhr, Samstag 13 bis 17 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr.
- „**Jüdische Spuren im böhmischen Grenzland.**“ Böhmerwaldmuseum, 1030 Wien, Ungargasse 3, geöffnet jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr.
- Büchermarkt** im Foyer der Babenbergerhalle.
- Gratis-Pendelverkehr** von 12 bis 13.30 Uhr Bhf. Klosterneuburg-Kierling – Babenbergerhalle.
Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Die Beneš-Dekrete (nicht nur) für tschechische Leser erklärt

Einem Beitrag aus der Serie „70 Jahre nach dem Kriege“ in „LN“ von Jan Kuklík (Mitverfasser der Schrift aus dem tschechischen Kulturministerium vom Jahr 2002: Rozumět dějinám / Die Geschichte verstehen) ist zu entnehmen, daß Beneš nicht der eigentliche Verfasser der nach ihm benannten Dekrete ist. Es handelt sich vielmehr um **Vorschläge** der Londoner Exilregierung und später der aus Kaschau nach Prag zurückgekehrten Regierung, die von Beneš und Regierungsmitgliedern unterschrieben, als Dekrete des Präsidenten der Republik herausgegeben wurden. Jan Kuklík schreibt:

Die Dekrete des Präsidenten gab die Exilregierung in London ab Herbst 1940 heraus. Am häufigsten mit einem abwertenden Anflug werden sie nicht ganz genau als Beneš-Dekrete bezeichnet, wodurch die Verantwortlichkeit Beneš' für die Politik, die nach ihnen realisiert wurde, ausgedrückt werden soll. Dabei lösten die Dekrete einen Verfassungsnotstand, in den die Tschechoslowakei durch die Schuld der deutschen Aggression gekommen war. Nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten vom 15. 10. 1940 über die gesetzgebende Vollmacht des Präsidenten gab er die rechtlichen Vorschriften ausschließlich auf den Vorschlag der Regierung und deren Mitunterzeichnung heraus.

Die vorbereiteten Dekrete hatte die Regierung gebilligt, nach dem Kriege hatte sie die Nationalversammlung zu billigen. Auch in London, wo die Stellung Beneš' am stärksten war, kam es nicht zu Bekundungen seines absoluten Willens. Ab dem Jahr 1942 äußerte der Staatsrat die Dekrete als verbindlich.

Gerade in London wurden 45 Dekrete herausgegeben, davon elf Verfassungsdekrete und 34 geläufige, die bis zum Jahr 1943 herausgegeben wurden. Sie betrafen den Aufbau staatlicher und militärischer Einrichtungen. Nachfolgend begann sich die Regierung auf die Befreiung der CSR vorzubereiten. Das beherrschte auch die Vorbereitung der Dekrete, die die Rekonstruktion der Verfassungsorgane, des Staatsapparats (Nationalausschüsse) und die Wirtschaft betrafen. Der Präsident mit der Re-

gierung im Exil gab noch den rechtlichen Rahmen für die Retribution und hatte Fragen des Nachkriegsabschubs geregelt. Die Tätigkeit von Regierungsdelegierten wurde ebenso reguliert wie die juristischen Folgen aus der Zeit der Unfreiheit, das ist die Zeit von München bis Kriegsende. Das Dekret über außerordentliche Maßnahmen zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens sollte den Feindbesitz sicherstellen, ebenso wie den von „staatlich unzuverlässigen“ Personen.

Dem tschechischen Exilkabinett gelang es, sich wenigstens teilweise an der Nachkriegsregierung zu beteiligen. Eine gewisse Diskontinuität zur Londoner Zeit ist allerdings die Tätigkeit des slowakischen Nationalrats (SNR), der Anteil der Kommunisten in der Nachkriegsregierung sowie der Fakt, daß eine Reihe der Londoner Dekrete auf befreitem Gebiet überhaupt nicht galten oder durch die Nachkriegsregierung verändert wurden.

Entgegen der Londoner Zeit hat sich der Anteil Beneš' an der Vorbereitung der Dekrete ständig verringert und es wuchs der Einfluß der Parteien der Nationalen Front. Der Sekretär des Präsidenten, Eduard Táborský, vermerkt, daß die Regierung oftmals Beneš vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Auch wenn er in einigen Fällen der Vorlage nicht zugestimmt hat, gab er am Ende nach. Nur in der Frage der Staatsbürgerschaft setzte er sich durch und wartete mit der Unterzeichnung des Dekrets auf die Entscheidung des Potsdamer Abkommens (Bemerkung des Übersetzers: Das Verfassungsdekret Nr. 33 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit von Personen deutscher und magyarischer Nationalität ist auf den 2. 8. 1945 datiert, dem Datum der „Mitteilung der Dreimächtekonferenz von Berlin“).

Politisch gingen die Dekrete aus dem Kaschauer Regierungsprogramm hervor. Eine Reihe von ihnen galt nur für die böhmischen Länder. Gesamtstaatliche Angelegenheiten regelten nur jene Dekrete, in denen die Regierung mit dem slowakischen Nationalrat (SNR) übereingekommen war.

Die Erinnerungen der damals meist noch Minderjährigen können in Hörstationen nachverfolgt werden.

800.000 Menschen wurden als Deutsche unmittelbar nach Kriegsende im Zuge der „wildem“ Vertreibung (in Wirklichkeit von der Prager Politik gesteuerte Kommandoaktionen) über die tschechischen Grenzen gejagt, etwa 250.000 von ihnen nach Ober- und Niederösterreich. Sie kamen mit kaum mehr als sie am Leib trugen, froh, überlebt zu haben, aber erfüllt von Schock, Angst, Unsicherheit, Bangen und Hoffen auf Rückkehr. Unterschlopf fanden viele zunächst bei Verwandten, Bekannten und anderen Hilfsbereiten in den grenznahen Ortschaften des Wald- und Weinviertels. Hilfe von offizieller Seite gab es zunächst so gut wie keine, weshalb es Opfer von Unterernährung, physischer und psychischer Erschöpfung gab. Für die Zentralstellen

Dokumente des Grauens

im fernen Wien stellten die Vertriebenen nur ein zusätzliches Problem unter vielen dar, „eine große Verlegenheit“, wie es Staatskanzler Karl Renner, selber gebürtiger Südmährler, formulierte. Die auf den Trümmern des „Dritten Reiches“ neu errichtete und in vier Besatzungszonen geteilte Republik kämpfte schwer mit dem Erbe der nationalsozialistischen Diktatur und des Krieges, mit Hunger und Elend. Im Land befanden sich 1,6 Millionen „Displaced persons“, neben den Vertriebenen befreite KZ-Insassen, Soldaten, ehemalige NS-Zwangsarbeiter...

Die Alliierten hatten zunächst kein Interesse daran, die Flüchtlingswelle aus der Tschechoslowakei zu stoppen. Erst bei ihrer letzten gemeinsamen Zusammenkunft in Potsdam im August 1945 verlangten sie von Prag ein Ende der „wildem“ Vertreibungen, kamen

Die wichtigste Aufgabe der Regierung unmittelbar nach dem Krieg hatte mit der Erneuerung und gleichzeitig der Veränderung des Staates gemäß dem Regierungsprogramm zu beginnen. Durch die Dekrete kam es zu grundlegenden Veränderungen der Vormünchener Gesetzgebung, besonders mit verfassungsmäßigen, politischen und wirtschaftlichen Neuordnungen, achtundneunzig der auf befreitem Gebiet ausgegebenen Dekrete umfaßten Verfassungsänderungen, Minderheitenprobleme, Retribution, Sicherungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Entstehung neuer Hochschulen (und Aufhebung der deutschen), das Arbeitsrecht und die Nationalisierung oder Regulierung der Produktion.

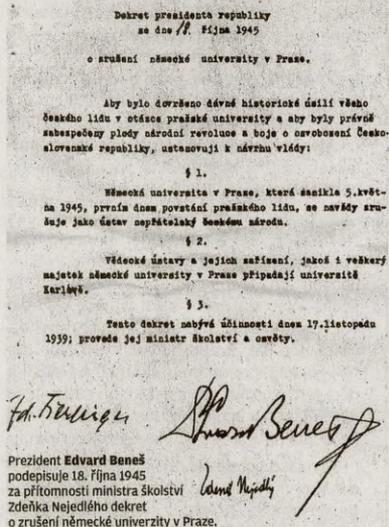
Die Dekrete sind also nicht nur mit dem Abschub der deutschen Minderheit verbunden, auch wenn in diesem Zusammenhang meist von „Beneš-Dekreten“ gesprochen wird. Sie haben für den Abschub den Rechtsrahmen in der Frage der Staatsbürgerschaft vorbereitet, die Sicherstellung und Konfiszierung des Besitzes und in der Lösung der Besiedlung.

Schlüsseldekret war das Verfassungsdekret vom 2. August 1945 über die Regelung der Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität. Aus rechtlicher Sicht haben mit diesem Dekret die Deutschen und Magyaren, die während des Krieges (??) die Staatsbürgerschaft von Feindstaaten angenommen haben, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren. Loyalen Deutschen und Magyaren sollte die Staatsbürgerschaft erhalten bleiben (Bem. des Übersetzers: Das Dekret ist ungenau erklärt. So enthält es überhaupt keinen Hinweis auf die Zeit „während des Krieges“. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wurde durch andere Vorschriften geregelt: Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik vom 25. November 1938, Verordnung über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch frühere tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit vom 20. April 1939).

aber gleichzeitig zum Schluß, daß die „Überführung der deutschen Bevölkerung... (aus der Tschechoslowakei) durchgeführt werden muß.“ Diese Bestimmung sollte auch auf die bisher nach Österreich Gekommenen Anwendung finden, was bei der Politik, die mit „Deutsch“ und „Deutschen“ nichts mehr zu tun haben wollte, zunächst auf ungeteilte Zustimmung stieß. Das ehemaligen KZ-Außenlager Melk wurde als Durchgangslager adaptiert, über das 80.000 Menschen zunächst interniert und dann in das besetzte Deutschland „repatriert“ wurden. Die meisten von ihnen sahen dies als zweite „Vertreibung“ an und versuchten alles, um in Österreich bleiben zu können, einige begingen Selbstmord. Doch die (nieder-)österreichischen Behörden waren unerbittlich, setzten, so wie die Politiker in Wien, auf gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den neuen tschechischen Machthabern und versuchten den Menschen beizubringen, daß „es ein leeres Geschwätz von Phantasten ist, wenn es immer wieder heißt, in vierzehn Tagen kommen sie wieder in ihre Heimat zurück“, wie etwa der damalige Bezirkshauptmann von Waidhofen an der Thaya formulierte. Erst langsam änderten die Behörden ihre Haltung, erkannten sie doch, daß die Vertriebenen beim Einbringen der Ernte wichtige Dienste leisten könnten. Ausnahmebestimmungen vom geplanten Abschub nach Deutschland wurden formuliert, die Landwirte intervenierten für „ihre“ neuen Dienstleute, Fabrikanten für die tüchtigen Arbeiter, und so manche zwischenmenschliche Beziehung hatte sich ergeben. Schließlich konnten 114.000 in Österreich bleiben. „Langsam ist es besser geworden“, erinnerte sich ein Zeitzeuge an die Jahre danach. Nach und nach wurden die Bestimmungen bei Arbeits- und Wohnungssuche, Schulbesuch, Studium aufgehoben. Und erst 1953 erhielten die meisten Vertriebenen die österreichische Staatsbürgerschaft. Die Jahrzehnte danach standen im Zeichen der Familiengründung, des Hausbaues, des Aufbaus der wirtschaftlichen Existenz..., neben der verlorenen „alten“ Heimat trat eine neue.

Niklas Perzi

Übersetzung einer Dekret-Kopie



Dekret des Präsidenten der Republik vom 18. Oktober 1945 über die Aufhebung der deutschen Universität in Prag

Um die vergangenen historischen Anstrengungen des ganzen tschechischen Volkes in der Frage der deutschen Universität abzuklären und um die Früchte der nationalen Revolution sowie des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich sicherzustellen, bestimme ich über den Vorschlag der Regierung:

§ 1
Die deutsche Universität in Prag, die am 6. Mai 1945, dem ersten Tag des Aufstandes des tschechischen Volkes, untergegangen ist, wird als feindliche Anstalt des tschechischen Volkes für immer aufgehoben.

§ 2
Die wissenschaftlichen Anstalten und ihre Einrichtungen als auch jeglicher Besitz der deutschen Universität in Prag fallen an die Karlsuniversität.

§ 3
Dieses Dekret tritt am 17. November 1939 in Kraft; es führt der Minister für Schulwesen und Volksbildung durch.

Dr. Edvard Beneš
Zd. Fierlinger Zdenek Nejedlý

Bemerkung des Übersetzers: Am 17. November 1939 wurden die tschechischen Hochschulen nach Studentennunruhen zunächst für 3 Jahre, dann auf Kriegsdauer geschlossen. wyk

Sudetendeutscher Rat tagte erstmals in Berlin

Das Plenum des Sudetendeutschen Rates tagt meist im Sudetendeutschen Haus in München. Diesmal wollte man in der Bundeshauptstadt Berlin – der Wirkungsstätte der meisten der fünfzehn Abgeordneten – die mit fünfzehn Amtsaltern der Sudetendeutschen Landsmannschaft den Sudetendeutschen Rat bilden – tagen. Die Bayerische Vertretung in Berlin war Gastgeber. Generalsekretärin Christa Naaf referierte zu „60 Jahre Sudetendeutscher Rat“ und SL-BV Bernd Posselt berichtete über erfreuliche Entwicklungen in der Heimat. Nach einem Ausblick auf die Marienbader Gespräche 2015 fand ein Parlamentarischer Abend mit Imbiß statt, was zu interessanten Gesprächen in guter Atmosphäre einlud und reichlich genützt wurde. SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel war als Vertreter aus Österreich dabei.

Rolle des Staatschefs wird beschnitten

Die tschechische Regierung hat kürzlich auf einer Sitzung einen Entwurf zu den Änderungen der Präzidenten Kompetenzen gebilligt. Die Verfassungsnovelle beschränkt demnach in Zukunft die Rolle des Staatsoberhauptes in der Außenpolitik und bei der Ernennung des Zentralbankrates. In anderen Bereichen werden die Befugnisse des Präsidenten präzisiert. Der Entwurf wurde von der Präzidentalkanzlei und von einem Teil der Opposition kritisiert. Falls die Vorlage in beiden Parlamentskammern durch eine Drei-Fünftel-Mehrheit der Parlamentarier unterstützt wird, tritt sie zu Beginn des Jahres 2016 in Kraft.

Das Sterbebuch der Waldviertler Pfarre Waldkirchen unterscheidet sich nicht von all den anderen. Aber Alter und Todesursache im Juni 1945 jedoch sind ungewöhnlich: Säuglinge, Kleinkinder – gestorben an Erschöpfung und Unterernährung, Opfer der Vertreibung der deutschen Bewohner der sechzig Kilometer von der niederösterreichischen Grenze entfernten Stadt Iglau (Jihlava).

Es sind Dokumente eines Grauens, dessen Dimensionen für den Betrachter von heute emotional wohl nicht mehr nachvollziehbar sind. Der Tod der 23 Iglauer Kinder stellt eines der tragischen Kapitel der ethnischen Zwangshomogenisierung dar, in deren Verlauf nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 2,5 Millionen Personen deutscher Muttersprache aus der Tschechoslowakei vertrieben und ausgesiedelt wurden. Sie setzten den reichen, hochindustrialisierten böhmischen Ländern nach Holocaust, Krieg und Nazi-Terror einen weiteren Aderlaß, bevor drei Jahre später die Kommunisten die Macht ergriffen. Begraben wurden die Kinder am Pfarrfriedhof von Waldkirchen, wo später ein Gedenk Kreuz errichtet wurde. Bis heute noch versammeln sich dort Überlebende und ihre Nachkommen. Seit der „Wende“ von 1989 kommen auch Vertreter des tschechischen Jihlava von heute, legen Kränze nieder und betrauern die Opfer.

Das Totenbuch ist ein Exponat der Ausstellung „Langsam ist es besser geworden“, die 2013 in Sankt Pölten eröffnet wurde und seitdem durch Niederösterreich und Tschechien wandert. Der Titel entstammt eines der mehr als dreißig Interviews mit Zeitzeugen, die neben den Exponaten und Dokumenten aus den Archiven das Gerüst der Schau bilden. Diese ist ein Projekt des Sankt Pöltener Zentrums für Migrationsforschung (ZMF), das 2012 auf Initiative von LHStv. Wolfgang Sobotka vom Niederösterreichischen Landesarchiv eingerichtet wurde. Sechs Tore symbolisieren in der Ausstellung die dramatischen Umbrüche für die Lebenswelten der Menschen in einer von der Politik erfüllten Zeit.

Fluchtpunkt Neue Heimat – sehenswerte künstlerische Veranstaltung

Unter dem Titel „Vom Erzählen der Dinge – Entwurzelung / Verzweigung / Neubeginn“ fand vom 11. bis 18. Juni in Linz / Neue Heimat in der Kirche zum Guten Hirten eine sehr beeindruckende Ausstellung statt. Initiiert wurde dieses Projekt von Walter Gschwandtner und Elke Sackel von der Kulturinitiative Narrenschiff.

Unter Mitwirkung von neun Personen aus der Pfarre und ihrer Umgebung, die den beiden in längeren persönlichen Gesprächen ihre Lebensgeschichte erzählten, entstanden die Tafeln mit diesen Flucht- und Vertreibungsgeschichten.

Diese wurden an den Wänden der Wochenstagskapelle angebracht – eine zehnte Tafel blieb leer – sie war alle jenen gewidmet, die nicht ankommen konnten.

Das Zentrum bildete ein nach allen Seiten offener Raum aus Heraklith-Tafeln gezimmert, welcher die „Neue Heimat“ der Vertriebenen symbolisieren sollte. In der Mitte hing ein Koffer einer jungen Mutter (Bild), die Gablonz an der Neiße mit ihren zwei kleinen Kindern verlassen mußte. Dieser Koffer, sinnbildlich für die Vertreibungen aus den verschiedenen Ländern, war befestigt an dünnen Seilen, die in alle Himmelsrichtungen führten.

An der Außenseite waren Vitrinen mit den Leihgaben der Mitwirkenden aufgestellt. Diese Dinge sind eng verwurzelt mit den Vertreibungsgeschichten, daher auch der Titel der Ausstellung.

Unter anderem konnte man einen Golddukan, der in der Sohle eines Haferlschuhes eingearbeitet war und somit von Zittau nach Österreich kam „bewundern“, oder eine wunderschöne alte „türkische Kaffeemühle“, die auf die Flucht aus Borovo mitgenommen wurde und die als Zeugnis für Lebensmut und ein bißchen Genuß galt.

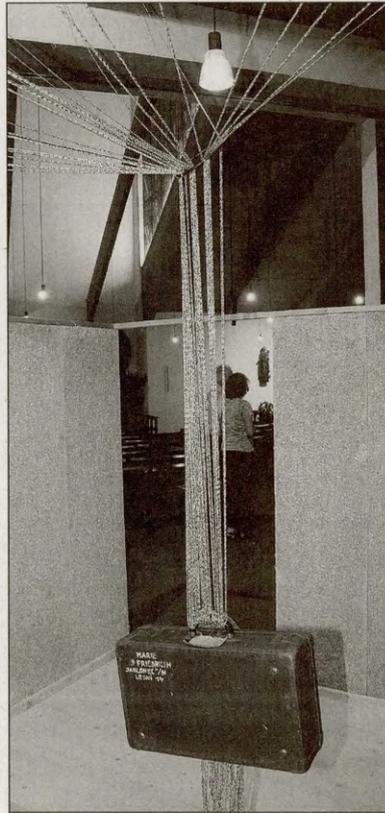
Weiters sah man einen Ziegelstein aus dem Elternhaus in Haindorf, Entwürfe und Fotos aus der kunstgewerblichen Staatsfachschule in Gablonz, Bilder und einen Jahresbericht von 1938 vom deutschen Gymnasium in Krummau.

Eröffnet wurde die Ausstellung am 11. Juni abends in der Kirche mit einem Referat des Sozialhistorikers Universitätsprofessor Dr. Michael John, der sehr anschaulich mit Zahlen und Fakten die Lebensbedingungen der Vertriebenen, Flüchtlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen hier im damals ebenso zerstörten

Österreich, insbesondere in Linz, darstellte. Untermauert wurde die Eröffnung mit Klavier- und Orgelstücken von Komponisten aus der Batschka und aus Schlesien.

Als Nachkommen von Heimatvertriebenen möchten wir uns sehr herzlich für die gelungene Veranstaltung bei den Initiatoren bedanken.

Aus den verschiedenen Familiengeschichten kann man lesen, wie schwer es unsere Vorfahren hatten, aber auch, wie sie mit Tüchtigkeit und Fleiß dieses Schicksal gemeistert und hier eine „Neue Heimat“ gefunden haben – auch wenn in ihrem Innersten die Liebe zur alten Heimat unvergessen bleibt.



Tschechen wollen keinen Euro

Sieben von zehn angesprochenen Bürgern Tschechiens lehnen die Einführung der Gemeinschaftswährung ab. Sie sind am meisten skeptisch aus den Ländern der EU, die sich zur Einführung des Euro verpflichtet, es aber inzwischen nicht getan haben. Dies geht aus einer aktuellen Untersuchung des „Euro-Barometer“ hervor. Sieben Mitgliedstaaten der 28, auf die sich die Untersuchung bezieht, unterscheiden sich bedeutend in der Unterstützung der Gemeinschaftswährung. Außer in Tschechien, wo den Übergang auf den Euro 70 Prozent der Befragten abgelehnt haben, was mehr als die Hälfte der Bürger ist, war es Schweden (66 Prozent) und Polen (53 Prozent). Positiv zum Verlassen der eigenen Währung stehen Rumänien (66 Prozent), Bulgarien (55 Prozent) und Kroatien (53 Prozent) laut čtk. wyk

„Lidové noviny“ steigerte Auflage

„Lidové noviny“ konnte 2015 die Auflage steigern. Dies zeigten die Ergebnisse der Bestätigung der Auflage ABC ČR für den Jahresanfang. „LN“ verkaufte 16 Prozent Exemplare mehr als vor einem Jahr und ist die einzige bezahlte Tageszeitung mit wachsender Auflage. Ein Anstieg ist sowohl beim elektronischen Vorverkauf als auch beim Verkauf über den Ladentisch. „LN“ gelang es, die täglich im Durchschnitt 39.632 erscheinenden Ausdrücke zu erhöhen und auch 206.000 Leser pro Ausgabe zu erreichen.

„Wir sind froh, daß unsere Anstrengungen, „LN“ zu beleben, Erfolg gebracht haben. Es hat sich ausgezahlt, auf den ursprünglichen hohen Nachrichtendienst zu setzen, die ständige Auslandsrubrik zu erneuern und qualitative Beilagen anzustreben“, sagte der Direktor der Redaktion, Veselin Vačkov („LN“). wyk

Zaorálek zitierte den russischen Gesandten

Außenminister Lubomír Zaorálek hat kürzlich dem russischen Botschafter in der ČR, Sergej Kiseljow, seine Beunruhigung mitgeteilt über das Sanktionsverzeichnis von Personen aus der EU, die das Land nicht betreten dürfen und über den russischen Dokumentarfilm über die Invasion des Militärs des Warschauer Paktes im Jahr 1968 in der Tschechoslowakei, der grob verzeichnet ist. „Es ist eine Ungeheuerlichkeit, auf die man reagieren muß“, sagte Zaorálek zu dem Film. Der Botschafter bemühte sich nach dem Chef der Diplomatie, die Bedeutung der Aufnahmen zu bagatellisieren und betonte, daß die frühere Erläuterung des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und seiner Nachfolger ständig weitergilt, der sich zur moralischen Verantwortlichkeit für die Invasion in der Tschechoslowakei bekannt hat (čtk). wyk

2. Symposium der Sudd. Jugend und mittleren Generation in Wien

Nach dem bestens verlaufenen 1. Symposium am 14. März im „Haus der Heimat“ in Wien, wo über vierzig Teilnehmer und sehr gute Vortragende begrüßt werden konnten, wurde an uns der Wunsch herangetragen, so bald als möglich wieder ein Symposium durchzuführen.

Diesem Wunsch kommen wir gerne nach. Wir laden recht herzlich am **Samstag, dem 17. Oktober 2015, im „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, Hoftrakt / 2. OG., zum 2. Symposium ein.** Das Thema lautet:

„Die Sudetendeutschen und deren Nachkommen heute und in der Zukunft in Österreich und in der Tschechischen Republik – Wege für ein friedvolles Zusammenleben der Völker in Mitteleuropa.“

Einladend sind dazu Personen im Alter zwischen zirka 18 bis etwa 60 Jahre (also die junge und mittlere Generation). Wir hoffen auf Ihr Verständnis, wenn wir uns auf diese Altersgruppen beschränken.

Um wieder ein „volles Haus“ zu haben (natürlich ist der Platz beschränkt), ersuchen wir alle Landsleute, davon ihre Kinder und Enkelkinder sowie deren Freunde im

genannten Alter in Kenntnis zu setzen und anzumelden. Selbstverständlich sind darüber hinaus alle Interessierten dazu eingeladen.

Anmeldungen, versehen mit dem Namen, Geburtsjahr, Anschrift, Erreichbarkeit (telefonisch oder per Mail), können ab sofort an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs und mittlere Generation, 1030 Wien, Steingasse 25, gerichtet werden (Telefon, Fax und E-Mail-Adresse siehe oben). Anmeldungen müssen bis spätestens 20. September bei uns eintreffen – die Angemeldeten werden von uns verständigt, daß für diese fix ein Platz reserviert ist.

Die Teilnahme selbst ist kostenlos, es gibt wieder ein gutes Mittagessen (Kostenbeitrag 5 Euro) sowie eine Jause mit Kaffee, Tee, selbstgebackenem Kuchen usw.

Schon jetzt dürfen wir allen für ihre aktive Mithilfe recht herzlich danken – ohne diese wäre dieses Symposium kein Erfolg.

Leider ist im „Rundbrief“ der SdJÖ und der mittleren Generation ein Fehler passiert: Es heißt natürlich **17. Oktober** – nicht 17. November – wir bitten um Entschuldigung.

Nationalbank kann sich nicht nach den Wünschen der Politiker richten

Der designierte Gouverneur Jiří Rusnok hat gegenüber „LN“ betont, daß sich die ČNB nicht nach Wünschen der Politiker richten kann. Der Wunsch des Präsidenten Miloš Zeman wird dem künftigen Gouverneur der Tschechischen Nationalbank kein Befehl sein. Obwohl das derzeitige Staatsoberhaupt beabsichtigt, den früheren Premier Jiří Rusnok in dieser Funktion zu ernennen. Zeman erwartet von der kommenden Führung der Zentralbank eine grundlegende Änderung in der Währungspolitik.

Jiří Rusnok, der zur Zeit eines der sieben Mitglieder des Bankrates der Zentralbank ist, räumt ein, Zeman wünschte, daß die Politik der geschwächten Krone sobald als möglich enden würde. „Das ist zwar möglich, aber wir sind eine Institution, die sich nicht danach richten kann, was die politischen Repräsentanten präferieren“, sagte er.

Sofern es um die künftige Stärkung oder Schwächung der Krone geht, unterscheiden sich Rusnoks Äußerungen nicht von den Worten des derzeitigen Gouverneurs Miroslav Singer, der paradoxerweise Zielscheibe scharfer Kritik Zemans ist. Sicher ist, daß sich die tschechische Währung bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2016 ČNB zufolge nicht über die Grenze 27 Kronen für einen Euro kräftigt. Rusnok gab an, daß die Zentralbank diese Verbindlichkeit verlängert, falls es erforderlich ist.

„Aber stets verlängern muß nicht sein und es kann irgendeine Bewegung des Marktkurses der Krone in beiden Richtungen eintreten“, fügte Rusnok in Übereinstimmung mit dem Standpunkt Singers und weiterer Mitglieder des Bankrates hinzu.

Rusnok wird als der nächste Gouverneur einen entgegenkommenderen Standpunkt zur Einführung des Euro in Tschechien haben. Aber es ist ihm klar, daß dies zur Zeit kein attraktives Thema für die Politiker ist. Der Euro ist nicht populär und die Regierung von Bohuslav Sobotka bereitet sich nicht auf einen schnellen Eintritt in die Eurozone vor. Die Vorstellung, im Jahr 2020 in Tschechien mit dem Euro zu bezahlen, ist nicht real. „Wenn ich tippen sollte, würde ich darauf setzen, daß der Euro noch lange nicht in Tschechien (Zahlungsmittel) sein wird“, sagt Rusnok.

Mit der Behauptung von Miloš Zeman, daß die Einführung des Euro die Währungsintervention der ČNB hinauszögern würde, stimmt er nicht überein. Er denkt im Gegenteil, daß im Jahr 2013 die Zentralbank mit der Schwächung der Krone faktisch Pläne zur Einführung des Euro zugespielt hat.

„Den Kollegen im Bankrat gelang es, einen Mythos zu zerstören“, ließ Rusnok verlauten. Der Mythos einer festen, stabilen, allmählich stärker werdenden Krone („LN“). wyk

Aus Reservisten werden Grenzer

Mitglieder der aktiven Reserven, die bisher vor allem zur Aushilfe bei Überschwemmungen oder als Ordnungskräfte bei Veranstaltungen eingesetzt waren, erwartet eine neue Aufgabe. Die Armeeführung will sie in Krisenzeiten zur Bewachung der Staatsgrenzen schicken.

Aus den rund eintausenddreihundert Reservisten entsteht ein festerer Bestandteil der Staatsverteidigung. Sie sollen die Undurchlässigkeit der Grenzen gewährleisten. „Beispielsweise im Fall der Entstehung von Migrationswellen und der Schließung des Schengener Raums sollen die Mitglieder der aktiven Reserven mit den Angehörigen der Armee der Tschechischen Republik die Polizei bei der Bewachung der Grenze verstärken.“

1300 Leute können die 2290 Kilometer der Grenzlinie nicht bewachen

Allein die Mitglieder der freiwilligen Einheiten, die um die militärischen Kreiskommandanturen versammelt sind, bekennen, daß die Erfüllung dieser Aufgabe nicht einfach sein wird.

Das Verteidigungsministerium würde in den Einheiten lieber fünftausend Männer und Frauen sehen, in denen heute weniger als ein Drittel dient und für die Bewachung der 2990 Kilometer langen Grenze nicht ausreicht.

Die Situation soll sich mit dem vorbereiteten neuen Konzept, das noch in der Ära des Mini-

sters Alexandr Vondra (ODS) entstand, ändern. Die Regierung hatte das Konzept schon vor zwei Jahren gebilligt, an der Sache hat sich aber nichts geändert. Die Kreiskompanien sind den Bürgern wenig attraktiv.

Grundlage vor allem ist eine bedeutendere Unterstützung der Arbeitgeber, deren Beschäftigte zur aktiven Reserve gehören. Die Firmen müssen motiviert werden, ihren Leuten zu den Übungen freizugeben. Die Verteidigung erwägt eine Abgeltung für die damit verbundenen Unannehmlichkeiten. Die Mehrheit der zu ersetzenden Positionen erfordern Fachkenntnisse, und die Ausbildung eines „Einspringers“ ist keine Frage weniger Wochen.

Der jährliche Voranschlag für die jetzt 1300 aktiven Reservisten beträgt 500 Millionen Kronen. In Freiwilligeneinheiten sollten 3000 bis 5000 Angehörige sein.

Die Mehrheit der Mitglieder der aktiven Reserve dient in Marschkompanien bei den Kreismilitärkommandanturen. Weitere fünf Kompanien sind Verbänden in Žatec (Saaz), Prostějov (Proßnitz) und Práslavice (Práblowitz) zugeteilt. Der monatliche Sold der Reservisten beträgt 500 Kronen, die sich auf den doppelten Betrag steigern soll. Die Übungen dauern maximal vier Wochen im Jahr. Melden kann sich zur Reserve, wer die Gesundheitstests und die Grundausbildung absolviert hat („LN“). wyk

Vertrauen: Sobotka holt führenden Babiš ein

Der vertrauenswürdigste institutionelle Akteur bleibt weiter Finanzminister Andrej Babiš, dem im Mai 55 Prozent der Menschen vertraut haben. An der Spitze der Treppe hält er sich nun schon mehr als ein Jahr, kurz hinter ihm folgt mit 53 Prozent Premier Bohuslav Sobotka, der sich seit April um sieben Prozentpunkte verbessert hat.

Unter den ersten fünf sind auch der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Pavel Rychetský (45 Prozent), Verteidigungsminister Stropnický (44 Prozent) und Präsident Miloš Zeman (41 Prozent). Dies geht aus der Untersuchung von CVVM hervor. Die übrigen institutionellen Akteure bekamen weniger als 35 Prozent. Einen großen Anstieg neben Sobotka verzeichnete Landwirtschaftsminister Marian Jurečka. Auch er verbesserte sich um sieben Punkte und ihm vertrauen jetzt 27 Prozent (čtk). wyk

Isergebirgsmuseum: Schneekugel und Badeglas – von der Reise mitgebracht

Die Ausstellung im Isergebirgs-Museum Neugablonz ist vom **26. Juni bis zum 18. Oktober 2015** zu sehen. Das Museum ist täglich (außer Montag) von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Neugablonz verbindet man in erster Linie mit Modeschmuck. Weniger bekannt ist, daß auch Schneekugeln und Klick-Fernseher, Muh-Dosen und Stocknägeln, Hutanstecher und goldene Rehe aus Neugablonz kamen. Die Firmen Walter & Prediger sowie Artur Schnabel stellten seit Mitte der 1940er Jahre Reiseandenken her. In ihrer Produktpalette spiegeln sich fast siebenzig Jahre Souvenirgeschichte – ein Anlaß, sich diesem vielschichtigen Phänomen in einer Ausstellung anzunähern.

Souvenirs – das französische Wort für Andenken – sind Gegenstände, die an besondere Orte, Personen oder Ereignisse erinnern. In der Regel werden sie im Zusammenhang mit einer Reise erworben und sorgsam aufbewahrt. Die Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit, auf Reisen zu gehen, was bis ins 20. Jahrhundert

hinein ein Privileg begüterter Bevölkerungsschichten war.

Für die Mehrzahl der Menschen boten Wallfahrten jahrhundertlang die einzige Möglichkeit, zu verreisen, wenn auch unter beschwerlichen und oft gefährlichen Umständen. Bereits im Mittelalter wurde heilbringende Devotionen an die Wallfahrer verkauft. Wallfahrtsandenken waren die ersten Reiseandenken und sind daher auch in der Ausstellung vertreten.

Die erholsame Sommerfrische blieb der Aristokratie und dem gehobenen Bürgertum vorbehalten, ebenso wie lange Zeit Kur- und Badereisen. Entsprechend hochwertig waren oft die von dort als Souvenirs mitgebrachten Badegläser. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl aus der Sammlung von Erhard Spacek aus Teplitz.

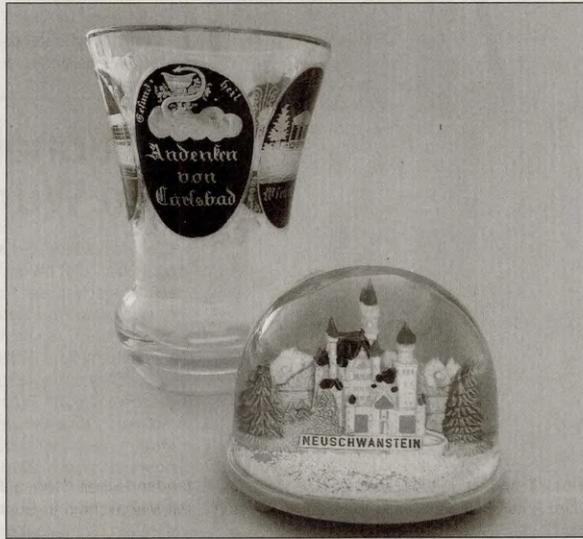
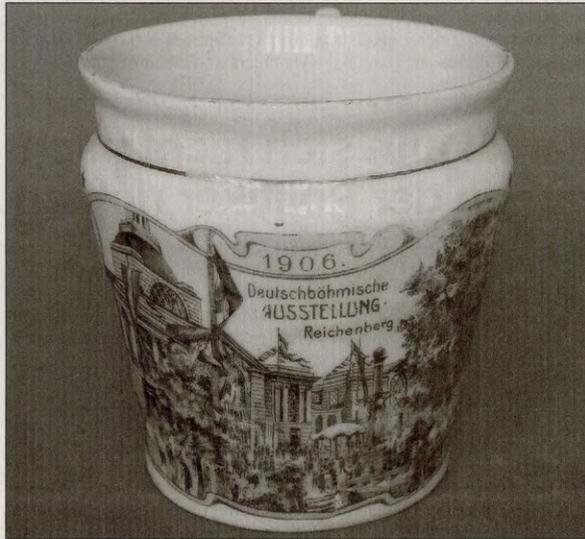
Der moderne Massentourismus setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Frieden, wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstand ermöglichten auch Normalbürgern Urlaubsreisen mit dem Auto und der Bahn, ab den 1970er Jahren

auch Fernreisen per Flugzeug. Reisen wurde zum Statussymbol, und die Reiseandenken bezeugten die Vielzahl und Exotik der bereisten Orte und Länder. Damals herrschte Hochkonjunktur auf dem Souvenirmarkt und die Neugablonzer Hersteller hatten volle Auftragsbücher.

Souvenirs erinnern auch an besondere Ereignisse oder „Events“, wie das Musical „Ludwig II. – Sehnsucht nach dem Paradies“ im Musicaltheater Füssen im Jahr 2000. Die Ausstellung zeigt den aufwendigen Bühnenschmuck der Darsteller, der aus den Betrieben der Gablonzer Industrie stammte und im Theater-Shop als Andenken angeboten wurde.

Im Rahmen der Ausstellung werden Schneekugel-Workshops für Kinder angeboten. Die Termine sind im Internet und in der Presse.

Informationen: Eva Haupt M.A., Museumsleiterin, Isergebirgs-Museum Neugablonz, Bürgerplatz 1, 87600 Kaufbeuren-Neugablonz, Telefon: 0 83 41 / 96 50 18 – Fax: 0 83 41 / 6 52 92 – info@isergebirgs-museum.de.



Einige Exponate aus der sehenswerten Ausstellung: Souvenirs, die von Reisen mitgebracht wurden.

Fruchtbare Begegnungen bei der Monumenta Viva in Komotau

Am 11. und am 12. Mai fand im Stadttheater von Komotau (Chomutov) eine internationale Konferenz mit dem Titel Monumenta Viva statt. Auch Bayreuther nahmen daran teil. Hauptthema war die „Pflege des Kulturerbes in den Sudetengebieten“. Die Schirmherrschaft über die Konferenz hatten Prof. Rostislav Svacha und der stellvertretende Ministerpräsident Pavel Bělobrádek übernommen. Zuzana Finger, die sudetendeutsche Heimatpflegerin und der auch inzwischen in Bayreuth bekannte Museumsdirektor Stanislav Děd und sein Sohn Jakub Děd hatten die qualitativ sehr hochwertige Konferenz organisiert.

Die Konferenz führte zu einer intensiven Begegnung von tschechischen und von deutschen Bürgervereinigungen, von Sudetendeutschen, von Denkmalpflegern, von Architekten, von Historikern, von Vertretern der staatlichen Verwaltung und der Öffentlichkeit. Man spürte, daß den mehr als sechzig Teilnehmern das Kulturerbe in den Sudetengebieten nicht gleichgültig ist. Der enorme Reichtum an unterschiedlichen Landschaften, an Sakral- und Profanbauten von europäischem Rang gilt es zu retten und zu erhalten.

Wie dies organisiert und finanziert wird, zeigten zahlreiche Beispiele auf. Daraus seien beispielhaft aufgeführt die zahlreichen Kleindenkmäler in Nordböhmen, die mehr als sechzig Denkmäler für den Bauernbefreier Hans Kudlich, Landschaftsgestaltung in Kokorschin, Vertreibungs- und Versöhnungsmuseum in Odrau, Renovierung des Benediktinerkloster in Braunau, die Renovierung der Villa Mattoni in Bad Gießhübel, die Renovierung in der Friedländer Region, das Rakonitzer Sudetenland, Katscher im Adlergebirge, die Karlsbader Region, Königsmühle im Erzgebirge, die Loretoanlage in Haid im Kreis Tachau und mehr als zweihundert jüdische Denkmäler.

Und noch etwas fiel deutlich auf: Es gibt keinerlei Berührungängste zwischen Deutschen und Tschechen, man achtet sich, es gibt keine Schuldzuweisungen und man bearbeitet gemeinsam und sehr ausgewogen die umfangreiche und schwierige Materie und kann bereits auf viele erfolgreiche Objekte hinweisen.

Manfred Kees

Bundestreffen der Südmährer

Von 31. Juli bis zum 1. August findet in Geislingen / Steige das **67. Bundestreffen der Südmährer** statt. Das Treffen beginnt am Freitag mit Kranzniederlegung und Vorstandssitzung des Südmährerbundes. Am Samstag stehen Kreistage und der Landchaftstag sowie Preisverleihungen auf dem Programm, am Sonntag Festgottesdienst, Totenehrung und die Hauptkundgebung.

Graf Josef Czernin-Kinsky – 95



Eine Delegation der SLOÖ, Bezirksgruppe Freistadt, gratulierte zum 95. Geburtstag Herrn Graf Di. Josef Czernin-Kinsky. Der Jubilar, ein langjähriges Mitglied der SL, aus Trautenau gebürtig, beging am 16. Juni diesen hohen Festtag. Es war höchst erfreulich, den Geehrten in beneidenswerter geistiger Frische in seiner Heimatstadt, dem Schloß Rosenhof in Sandl im Mühlviertel, zu erleben. Das Foto zeigt (v. l.): DI. Herwig Müller, Gerhard Trummer, Bezirksobmann SL Freistadt, Graf Josef Czernin-Kinsky, Helga Kriegl, Landesobmann Ing. Peter Ludwig.

Franz Zahorka †

1. Auf d' Wulda, auf d' Wulda
Da scheint d' Sunn a so gulda,
Geh i hin über d' Bruck.
Furt schwimman die Scheiter
Talaus ollweil weiter,
Owa koas kimmt mehr z'ruck!
2. Muaß außi i a schwimma,
Ober draußt bleib i nimma,
Mei Hoamat is 's Best.
Vom Böhmerwald kriagn
Wüll i 's Brauttbett und d' Wiagn
Und de Trucha auf d' Letzt!



Mit diesem Lied und dem Böhmerwaldlied verabschiedeten wir uns am 11. Juni 2015 von unserem Vati Herrn Franz Zahorka, der am 4. Juni 2015 für immer seine Augen schloß.

Geboren am 4. September 1923 in Kaplitz im

Böhmerwald, besuchte er das Deutsche Gymnasium in Krummau und maturierte dort während des Krieges 1942. Das Studium blieb ihm verwehrt, er wurde zur Deutschen Wehrmacht einberufen. Nach drei Jahren Kriegsdienst mit Aufenthalt in ganz Europa, in Lazaretten, Straf- und Arbeitslagern, konnte er, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, nach Österreich flüchten.

In Linz bekam er nach mehreren Absagen, da er als Ausländer galt, eine Anstellung beim Landesinvalidenamt und verhalf vielen Kriegssopfern zu einer Rente.

Er gründete mit Ingeborg, unserer Mutti, mit der er fast 62 Jahre verheiratet war, eine Familie mit drei Kindern.

Um näher bei seiner alten Heimat zu sein, bauten sich die beiden ein Wochenendhaus in Grünbach bei Freistadt mit dem Blick auf den Böhmerwald.

Egal ob beim Singkreis, bei den Böhmerwäldern oder der Sudetendeutschen Landmannschaft, er war überall bei den Veranstaltungen aktiv dabei.

Als die Grenzen geöffnet wurden, ließ er keine Gelegenheit aus, wieder in seine geliebte alte Heimat zu fahren, wo am Friedhof von Kaplitz das Familiengrab weitergepflegt und bezahlt wird.

In den letzten Monaten wurde er von seiner Inge im Altenheim gepflegt, da alles beschwerlich wurde, weil er sein Augenlicht fast verloren hatte.

Nach einem sehr bewegten Leben durfte er am Fronleichnamstag ganz ruhig und friedlich einschlafen.

Seine Liebe zur alten Heimat, aber ganz besonders zum Böhmerwald, wird uns unvergänglich bleiben.

Wir bedanken uns für die Spenden an die „Sudetenspost“ anstatt Blumen und Kranzspenden.
Die Trauerfamilie

Staat hat Jan Palachs Geburtshaus erworben

Der Staat hat das Geburtshaus Jan Palachs in Všetaty in Melniker Land in seinen Besitz genommen. Der Kaufvertrag wurde gültig und das Haus nahm das Nationalmuseum in seine Verwaltung. Es plant, in ihm eine Gedenkstätte des Studenten Jan Palach zu gestalten. Dies gab kürzlich der Tschechische Rundfunk Radiojournal auf seiner Webseite an. In Prag erinnert an seine Tat eine Gedenkplatte im Pflaster des Wenzelsplatzes, eine weitere an der Wand der Philosophischen Fakultät am Palachplatz sowie das Grab auf dem Olschaner Friedhof. Der Architektenwettbewerb über die Einrichtung des Hauses als Museum läuft in den nächsten Tagen ab (čtk). wyk

Ökoschäden kosten 100 Millionen Kronen

Bis zu hundert Millionen Kronen sind für die Beseitigung illegaler Abfalldeponien bestimmt. Dieses Geld können Kreise, Städte oder Gemeinden mit erweitertem Wirkungskreis beantragen. Bedingung für den Erhalt ist, daß der Antragsteller illegale Lager oder ökologische Risiken beseitigt und die Besitzer oder Betreiber solcher Einrichtungen weiterhin dazu zwingt. Die minimale Unterstützung für ein Projekt beträgt 100.000 Kronen. Der Staat gewährt eine bis zu 80prozentige Unterstützung zu den Gesamtausgaben (čtk). wyk

Hus-Denkmal in Prag ist restauriert

Aus Anlaß der nahenden 600. Jährung des Todes des Predigers und Reformators Jan Hus ist die Renovierung des Husdenkmals auf dem Altstädter Ring fertig und erinnert sich zur Zeit an die hundert Jahre seiner Vollendung. In das Innere des monumentalen Gebildes aus der Werkstatt des Bildhauers Ladislav Šaloun legten kürzlich Vertreter von Prag, Tabor und Husine Gedenkplaketten, Urkunden und Proben der Tagespresse für jene ein, die später hier eintreten. Die rund zwei Jahre dauernde Restaurierung kostete über acht Millionen Kronen, weil die Schrauben zwischen den einzelnen Gußteilen korrodiert waren und dadurch drohte ein Zusammenbrechen des Gebildes. Die Restauratoren beseitigten auch die Verschmutzungen. Der Grundstein zu dieser Gruppe wurde im Juli des Jahres 1903 gelegt, enthüllt wurde das Denkmal am 6. Juli 1915 anlässlich der fünf-hundertsten Jährung des Martertods von Jan Hus (čtk).

wyk

Jana Hybášková wird EU-Botschafterin

Die Tschechische Republik hat sich einen neuen Punkt auf der internationalen Szene gutgeschrieben. Die Tschechin Jana Hybášková wurde als neue Botschafterin der Europäischen Union für Namibia ausgewählt. Diplomatische Quellen haben dies „LN“ mitgeteilt. „Ja, so ist es, ich trete am 1. September an“, bestätigte sie. Jana Hybášková (49), langjährige Karriere-diplomatin und spätere Europaabgeordnete, vertritt zur Zeit die Funktion einer Botschafterin der EU im Irak, wohin sie 2011 kam. Ihre Mission wird erfolgreich bewertet. Sie spricht fließend Arabisch, kennt den Nahen Osten gut, war unter anderem tschechische Botschafterin in Kuwait zur Zeit der alliierten Invasion im Irak. Kürzlich bewarb sie sich um die Funktion einer Sonderbevollmächtigten der EU für den Frieden im Nahen Osten, hatte aber keinen Erfolg. Die namibische Mission wird erkennbar leichter sein als die irakische. Während Frau Hybášková aus Bagdad hauptsächlich Nachrichten brachte die Bewegung eines islamischen Staates, der sich auf einem Teil irakischen Gebietes festgesetzt hat, gehört Namibia zu den ruhigen afrikanischen Staaten. Die EU ist hier die größte Organisation für humanitäre und Entwicklungshilfe im Lande. Jana Hybášková wird die namibischen Projekte koordinieren („LN“).

wyk

Ausstellung über Hus und die Prager Uni

Im Kreuzgang des Prager Karolinums ist bis zum 28. August die frei zugängliche Ausstellung über Jan Hus und die Prager Universität zu sehen. Die Exposition ist auf die Beziehung des Meisters und der Prager Universität gerichtet, deren Student, Lehrer und Rektor Hus war. Der Entwurf ist in elf Themenkomplexe gegliedert, in denen Kindheit und Jugend, Lehr- und Prediger-tätigkeit von Hus eingeordnet ist, ebenso die Erläuterung seiner Gedanken, die sich in den Reformansichten entgegen der kirchlichen Autorität widerspiegeln. Die Ausstellung ist für alle Kategorien von Besuchern vorbereitet.

In den gleichen Räumen und aus Anlaß des Internationalen Tages des Archivwesens öffnet das Archiv der Karlsuniversität für die Öffentlichkeit. Es werden verschiedene alte Bücher, bedeutende Dokumente und zeitgenössische Gegenstände zu sehen sein, wie der Studienausweis von Karel Čapek oder die Tasche von Jan Palach („LN“).

wyk

Kampf um ein Rauchverbot

Das tschechische Ministerium für Gesundheitswesen hat bei der Regierung ein Antirauchergesetz eingebracht. Dazu schrieb die Sprecherin des Ressorts an „Lidové noviny“: „Im Gesetzentwurf werden alle inneren Betriebsräume der Verpflegungsdienste ohne Ausnahme mit dem Verbot des Rauchens belegt sein.“ Schluß wird auch in Restaurants mit der Benutzung elektronischer Zigaretten sein und ebenso in Teestuben mit Wasserpeifen.

Ein umfangreiches Kapitel im Gesetzentwurf befaßt sich mit Kindern und Jugendlichen. Circa dreißig Prozent der Bevölkerung rauchen Zigaretten. Drei Viertel von ihnen begannen vor Erreichung der Volljährigkeit mit dem Rauchen („LN“).

wyk

Des Österreichers Wallfahrtsorte waren vor 100 Jahren international

Die Sommerzeit ist auch eine Saison des Reisens, für Christen auch eine Zeit des Wallfahrens. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges veröffentlichte im Jahre 1913 in Wien der pensionierte Pfarrer Alfred Hoppe sein großformatiges Buch mit über 900 Seiten und vielen Illustrationen: Des Österreichers Wallfahrtsorte. Er wollte sich mit seinem Werk an deutsche Pilger wenden, besser gesagt an deutschsprachige Österreicher in Cisleithanien. Seit dem Ungarischen Ausgleich war die Monarchie der Habsburger zweigeteilt: Der Staat hieß seit 1867 Österreich-Ungarn und war k.u.k., das heißt kaiserlich und königlich, denn der Kaiser in Wien war auch König in Ungarn, zu dem die Slowakei, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien und Teile der heutigen Ukraine und Serbiens gehörten. Die Grenze zwischen den Reichsteilen war der Fluß Leitha zwischen Niederösterreich und dem Burgenland. Daher sprach man auch von Österreich als Cisleithanien und von Transleithanien als dem ungarischen Teilstaat der Donaumonarchie. Wie Pfarrer Hoppe, der 1913 als pensionierter Pfarrer im Wiener „Priester-Kranken-und-Defizienten-Institute“ lebte, unter Wallfahrtsorte des Österreichers verstand, waren die Pilgerstätten in Cisleithanien, aber auch im benachbarten Deutschland und in Oberitalien, wo seit dem Krieg von 1866 Kaiser Franz Joseph nicht mehr König von Venetien war, sondern nur noch Herrscher in der Grafschaft Görz und dem Küstenland.

Seitdem 2007 Kroatien am 1. Juli als jüngstes Mitglied in die Europäische Union aufgenommen wurde, haben wir hundert Jahre nach Hoppes Wallfahrtsbuch wieder das erreicht, was vor dem Ersten Weltkrieg selbstverständlich war: Seit diesem Jahr sind auch zu Kroatien die Grenzkontrollen verschwunden wie im Jahre 2004 an den Grenzen der damals neuen EU-Mitgliedern Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn und Slowenien. Seitdem kennen Wallfahrer aus Deutschland, Österreich und Italien beim Pilgern zu den Gnadenorten in diese östlichen Länder wie schon vor hundert Jahren keine Kontrollen an lästigen Grenzen mehr.

Der Autor wollte 1913 die Wallfahrtsorte nach ihrer religiösen und pastoralen Bedeutung für die Wallfahrer vorstellen. Also nahm er nicht die reine Anzahl der Besucher und Pilger im Jahr, sondern fragte nach der Zahl der empfangenen Kommunionen, nach der Anzahl der heiligen Messen, die von fremden Priestern an den Gnadenorten zelebriert wurden und nach der

Zahl auswärtiger Prozessionen. Damals hatte vor dem Erscheinen seines Buches zwar Papst Pius X. bereits zum häufigeren Empfang der Kommunion und zur Frühkommunion der Kinder aufgerufen, aber jansenistisches Gedankengut war noch in den Köpfen der Gläubigen und ebenso die Scheu, ja die Furcht, ohne Vorbereitung durch das Bußsakrament nicht würdig den Leib des Herrn zu empfangen.

Der heutige Leser, der als Tourist oder Pilger viele Wallfahrtskirchen in Mitteleuropa kennt oder im Vorbeifahren durch manche Länder manche Namen wahrgenommen hat, ist erstaunt, wenn er über die zehn größten „Wallfahrtsorte des Österreichers“ zur Zeit Hoppes liest. Nur Mariazell liegt noch heute in Österreich, alle anderen sind heute Ausland. Und auch Mariazell liegt nach Hoppe erst an zweiter Stelle nach Altötting, das wegen der Lage in Bayern unweit der Grenze oft von österreichischen Staatsbürgern aufgesucht wurde. Nach Mariazell folgen dann das polnische Kalwarya bei Krakau, Pöfibrum in Böhmen, Wartha im preußischen Schlesien, Mariahilf in Passau, Brezje in der Krain, also im heutigen Slowenien, Philippsdorf in Nordböhmen, Tersat im heutigen Kroatien und der Monte Santo bei Görz, dem heutigen italienischen Gorizia. Görz war seit 1947 geteilt: Die Stadt lag in Italien, Nova Gorica (Neu-Görz) in Jugoslawien. Auch das nächste Dutzend Wallfahrtsorte, das Pfarrer Hoppe aufführt, hat nur zur Hälfte Gnadenorte im heutigen Österreich, nämlich Maria Taferl hoch über der Donau, Maria Trost bei Graz, Dreieichen in Niederösterreich, Mariasaal in Kärnten und Plain bei Salzburg. Die anderen Pilgerstätten sind neben dem heiligen Berg Hosten in Mähren, dem Muttergottesberg bei Grulich in Böhmen, der Mutter der Barmherzigkeit in Marburg (heute Maribor in Slowenien) die Wallfahrtsorte Maria Schnee und Maria Rast in Böhmen, Strugnano (heute Strunjan in Kroatien) und Maria Schoßberg, dem slowakisch Šaštín genannten Nationalheiligtum der Slowakei. Die „Hittliste“ der von Hoppe aufgeführten Wallfahrtsorte hat dann auf den weiteren Rängen mit Mariaschein in Böhmen, Friedek in Osterr.-Schlesien, der Kirche der Heiligsten Dreifaltigkeit in den Windischen Büheln (heute Slowenien), St. Josef in Cilli, der damals südlichsten deutschen Stadt in der heute slowenischen Untersteiermark, Albendorf in Schlesien, Bechin in Böhmen, Barbana bei Grado in Italien, dem Trauerberg bei Nassenfuß (heute Slowenien),

dem Heiligen Berg bei Olmütz und Welehrad in Mähren und dem Luschariberg im 1919 abgetretenen und heute italienischen Teil Kärntens nur Pilgerorte, die heute zwar politisch noch Ausland sind, zu denen aber der Zugang heute grenzenlos, das heißt ohne Grenzkontrolle möglich ist.

Hundert Jahre seit Hoppes großem Buch kann und sollte das Wort Wallfahrt keine Grenzen neu erfährt werden, und zwar ganz im europäischen Sinn. 1980 hat Papst Johannes Paul II. die beiden Slawenapostel Cyrill und Method zu Patronen Europas erklärt und damit gezeigt, daß Europa nur in Ost und West gleich zwei Lungenflügeln atmen kann. Zehn Jahre später hat er im mährischen Welehrad, dem legendären Bischofssitz des hl. Method, die außerordentliche europäische Bischofssynode angekündigt, die Ende 1991 in Rom zusammenkam und uns das Dokument schenkte – damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat. Die meisten der hier nach Hoppe genannten Wallfahrtsorte sind marianischer Natur. An einigen haben sogar Cyrill und Method mit Marienikonen den Grundstein zur Kirche und späteren Wallfahrt gelegt.

Die Kirche Tschechiens beging 1963 den 1150. Jahrestag der Ankunft von Cyrill und Method in Mähren. Da die beiden Landespatrone Mährens seit 1980 auch neben dem hl. Benedikt Europapatrone sind, hätte das Jubiläum des Jahres 863 auch viel intensiver europäisch gefeiert werden müssen, nicht nur von den Slawen, sondern von allen Europäern. Die beiden Slawenapostel aus Saloniki wirkten in Konstantinopel, auf der Krim und im Großmährischen Reich, in Ungarn, Venedig und Rom, wo Cyrill als Mönch starb. Später war Method als Bischof in Klosterhaft in Ellwangen. Dorthin pilgern heute jedes Jahr Bulgaren, Mazedonier, Tschechen und Slowaken. Am Method-Platz in Ellwangen sehen wir bulgarische, slowakische und mazedonische Gedenktafeln. Am 25. Mai 1963 legten dort die Botschafter Bulgariens, der Slowakei und Mazedoniens sowie der russische Generalkonsul und der tschechische Konsul aus München Blumen nieder und würdigten beide Europapatrone. Das sollten wir auch mehr tun. Dann wären wir so europäisch wie die Österreicher schon vor hundert Jahren. Unser Werk Kirche in Not hat deshalb seit Jahren für unsere Wohltäter solche Wallfahrten zu wenig bekannten, aber bedeutenden Gnadenorten angeboten.

Rudolf Grulich

Über der Burg flattert der Kelch

Die hussitische Fahne flattert schon seit dem 5. Juni über der Prager Burg. Präsident Miloš Zeman beabsichtigt mit diesem Schritt, die Erinnerung an die 600. Jährung der Verbrennung des Kirchenreformators Jan Hus einzuleiten. Dies gab der server Aktuálné.cz an.

Die hussitische Fahne flattert über dem dritten Burghof mit dem Sitz des tschechischen Präsidenten bis zum Staatsfeiertag, dem 6. Juli. Außer dem Präsidenten nahm an der Hissung der Fahne auch der Patriarch der hussitischen Kirche, Tomáš Butta, teil. Gleichzeitig wird im Empireglashaus in den königlichen Gärten die Ausstellung mit dem Titel „Ich widerrufe nicht“ (neodvolám) eröffnet.

Vor 90 Jahren machte Tomáš Garrigue Masaryk die gleiche Geste, als er einen schwarzen Wimpel mit rotem Kelch heraushing, anlässlich der Anerkennung des Todestags von Hus als Staatsfeiertag. Das führte damals zu langjährigen diplomatischen Zerwürfnissen mit dem Vatikan. Der Prediger und Reformator Jan Hus war wegen seiner Ansichten in Konstanz am 6. Juli 1415 verbrannt worden (čtk).

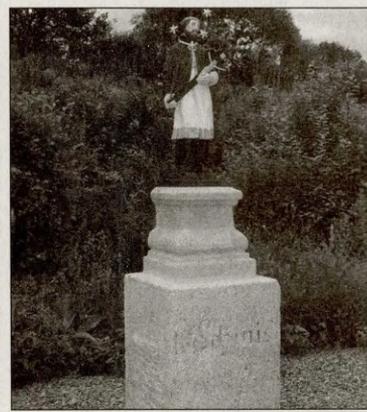
wyk

In Göding entsteht ein großer Umschlagplatz

In Hodonín (Göding) soll bis in vier Jahren eine Anlegestelle für den Umschlag von Containern entstehen. Das geplante logistische Zentrum will die Gesellschaft DOE Europe SE in Nesyt (Nimmersatt) errichten. Umgeschlagen werden sollen jährlich etwa eine Million Container. Erwogen sind Kosten von 27,5 Mrd. Kronen als Voraussetzung zur Schaffung einer Anlegestelle und der Errichtung des Wasserwegs auf der March. Das Vorhaben schafft annähernd 3000 Arbeitsplätze (čtk).

wyk

Patron der Brücken renoviert



Das gußeiserne Standbild Johannes v. Nepomuk an der Stegmühlbach-Brücke in die Moldau bei der Obermühle (Horní Mlýn) bei Hohenfurth (Vyšší Brod) vor der Renovierung 2011 und bei der Neufundamentierung des Granitsockels am 10. 05. 2012.

Mit dem Sturz in die Moldau im Jahre 1393 erlitt Johannes von Nepomuk seinen Märtyrertod in Prag. Nach zahlreichen Folterungen wurde der standhafte Schweiger und Priester in der Nacht des 20. März 1393 von der Brücke in die Moldau gestoßen und wurde damit ein Opfer zwischen weltlicher und kirchlicher Macht. Seit seiner Heiligsprechung am 19. März 1729 durch Papst Benedikt XIII. steht sein Bildnis an vielen Brücken und Plätzen weit über Böhmen hinaus, und er ist Heiliger des mitteleuropäischen Raumes. Johannes von Nepomuk ist der Schutzherr der Müller, Flößer, Schiffer, Beichtväter und die Symbolgestalt des Widerstandes gegen religiöse Unterdrückung

durch Staatsgewalt in kirchlichen Belangen. Sein Leib ruht im Prager Dom in einem silbernen Reliquierschrein. Seine Zunge fand man unverwest 1719 im Grab und wird als „Zungenreliquiar“ in der Schatzkammer der St.-Veits-Kathedrale verwahrt.

Wenn das gußeiserne Standbild bei der Stegmühlbach-Brücke errichtet wurde, ist nicht bekannt. Der im Sockelstein eingemeißelte Name K. Schmid wird als Hinweis auf den Steinmetz vermutet. Werner Lehner, Franz und Walter Pachner nahmen sich der Renovierung des Denkmals an. Ein Wahrzeichen der Kulturlandschaft an der Moldau im Böhmerwald wurde damit vor dem Verfall gerettet.

Werner Lehner

Die Nationalisierung verbreitete sich wie ein Präriefeuer

Die Forderung nach einer Nationalisierung der Schlüsselzweige der Industrie und des Finanzsektors regelte sowohl das Exil als auch der heimische Widerstand. Nach Kriegsende erzwang die politische, soziale und wirtschaftliche Lage radikale ökonomische (und damit gesamtgesellschaftliche) Reformen.

Analoge Probleme machten auch weitere Verbündete durch. Einfluß auf die Tschechoslowakei hatten ursprünglich Pläne der britischen Labourparty, die vorläufige französische Regierung und sozialistische Parteien kleiner Verbündeter.

Obwohl das Kaschauer Regierungsprogramm die Nationalisierung nicht im Detail bestimmte, beschlossen die Parteien der Nationalen Front bereits im Juli 1945, noch vor Einberufung der Nationalversammlung, eine Veränderung mit Präsidialdekret zu bewirken. Eine Rolle, Druck auszuüben, spielten die im Zentralrat vertretenen Gewerkschaften.

Die Vorbereitung der Nationalisierung begleiteten politische und juristische Streitereien über Umfang und Art zu gewählender Entscheidungen. Insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten verteidigten die in einem Zug durchzuführende Nationalisierung, während die Volkspartei, unterstützt von Demokraten, die Verwirklichung der Nationalisierung in Etappen verlangte. Am Ende wurden dabei nicht einmal internationale Probleme beachtet, die die umfangreiche Nationalisierung mit den USA und Großbritannien verursachten.

Die erste Vorschrift war das Dekret über Maßnahmen im Bereich des Films vom 11. August 1945, das sich nicht nur auf die Herstellung, sondern auch auf die Verteilung der Filmwerke bezog. Zu weiteren Nationalisierungsaktionen kam es am 24. Oktober 1945 mit der feierlichen Verkündung einer Reihe von Präsidialdekretten.

Das „Dekret über die Nationalisierung der Bergwerke und einiger Industrieunternehmen“

brachte mit der „Verstaatlichung“ der Schlüsselunternehmen der energetischen Industrie, der Eisenwerke, Stahlwerke, Hütten, Gießereien, Walzwerke, der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Industrie mit mehr als 500 Beschäftigten, der Waffen- und chemischen Industrie sowie weiterer Zweige eine Veränderung der Besitzstrukturen. Dabei ging es um den Entzug der Eigentumsrechte der ursprünglichen Besitzer und die Art der Durchführung, das heißt, die Überführung des Eigentums der nationalisierten Unternehmen an den Staat. Der nationalisierte Besitz ging nachfolgend in Nationalunternehmen auf.

Das Eigentum wurde gegen Ersatz entschädigt, deren Höhe und Art der Auszahlung (man rechnete mit Wertpapieren) erst bestimmt wurde. Der Ersatz bezog sich nicht auf „feindliche Personen“, deren Besitz konfisziert wurde. Allerdings bekamen in der Praxis bis zum Jahr 1948 britische, französische, niederländische oder Schweizer Investoren Ersatz und erst im Jahr 1982 amerikanische. Tschechoslowakische Staatsbürger erhielten bis zum Februar 1948 und darüber hinaus selbstverständlich keinen Ersatz. Für sie bedeutete die Nationalisierung die Konfiszierung.

Die nationalisierten Unternehmen wurden nach den Grundsätzen von Handelsunternehmen geführt. Der Staat garantierte nicht für deren Verpflichtungen. Aber der Gewinn mußte an den Staatshaushalt abgeführt werden. Verwaltet wurden die Nationalunternehmen von einem Direktor an der Spitze und dem Vorstand, bestehend aus Vertretern des Staates und der Beschäftigten. Die Ministerien hatten die Funktion von Aufsichtsräten. Es handelte sich um den Übergang auf ein System geplanter und verwaltungsmäßig gelenkter Wirtschaft, was das im Jahr 1946 angenommene Gesetz über den Zweijahresplan bestätigte. Weitere, am 24. Oktober 1945 erlassene Dekrete betrafen Unter-

nehmen der Nahrungsmittelindustrie, der Banken und Privatversicherungen. Direkt an die Nationalisierungsdekrete schloß sich das Dekret über die Interessenvertretung der Beschäftigten an, wahrgenommen durch Betriebsräte, Vertrauensleute und Unternehmensräte. All diese Vorschriften (zusammen mit den Konfiszierungen) veränderten in grundlegender Weise die Besitzstrukturen in der Tschechoslowakei.

Die im Jahr 1945 verwirklichte Nationalisierung bildete ein ökonomisches System heraus, in dem neben einem staatlichen auch ein privater Sektor existierte. Allerdings dominierte der staatliche Sektor, und im Jahr 1947 beherrschte er 65 bis 75 Prozent der Industrie. Nach ihrem Umfang und den politischen Abhängigkeiten läßt sich die tschechoslowakische Nationalisierung eher mit dem entstehenden sowjetischen Block vergleichen (der sich nach einem überseeischen Beobachter „wie ein Präriefeuer ausbreitete“) und nicht wie die Nationalisierung in Großbritannien und Frankreich verwirklicht wurde.

Darüber hinaus gingen mit der Nationalisierung weitere Veränderungen in der wirtschaftlichen Regulierung der Tschechoslowakei zusammen, wie der Planung zur Förderung der Rohstoffe, der landwirtschaftlichen Produktion, des Außenhandels, der Versorgung.

Es ging an erster Stelle um Vorschriften, die auf den aktuellen Stand der Wirtschaft nach dem Krieg reagierten, die Elemente des Übergangs von der Marktwirtschaft zur vom Staat regulierten Planwirtschaft brachten. Beweis dafür ist besonders das Dekret vom 27. Oktober 1945 über Produktion künstlerisches Schaffen, Kontrolle des Außenhandels, der Bewirtschaftung mit Kohle und Brennholz, der Ernährungswirtschaft. Ergänzt wurde die staatliche Lenkung der Wirtschaft mit Vorschriften über Arbeitsrecht, Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 16 bis 55 Jahre und Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahre („LN“). wyk

Nachkriegsjustiz: Harte Strafen für Verbrechen und Verrat

Man schrieb den 9. Mai 1945. Während sich die Mehrheit der Bevölkerung der Hauptstadt Prag am Sieg und an der wiedererlangten Freiheit erfreute, kamen im Stadtteil Stržkov fünf selbsternannte Richter zusammen und erklärten sich als revolutionäres Volksgericht. Dieses Quasitribunal verurteilte mindestens drei Personen zum Tode durch Erschießen. Das Urteil wurde sofort öffentlich vollstreckt. Die Körper der Toten wurden sogleich in einem von einem Luftangriff herrührenden Bombenkrater begraben.

Von den ersten Revolutionstribunale war es weit zu den Retributionsdekretten, obwohl außerordentliche Volksgerichte von Anfang an Täter zu schweren Strafen und oftmals zum Tode verurteilten.

Die Grundsätze zur Bestimmung der Strafen bestimmte bereits am 5. April 1945 Punkt 9 des Kaschauer Regierungsprogramms; daraus: „Sofort eine deutsche und magyarische Kriegs-

täter geht, kümmert sich die Regierung augenblicklich um ihre Unschädlichmachung, ihre Inhaftierung und Übergabe an außerordentliche Volksgerichte.“

Die außerordentlichen Volksgerichte wurden nach dem sogenannten Großen Retributionsdekret (Nr. 16 / 1945 Sb) eingerichtet, das sich gegenüber dem Londoner Dekret verändert hat. Es bestimmte strengere Sätze für Straftaten, die in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik, das ist in der Zeit vom 28. Mai 1938 bis zum 31. Dezember 1946, begangen wurden. Im Dekret waren neue Tatbestände enthalten (Mitgliedschaft in nazistischen und faschistischen Organisationen). Denunzianten konnten mit dem Tode bestraft werden, wenn die Anzeige zum Verlust menschlichen Lebens geführt hat. Wegen einer raschen gerichtlichen Abwicklung waren Rechtsmittel gegen die Entscheidung des außerordentlichen Volksgerichts nicht zugelassen und Gnadengesuche hatten keine aufschiebende Wirkung. Über Schuld und Strafe entschied ein fünfköpfiger Senat mit einem Berufsrichter an der Spitze, der von vier Laienrichtern überstimmt werden konnte.

Am schnellsten gelang die Beherrschung personeller und organisatorischer Angelegenheiten beim außerordentlichen Volksgericht in Brünn, wo die erste Verhandlung schon am 8. Juni 1945 verlief. Die weiteren dreißig Volksgerichte begannen fortschreitend zu arbeiten bis zum Ende der Wirksamkeit des Großen Retributionsdekrets. Sie bearbeiteten insgesamt 132.549 Strafanzeigen, von denen 130.114 Fälle reguliert wurden. Von den erledigten Fällen hatten die öffentlichen Ankläger in 38.316 Fällen die Klage eingereicht. In 40.534 Fällen sahen die Gerichte wegen fehlender Beweise von einer Verfolgung nach dem Großen Retributionsdekret ab. Die Mehrheit dieser Fälle waren Gegenstand der Strafverfolgung nach dem sogenannten Kleinen Retributionsdekret. Dieses verfolgte kleinere Verfehlungen wie ungebührlich verletzte Nationalgefühl des tschechischen und slowakischen Volkes. In 31.793 Fällen unterbrachen die Volksgerichte die Strafverfolgung, weil der Aufenthalt des Täters unbekannt oder weil der Täter verstorben war.

Zu den am meisten beachtetten Prozessen gehörte der mit dem ehemaligen Staatssekretär (Anm.: später Staatsminister) für Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, der am 22. Mai 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Der ehemalige stellvertretende Reichsprotektor Kurt Daluege wurde ein halbes Jahr später – am 23. Oktober 1946 – ebenfalls hingerichtet.

Unter weitere bedeutende Prozesse einzuzählen ist der Prozeß mit der Gestapo von Kladno, die sich an der Auslöschung von Lidice beteiligt hat, aber auch Prozesse mit Kollaboranten, wie es Karel Čurda war, der Verräter der Fallschirmjäger, die das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich durchgeführt haben. Er wurde ebenso zum Tode verurteilt.

Die Nachkriegs-tschechoslowakei mußte sich mit der Bestrafung der bedeutendsten Repräsentanten des Protektoratsregimes auseinandersetzen. Von Mitgliedern der Protektoratsregierung bis zu Vertretern aktivistischer Institutionen oder Journalisten. Diese Personen kamen vor das Nationalgericht, das nach dem Dekret Nr. 17 / 1945 Sb eingerichtet wurde. Insgesamt urteilte dieses Gericht über 65 Personen. Insgesamt verhängte es acht Todesurteile (zwei Verurteilte wurden begnadigt), acht lebenslange Strafen und verkündete fünfzehn Freisprüche.

Es ist hinzuzufügen, daß einige Politiker den Prozeß nicht mehr erlebt haben: der Protektoratsminister für Schulwesen und Volksaufklärung, Emanuel Moravec, beging am 5. Mai 1945 Selbstmord, und Präsident Emil Hácha starb am 27. Juni 1945 im Gefängniskrankenhaus am Pankrac.

Am 4. Mai 1947 wurde das letzte Urteil gefällt. Anscheinend war damit das Kapitel der Säuberung der befreiten Tschechoslowakei von Kriegsverbrechern und Kollaboranten beendet. Ein Jahr später, im Frühjahr 1948, wurde die Frage nach Retribution erneut geöffnet. Jedoch in einer ganz anderen Zeit und unter einer gänzlich anderen politischen Situation...

(Aus der „LN“-Serie: „Siebzig Jahre seit dem Kriege.“) wyk

Was die tschechische Post einführen möchte

Zahlen mit Karte. Bisher läßt sich an den Schaltern der Tschechischen Post nur mit der ČSOB-Bankkarte zahlen. Ab dem dritten Quartal dieses Jahres sollte sich das ändern. Zur Zeit läuft eine öffentliche Ausschreibung (tendr) an Zulieferer der Technologie.

Abendzustellung. Ein Pilotprojekt für die Zustellung in späteren Stunden möchte das Staatsunternehmen in der Vorweihnachtszeit in den Großstädten starten. Die Spätzustellung würde allerdings gegen Gebühr erfolgen.

Distribution von Endstellen für EET oder Maut. Die Post möchte sich an dem Projekt der elektronischen Evidenz der Erlöse (ETT = elektronické evidence tržeb) anschließen. An ihren Schaltern könnten Gewerbetreibende die Technik in Anspruch nehmen, Software zu erwerben. Eine ähnliche Rolle könnte die Post bei der Einnahme der Maut spielen.

Ausstellung von Dokumenten. Vision des Innenministeriums ist es, daß das ihm unterstellte Unternehmen an größeren Filialen auch Bürgerausweise oder Pässe ausstellen könnte. Kleinere Filialen haben für diesen Dienst keine Kapazität.

Ablesen von Strom und Gas. Die Postler könnten von energetischen Firmen gemietet werden, um für sie die Zählerstände abzulesen. Verhandlungen über dieses Projekt stehen aber erst in der Anfangsphase.

(Nach dem „LN“-Beitrag: „Das Ende des Postmittelalters.“) wyk

Minister „zauberte“ mit der Statistik

Der Minister für Industrie und Handel, Jan Mládek (ČSSD), brüstete sich vor zwei Wochen auf einer Pressekonferenz mit glänzenden Angaben. Angeblich gelang es, nach der Agentur Czech Invest, in den ersten drei Monaten dieses Jahres nach Tschechien 79 Investitionsprojekte zu locken. Dabei sollen 9000 Arbeitsplätze entstehen.

Nur, daß in Wirklichkeit der Minister vergessen hatte hinzuzufügen, daß die Verhandlungen über diese Fälle überhaupt nicht erfolgreich ausfallen müssen. Ein genaues Bild über die Realität gibt die Statistik über die genehmigten Investitionsprojekte. Und deren waren es, wie „LN“ nach dem Studium der Statistiken des Ministeriums für Industrie und Handel festgestellt hat, bloße 22. Noch schlimmer wirkt der Gesamtumfang der Investitionen, die 6 Milliarden Kronen nicht erreicht haben. Und neue Arbeitsplätze nehmen nur um 1400 zu.

Eine Erklärung, warum Mládek in Gegenwart von Premier Bohuslav Sobotka sich auf diese uferlose Prahlerei eingelassen hat, gelang es der Redaktion von „LN“ nicht festzustellen. Auf Anfragen hat der Minister inzwischen nicht reagiert. wyk

Ersparnisse der Tschechen wachsen

Das gesamte wahrgenommene Volumen des Geldes auf dem Finanzmarkt von Tschechien stieg im vergangenen Jahr um vier Prozent auf 4,6 Billionen Kronen an. Rund 66 Prozent davon bilden Einlagen in Banken und Vorschußkassen. Am meisten – um rund ein Fünftel – wuchsen im vergangenen Jahr die Finanzmittel in Investitionsfonds, die höhere Erträge ermöglichen. Die Gesamtersparnisse der Haushalte wachsen nach kürzlich veröffentlichten Nachrichten des Finanzministeriums an. Im vergangenen Jahr stiegen sie um sieben Prozent auf 2,8 Billionen Kronen (čtk). wyk

Zahl der Fremden in Tschechien

Während in den letzten fünf Jahren die Zahl der Fremden aus Drittländern (Nichtmitgliedstaaten der EU) um 23.000 auf dzt. rd. 265.000 gesunken ist, nahm ihre Zahl aus der EU um 38.000 auf dzt. rd. 173.000 zu.

Somit leben in Tschechien dzt. rd. 438.000 Fremde. Die meisten Fremden kommen aus der Ukraine (105.000), der Slowakei (91.000) und aus Vietnam (57.000). Immer mehr Fremde lassen sich langfristig im Lande nieder.

188.000 Fremde hatten vor fünf Jahren Daueraufenthalt in Tschechien, 236.000 waren es im Jahr 2014 von insgesamt 439.000 Fremden. (Angaben aus einem Beitrag in „LN.“) wyk

Mehr Ausgaben für Pflegegeld in der ČR

Personen, die Zuschüsse zur Pflege beziehen, werden zunehmend mehr, damit wachsen die Ausgaben. Während Ende des Jahres 2012 312.000 in der Körperpflege Eingeschränkte und Senioren Zuschüsse erhielten, waren es im März dieses Jahres 336.700 Personen. Im Jahr 2012 zahlte der Staat an jene, die ohne fremde Hilfe nicht auskommen, insgesamt 18,4 Milliarden aus, und im vergangenen Jahr waren es zwei Milliarden mehr. Dies geht aus Nachrichten des Ministeriums für Arbeit über die Zahlungen in den einzelnen Monaten hervor. Zuschüsse bezahlt der Staat seit dem Jahr 2007. Dafür sollen die körperlich eingeschränkten Menschen und Senioren häusliche Pflege oder entsprechende Einrichtungen in Anspruch nehmen können. Erwachsene erhalten je nach ihrer Bedürftigkeit monatlich 800 bis 12.000 Kronen, Kinder von 3000 bis 12.000 Kronen. Bisher sind die Zahlungen nicht valorisiert. Der Nationalrat (?) fordert für Personen mit Einschränkungen, daß die Zuzahlungen ab Jänner um 10 Prozent erhöht werden (čtk). wyk

Bevölkerungstransfer: Tausende Magyaren gingen ins Grenzgebiet

Als die Alliierten dem Abschied der Magyaren nicht zustimmten, verlegte Prag einen Teil von ihnen in die Sudeten. Von allen Belastungen Nachkriegsngarns durch die Politik wurde der Streit zwischen Prag und Budapest vielleicht der ernsteste. Für die neuen Repräsentanten Ungarns, die geneigt waren, gutnachbarliche Beziehungen zur Tschechoslowakei aufzubauen, bedeutete der Streit eine unerwartete und schicksalhafte Entwicklung der Ereignisse.

Nach dem Waffenstillstand mit Ungarn, geschlossen im Jänner 1945, wurde die nach dem Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 verkündete Grenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei für ungültig erklärt und in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Trianon erneuert. Damit hofften die führenden Repräsentanten Ungarns, daß einer freundschaftlichen Beziehung nichts mehr im Wege stünde.

Ein grundsätzliches Hindernis war aber der Standpunkt der Tschechoslowakei zur magyarischen Minderheit. Die Stellung der Magyaren in der Tschechoslowakei war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit den Problemen der Sudetendeutschen verbunden. Die grundlegende Linie von Beneš' grenzpolitischem Konzept war die Erneuerung der Vormüchener Grenzen, die Orientierung auf das Bündnis mit der Sowjetunion und innenpolitische Garantien gegen eine Wiederholung von München und dem Wiener Schiedsspruch.

Die Tschechoslowakei bemühte sich, daß es künftig nicht mehr möglich ist, seine Grenzen in Zweifel zu ziehen und wollte deshalb gewaltsam eine ethnische Grenze erreichen. Deshalb sollte es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Massenabschub der deutschen und der magyarischen Bevölkerung kommen.

Die tschechoslowakischen Forderungen, die Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung aus der Slowakei in die Waffenstillstandsverhandlungen im Jänner 1945 einzuordnen, unterstützte aber nur der sowjetische Außenminister

Wjatscheslaw Molotow. Die Vertreter der weiteren Verbündeten – USA und Großbritannien – lehnten diese Alternativen entschieden ab.

Am 3. Juli 1945 forderten Beneš und die čs. Regierung die Verbündeten auf, die Angelegenheit der Aussiedlung der deutschen und der magyarischen Minderheit auf der Potsdamer Konferenz zu verhandeln. In Potsdam fiel aber über einen Exodus der 400.000 tschechoslowakischen Ungarn kein Wort.

Da es also nicht gelang, eine internationale Zustimmung zu erreichen, ging die Prager Regierung zu einer diplomatischen Initiative über und forderte Budapest zu Verhandlungen auf zu einem gegenseitigen Abkommen über einen Bevölkerungsaustausch. Nach anfänglicher Ablehnung der ungarischen Regierung war diese am Ende genötigt, einem einvernehmlichen Bevölkerungsaustausch zuzustimmen. Sie hoffte, daß mit einer entgegenkommenden Haltung gleichzeitig die Diskriminierung der ungarischen Bevölkerung in der Slowakei beendet wird.

Das gegenseitige Abkommen wurde am 27. Februar 1946 unterzeichnet, das die freiwillige Umsiedlung der in Ungarn lebenden Slowaken in die Slowakei und den Weggang einer gleichen Zahl von Magyaren aus der Slowakei nach Ungarn bestimmte. Insgesamt übersiedelten aus der Tschechoslowakei nach dem Süden 89.660 Personen magyarischer Nationalität, und aus Ungarn nach dem Norden 71.787 Personen slowakischer Nationalität.

Mit diesem Abkommen begnügte sich die tschechoslowakische Regierung nicht, sie verhandelte mit Ungarn weiter über die Umsiedlung von 200.000 Magyaren und setzte große Hoffnungen in die Pariser Friedenskonferenz, welche Friedensverträge mit den Satelliten Hitler-Deutschlands vorbereiten sollte. Hinter der Forderung der Tschechoslowakei nach Aussiedlung von 200.000 Magyaren stand nur der Vertreter der Sowjetunion Andrej J. Wyschinskij, der die tschechoslowakischen Argumente über

die negative Rolle der magyarischen Minderheit in Vergangenheit und Gegenwart unterstützte. Die amerikanische Delegation führte dagegen an, daß es die Vereinigten Staaten grundsätzlich vermeiden, in Friedensverträge das Prinzip zwangsweiser umfangreicher ethnischer Transferierungen von Minderheiten einzubringen. Ebenso hielt es die britische Delegation nicht für richtig, in Friedensverträge im Zusammenhang mit dem Allgemeininteresse einen genötigten Bevölkerungstransfer einzubeziehen. Damit wurde es offensichtlich, daß eine internationale Regelung des Problems der magyarischen Minderheit der Tschechoslowakei nicht mehr in Betracht kommt.

Deshalb begann sich die čs. Regierung an innerstaatlichen Lösungen zu orientieren, für die sie wieder eine internationale Zustimmung noch einen Vertrag mit Ungarn brauchte. Dazu wählte sie zwei Alternativen – eine Reslowakisierung und die sogenannte innere Kolonisation, das heißt überwiegend die zwangsweise Umsetzung der Einwohner magyarischer Nationalität zur Arbeit ins böhmische Grenzgebiet. Im Oktober 1946 billigte die čs. Regierung eine „Werbung“ der magyarischen Bevölkerung und ihren Abschub nach Böhmen auf der Grundlage der Präsidialdekrete über den Verlust der čs. Staatsbürgerschaft und der Arbeitspflicht der der čs. Staatsbürgerschaft verlustig gegangenen Personen. Insgesamt kamen in den Abschub 9610 Familien, entsprechend ca. 51.630 Personen. Der Gedanke der Reslowakisierung ging von der Behauptung aus, daß die Mehrheit der Personen magyarischer Nationalität aus slowakischen Familien kommt, die in der Vergangenheit zwangsweise magyarisiert wurden. Dazu hat sich die magyarische Bevölkerung massenweise gemeldet wegen Befürchtungen vor Diskriminierung. Zum 1. Juli 1946 beantragten 402.000 Personen die Reslowakisierung.

(Aus der „LN“-Serie: „70 Jahre nach dem Kriege.“) wyk

Referendum vor Euro-Einführung

Über die Einführung des Euro in Tschechien sollten die Bürger in einem Referendum entscheiden. Das sagte Finanzminister Andrej Babiš kürzlich nach einem Treffen mit Präsident Miloš Zeman, Premier Bohuslav Sobotka und zwei führenden Bankenveteranen auf Schloß Lány. Das Referendum würde er im Jahr 2017 gern mit den Wahlen verknüpfen, das Ergebnis der Abstimmung aber sollte nicht bindend sein, so Babiš. Nach Meinung von Premier Sobotka überwiegen die Vorteile der Euro-Einführung gegenüber den möglichen Nachteilen, die damit verbunden wären. Präsident Zeman hatte zu der Debatte geladen, um der Frage nachzugehen, weshalb es bisher in der tschechischen Öffentlichkeit noch nicht gelungen sei, eine sachliche Debatte über die Vor- und Nachteile einer Euro-Einführung zu führen. Wenn das Treffen auf Schloß Lány eine solche Debatte nun in Gang setzen würde, hätte es seinen Zweck erfüllt. Um alle technischen Abläufe dafür zu erfüllen, wäre dieser Schritt ohnehin ehestens im Jahr 2018 möglich, erklärte der Präsident schon im Vorfeld des Treffens. Premier Sobotka wiederum hat wiederholt kundgetan, daß für ihn als frühester Zeitpunkt für die Annahme der europäischen Gemeinschaftswährung erst das Jahr 2020 realistisch sei.

Die Tschechen werden weniger

Die Bevölkerungszahl in Tschechien sinkt. Wie das Tschechische Statistikamt (ČSU) bekanntgab, ist die Einwohnerzahl im ersten Quartal dieses Jahres um 500 Menschen zurückgegangen. In der Tschechischen Republik leben demnach gegenwärtig 10.537.800 Menschen. Während die Todesrate angestiegen ist, stagniert die Zahl der Neugeborenen. Im Vorjahr kamen insgesamt 26.300 Kinder zu Welt, 31.200 Menschen starben. Der Zuzug von Ausländern konnte die Lücke nicht ausgleichen, obwohl die Zahl der nach Tschechien eingewanderten Ausländer die Zahl der abgewanderten Personen überstieg. Insgesamt kamen in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 10.800 Ausländer nach Tschechien, während 6300 Menschen im gleichen Zeitraum das Land wieder verließen.

Vertriebenengedenken nur als Anhängsel

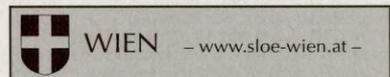
Am 20. Juni 2015 beging die deutsche Bundesregierung erstmals den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Das Zentrum gegen Vertreibungen begrüßt dieses deutliche Zeichen der Anteilnahme und der Solidarität mit den Vertriebenen, die das freilich nicht so geschlossen begrüßen. „Damit ist ein weiteres Anliegen unserer vor 15 Jahren gegründeten Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen Realität geworden“, freute sich CDU-Abgeordnete Erika Steinbach. Die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Deportation sei Teil der gesamtdeutschen Geschichte. Sie gehöre zum historischen Bestand der Nation. SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihel erinnerte daran, daß der Gedenktag in dieser Form nicht ganz im Sinne aller Vertriebenen ist: „Viele Heimatvertriebene kritisieren die Entscheidung der Deutschen Bundesregierung, keinen eigenständigen Gedenktag für die 14 Millionen Vertriebenen beschlossenen zu haben, sondern sich für ein Anhängsel an den bestehenden Weltflüchtlingstag entschlossen zu haben.“

Letztes Gefecht war im Raum Píbram

Im Raum der Gemeinden Slivice, Milín und Čimelice, wo die Demarkationslinie verlief, waren etwa 7000 deutsche Soldaten zusammengekommen, befehligt von SS-General Karl von Pückler-Burghaus, der die Kapitulation des Generals Rudolf Toussaint am 8. Mai vor dem Nationalrat in Prag (u. a. mit General Karel Kutlvašr) ebensowenig anerkannte wie die Kapitulation der deutschen Wehrmacht durch Feldmarschal Keitel in Berlin-Karlsruhe am 9. Mai. Daher kam es noch am 11. Mai zu einem Gefecht, an dem drei Einheiten der Ukrainischen Front (UF), das XII. amerikanische Korps und Partisanen beteiligt waren. Zwar waren die alliierten Kräfte stärker als Pücklers Truppe, doch der Widerstand der deutschen Soldaten zog sich bis in den Morgen des folgenden Tages hin. Auf deutscher Seite fielen an die 1000 Soldaten, und auf der Seite der Sieger 60 Rotarmisten und 13 Partisanen. In der Nacht zum 12. Mai unterschrieb General von Pückler-Burghaus in der Rakovitzter Mühle die Kapitulation. Anschließend erschöpfte er sich („LN“). wyk

Zeman übernahm neuen Škoda Superb

Präsident Miloš Zeman wird weiter Škodas fahren. Kürzlich übernahm er von Vertretern des Automobilwerks einen Wagen der neuen Generation mit der besten Ausstattung. Der schwarze Superb in der Ausführung Laurin & Klement hat Allradantrieb und kostet eineinviertel Millionen. Über das Rütteln der Škodas hatte sich der Vorgänger Zemans, Václav Klaus, beschwert. Der jetzige Präsident hat damit kein Problem. Zur Auswahl wird er drei gleiche Wagen haben. Die verbleibenden beiden werden in wöchentlicher Reihenfolge an die Burg gegeben (čtk). wyk



Mährisch Trübau und Zittauer in Wien

An unserem monatlichen Donnerstag-Treffen am 11. Juni überbrachten unsere Obmänner Franz Haberhauer und Rainer Schmid Grüße von Frau OSR. Dir. Gertrud Lorenz, die nach längerem Spitalsaufenthalt wieder zu Hause und wohlauf ist, und von Frau Helga Schachtner, die diesmal durch privaten Geburtstagsfeier-Streß verhindert war. Besonders freuten wir uns, daß Frau Waltraud Korkisch trotz der Schmerzen in der operierten Schulter zum Heimgattreffen gekommen war. – Zu den bevorstehenden Geburtstagen in den Ferienmonaten Juli und August gratulieren wir den Mährisch Trübauern: Frau Irmgard Pukl, geb. Brauner (M. Trübau / Holzmaierstr.), am 26. 6. (1940); Lm. Rainer Schmid (Altstadt 153) am 5. 7. (1939); Frau Ilse Negrin, geb. Stenzl (M. Trübau / Stadtplatz), am 6. 7. (1924); Lm. Helmut Negrin (Wien) am 12. 7. (1954); Lm. DI. Martin Schmid (Linz) am 14. 7. (1958); Lm. Richard Zehetner (Altlichtenwörth) am 28. 7. (1926), und seiner Frau Magda Zehetner, geb. Jermer (Feldsberg), am 31. 7. (1930); Lm. Ing. Anton Grolig (Wien) am 8. 8. (1927); Frau Helga Ernst, geb. Hellebrand (M. Trübau / Piffgasse), am 9. 8. (1924); Lm. AR. Walter Haschke (Wien), am 18. 8. (1937); Frau Hedwig Fleischer, geb. Richter (M. Trübau / Adlegasse), am 21. 8. (1922); Lm. KR. Gerhard Korkisch (Wien) am 25. 8. (1940); Frau Inge Motyka (geb. Brasso, M. Trübau / Schloß), am 26. 8. (1927); Lm. Theo Duval (Wien) am 29. 8. (1986) und Lm. Obstl. Michael Hoffmann (Wien) am 31. 8. (1967). – Bei den Zittauern feiern Geburtstag: Frau

Amalie Stadar (Muslau) am 12. 6. (1923); Frau Elfriede Konerth (Zwittau) am 22. 6. (1926); Frau Anna Gerspser (Überdörfel) am 10. 7. (1926); Frau Dipl.-Ing. Eva Teufelbauer (Zwittau) am 10. 7. (1930); Ing. Ludwig Lanzanbacher (Rothmühl) am 7. 8. (1939) und Frau Marie Wimmer (Schönbrunn) am 1. 9. (1932). – In diversen Medien waren folgende Informationen zu lesen: 21. Mai: In mehreren Tageszeitungen wurde berichtet, daß nach einem Stadtratsbeschluß der Brüner Bürgermeister Petr Vokral den „Todesmarsch“ vom 21. Mai 1945 „aufrichtig bedauere“ und den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß „jedes ehemalige Unrecht verziehen werden könne“. Es ist dies – nach der Jahre zurückliegenden persönlichen Entschuldigung Vaclav Havels – die erste offizielle, entschuldigende Äußerung des Bedauerns. Prompt gab es auch wieder tschechische Stimmen, die diese Vorgangsweise kritisierten. – 26. Mai: Der Sudetendeutsche Pressedienst in Österreich veröffentlichte Orte und Zeitpunkte der Vorführungen des Filmdokuments „Nemci ven – Deutsche raus!“ Darin wird in eindringlichen Bildern über den Brüner Todesmarsch von 25.000 Deutschsprachigen berichtet, von denen mehr als 5000 diese Vertreibung nicht überlebt haben. Der Film begleitet Überlebende dieses Marsches zurück in die Vergangenheit, läßt Zeitzeugen über die Deportation von drei Millionen deutschsprachigen Altösterreichern zu Wort kommen und folgt ihnen auf ihrer dramatischen Reise zurück in ihre Häuser und Wohnungen. Man zeigt aber auch tschechische Opfer des NS-Regimes und läßt erstmals einen Täter zu Wort kommen, der „als Aufseher“ den Todesmarsch begleitet hat. – Am 27. Mai zitierte der SdP aus der Brüner Rede des Edvard Beneš vom 12. Mai 1945: „Das deutsche Volk hat in diesem Krieg aufgehört, menschlich zu sein, menschlich erträglich zu sein, und erscheint uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer... Wir haben uns gesagt, dass wir das deutsche Problem in der Republik völlig liquidieren müssen.“ Ende des Zitates. Und nicht wenige nahmen den Präsidentenausspruch wörtlich, wie die Nachkriegsmassaker an Deutschen zeigten. – Am 6. Juni wurde in Höflein (Hevlin) unweit von Laa / Thaya, nach einer Totengedenkmesse, an der Deutschsprachige und Tschechen teilnahmen, eine Friedhofsgedächtnisstätte feierlich eingeweiht. Man hatte dafür die alten Grabsteine der ehemaligen deutschen Bewohner an der Friedhofsmauer entlang aufgereiht und angebracht. – Am 8. Juni berichtete der SdP, daß tschechische Wissenschaftler an der Arbeitsstelle für deutsch-mährische Literatur der Palacky-Universität in Olmütz ein zweibändiges Werk über deutsch-mährische Literatur herausgegeben haben. Zu Beginn dieses Projektes ging man von etwa 200 Autoren aus. Diese Zahl wuchs durch Forschungen in Bibliotheken und Archiven auf derzeit fast 2000 Namen an. Daraus resultierte eine zweibändige, mehr als tausend Seiten umfassende Anthologie, also eine ausgewählte Sammlung von Gedichten und Prosastücken. – Am 8. Juni berichtete der SdP weiters, daß zum 70. Jahrestag des Todesmarsches eine ergreifende Messe in der Brüner Basilika vom dortigen Bischof geleitet wurde, die von Deutschen und Tschechen gemeinsam gefeiert wurde. – Von folgenden Veranstaltungen können wir berichten: Am 4. 6. fand eine berührende Gräberfahrt an die Grenze zu Tschechien statt. Lm. Franz Haberhauer und DI. Harald Haschke von unserer Gruppe nahmen daran teil. Es wurden entlang der Grenze zum Weinviertel an verschiedenen Orten Massengräber der ehemaligen Vertriebenen besucht, Kränze nieder gelegt und Kerzen entzündet. – Am 23./24. Mai besuchten einige Landsleute unserer Gruppe den 66. Sudetendeutscher Tag in Augsburg. – Am 1. Juni wurde im Wiener „Haus der Heimat“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „70 Jahre danach – Zeit für die Wahrheit und für die Versöhnung“ abgehalten. Man sah in einer Vorpräsentation einzelne Sequenzen aus der Dokumentationsreihe „Die Vergessenen des Zweiten Weltkrieges“. Diese wechselten mit Zeitzeugen-Aussagen und Statements von Vertreibensprecher der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien. – Am 6. Juni begann in ORF III die Dokumentationsreihe „Die Vergessenen des Zweiten Weltkrieges“. Teil 1 und 2 widmeten sich den „Sudetendeutschen“, anschließend folgten die „Donauschwaben“. – Am 13. Juni sah man auf Kanal ORF III ebenfalls im Hauptabendprogramm, die Filme 3 und 4 der Serie „Die Vergessenen des Zweiten Weltkrieges“. Diese beiden Folgen betrafen das Schicksal der Vertriebenen entlang der Karpaten und jener aus dem Dreiländereck Österreich / Italien / Slowenien. – Nun für den Terminkalender: 13. August: Heurigenachmittag beim Schübel-Auer, 1190 Wien, Nußdorfer Straße, um 15.30 Uhr. – 11. / 13. September: Kirchspieltreffen Altstadt – Dittersdorf – Rehsdorf in Bad Kissingen. – 13. September: Sudetendeutscher Heimgatt in Klosterneuburg mit Festmesse, Totengedenken und Kundgebung in der Babenbergerhalle. – Am 17. Oktober findet im Wiener „Haus der Heimat“ das 2. Symposium für die Nachfolge-Generationen der Heimatvertriebenen statt. Das Thema lautet: „Die Sudetendeutschen und deren Nachkommen heute und in der Zukunft in Österreich und in Tschechien – Wege für ein friedvolles Zusammenleben der Völker in Mitteleuropa“. Anmeldungen sind an die SdJ unter office@sdjoe.at bis 20. September erbeten. Edeltraut Frank-Häusler

Arbeitskreis Südmähren

Das Kreuzbergtreffen ist wiederum bestens verlaufen. Zahlreiche Freunde nahmen auch diesmal wieder teil und wir waren selbstverständlich mit der Trachten- und Fahnengruppe dabei. Der Kirtag wurde nach südmährischem Brauch gestaltet und eröffnet mit dem Altburschen, der Weinprobe, dem ersten Kirtagstanz usw. Es war wieder einmal eine schöne Veranstaltung. – Vom 1. bis 2. August findet in Geislingen an der Steige in Baden-Württemberg das 64. Südmährerbundestreffen statt, wo auch wir mit der Trachten- und Fahnengruppe teilnehmen werden. Alle Landsleute werden aufgerufen, ebenfalls daran teilzunehmen – ein guter Besuch ist ein Bekenntnis zur Heimat. Lm. Dkfm. Grech von der „Thaya“ führt einen Bus (ab 31. Juli). Dringende Anmeldungen werden erbeten – Telefon 0664 / 41 49 375. – Bitte vormerken: Sonntag, 9. August, 9.30 Uhr: Südmährer-Kirtag in Niedersulz (Festmesse ab 9.30 Uhr, Kirtag ab 14 Uhr. Es wird ein Bus gefahren – 7.30 Uhr Abfahrt in Wien (Anmeldung siehe oben). – Freitag, 14. August, 17 Uhr: Deutsche Messe in Znaim Sankt Niklas. – Samstag, 15. August, 10 Uhr: Messe und Kundgebung beim Znaimer Denkmal in Unterretzbach.

„Bruna“ Wien

An unserem letzten Heimatnachmittag am Samstag, 13. Juni, sind erfreulicherweise noch sehr viele Landsleute und Gäste gekommen. Nach den Mitteilungen wurde der Dokumentarfilm von Simon Wieland und Andreas Kuba „Nemci Ven – Deutsche raus – Brüner Todesmarsch“ gezeigt. Der Film lief in einigen Kinos des Weinviertels und hatte erst vor kurzem in Wien im Kino Cine-Center Premiere. Die Brüner Zeitzeuginnen Grete Nowak, Lieselotte Mathes und Susanne Jegorov wirkten in dem Film sehr emotional mit. Die Meinungen zu diesem Dokumentarfilm waren unterschiedlich, jedoch wäre zu hoffen, daß den Film auch Personen sehen, die die Vertreibung nicht erlebten. In den Medien wurde über die Sudetendeutschen zum 70. Jahrestag und der Vertreibung berichtet. In der „Presse“ vom 30. Mai schrieb Prof. Scheidl mit dem erschreckenden Titel: „Tötet sie, laßt niemandem am Leben!“ Einer der bestgeschriebenen Artikel der Zeitungen. Im Fernsehen ORF 2 Report ist von und über Brünn, Drasenhofen, Kreuzberg, Nikolsburg, Raigern mit Stellungnahmen von Betroffenen gesendet worden. Eine ORF-III-Doku „Die Vergessenen des Zweiten Weltkrieges“ über die Sudetendeutschen, Donauschwaben, Karpatendeutschen und dem Dreiländereck-Slowenien, Italien, Österreich erzählten Heimatvertriebene von ihren schrecklichen Erlebnissen. Es mußten 70 Jahre vergehen, daß der derzeitige Oberbürgermeister von Brünn Petr Vokral um Verzeihung für das Unrecht an den Brüner Deutschen, bat. Daraufhin machte es der Brüner Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung möglich, daß tschechische und sudetendeutsche Volksgruppen am 30. Mai zu einem gemeinsamen Fußmarsch in entgegengesetzter Richtung, von Pohlitz nach Brünn, 30 km marschierten. Es sollen an die tausend Personen gewesen sein, Männer, Frauen, Kinder, junge und alte Leute, die an diesem Marsch teilnahmen. – Am Sonntag, 31. Mai, sind einige Landsleute der „Bruna“ Wien mit dem Vorstand und Bundesobmann Zeihel mit Gattin, im Gedenken an die Opfer des Brüner Todesmarsches nach Brünn gefahren. In der gutbesuchten Alt Brüner Basilika feierte Bischof Cikrle eine Totengedenkmesse. Die Predigt, Lesung und Evangelium sind in Deutsch und Tschechisch gesprochen worden, ein gregorianischer Männerchor bot in der Kirche einen musikalisch, akustischen Klang. Das gemeinsame Vaterunser in tschechisch / deutscher Sprache der Gläubigen und das Einander-Hande-Reichen zwischen Deutschen und Tschechen führte zur völkerverbindenden Gemeinsamkeit. – Ansprachen des CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer und des Bundesvorsitzenden der „Bruna“ Deutschland Dr. Rudolf Landrock, im Mendelsaal. Stephan Mayer sagte: „Die Vergangenheit dürfe nicht vergessen werden und die Benes-Dokumente sind schwer zu verurteilen.“ – Kranzniederlegung der „Bruna“ Deutschland und Wien beim Gedenkstein (1945 bis 1995) im Klostergarten beim Mendelmuseum. – Nach einem gemeinsamen Mittagessen in der Altbrüner Brauerei „Stare Brno“ mit mährischen Spezialitäten führen Brüner aus Deutschland, Österreich und Tschechien zum Pohlitzer Kreuz. Dort hielt der SL-Sprecher Bernd Posselt eine Rede, in der er sagte, daß ein wichtiger Schritt einer Versöhnungserklärung des Brüner Stadtrates für ein besseres Miteinander zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nicht nur in Brünn, sondern auch in Mitteleuropa vorgehen werde. Richard Kratschmar verlas die Namen aus dem Totenbuch, in einem Massengrab sollen an die 890 Opfer des Brüner Todesmarsches liegen, vor dem Pohlitzer Kreuz Kranzniederlegung der „Bruna“ Deutschland und Wien. – Letzter gemeinsamer Besuch mit Brüner Deutschen aus Österreich, Deutschland und Tschechien beim Massengrab in Drasenhofen. Nach Ansprachen von Dr. Rudolf Landrock und Gerhard Zeihel am Mahnmahl in Drasenhofen mit Kranzniederlegung der „Bruna“ Deutschland und „Bruna“ Wien, mit

emotionsreichen Erinnerungen aller teilnehmenden Personen, trennten sich die Wege Richtung Wien und Brünn. – Am Fronleichnamstag (Tag der Vertreibung), 4. Juni, sind einige „Bruna“-Mitglieder, der Vorstand, Gäste, Bundesobmann Zeihel mit Gattin, im Gedenken 70 Jahre Brüner Todesmarsch, zu den Massengräbern entlang der Brüner Straße, zwischen Drasenhofen und Wien-Stammersdorf, gefahren, wir gedachten der Toten Brüner, legten Buketts nieder, und Trauergedichte an den Mahnmahl von dem Brüner Otto Lunz wurden vorgetragen. – Am Sonntag, 7. Juni, beim Südmährer Kreuzbergtreffen feierliche Messe und Gedenksprachen zum 70. Jahrestag. Die Brünerin Waltraud Böhm wurde vom ORF über ihre schrecklichen Erlebnisse beim Brüner Todesmarsch interviewt. – Am Sonntag, 14. Juni, lud die „Bruna“ Wien zu einer Feierstunde anlässlich des 70-Jahr-Gedenkens an die 5200 Toten Heimatvertriebenen des Brüner Todesmarsches zu einer Totengedenkmesse in die Deutschordenskirche in 1010 Wien ein. Die hl. Messe feierte Domdekan von St. Stephan, Prälat Dr. Karl Rühringer, begleitet vom Orgelspieler Herbert Schachner. Unser liebes Mitglied Hedwig Sburny sprach die 1. Lesung, der Vorstand die 2. Lesung mit ergreifenden Fürbitten. Im Eingangsbereich der Deutschordenskirche ist am 16. September 1989 für die in der Not des Jahres 1945 umgekommenen deutschen Bürger von Brünn und der Sprachinsel eine Weihstätte errichtet und eine Gedenktafel von dem damaligen Erzbischof von Wien, Hans Hermann Gröer, enthüllt worden. Die „Bruna“ Wien legte im Gedenken an die verstorbenen Brüner und der Sprachinsel einen Kranz nieder. Ein bedeutungsvoller Spruch, auf die Gedenktafelweisend: „Brünn liegt noch immer vor den Toren von Wien, die Tafel erinnert sie weist darauf hin, daß Vertreibung, Not und Elend verbürgt, daß Unrecht nie mit dem Betroffenen stirbt! – Am Sonntag, 9. August, Südmährer Kirtag am Südmährerhof in Niedersulz im Weinviertel, Festmesse um 9.30 Uhr, anschließend Frühschoppen, 14 Uhr Kirtag nach heimatlichem Brauch, Burschenaufzug, heimische Schmanckl. Bus ab Wien 7.30 Uhr, Tel. 01 / 812 39 53. – Sudetendeutscher Heimatstag am Sonntag, 13. September in Klosterneuburg, um 14 Uhr: Feierliches Hochamt in der Stiftskirche, 15 Uhr: Fest- und Trachtzug, 15.30 Uhr: Totengedenkfeier mit Kranzniederlegung, 16 Uhr: Kundgebung in der Babenbergalle. Die Festrede hält Dipl.-Ing. Bernsch-Hartunian-T., der Präsident der Österreichisch-Armenischen Kulturgesellschaft zum Thema: „Vor 100 Jahren Völkermord an den Armeniern – vor 70 Jahren an den Sudetendeutschen.“ – Kommen Sie zahlreich zu den diversen Veranstaltungen! Wir wünschen allen Landsleuten, unseren Mitgliedern und Gästen einen schönen Sommer und beste Gesundheit! – Nach der Sommerpause freuen wir uns, Sie wieder am Samstag, 3. Oktober, zu einem gemütlichen Beisammensein im „Haus der Heimat“ begrüßen zu können. Wir freuen uns auf Ihr Kommen! Ulrike u. Christiane Tumberger

OBERÖSTERREICH

Böhmerwald Oberösterreich

Die Verbandsleitung der Böhmerwälder in OÖ gratuliert zu den Geburtstagen im Monat Juli: Winter Anna, 97 Jahre am 7. 7. Manoch Alfred, 87 Jahre am 13. 7. Ing. Gabriel Hermann, 87 Jahre am 25. 7. Riemüller Brunhilde, 85 Jahre am 24. 7. Spreitzer Irmgard, 84 Jahre am 12. 7. Mag. Püschner Robert, 83 Jahre am 11. 7. Diehl Helga, 78 Jahre am 25. 7. Pulz Eberhard, 76 Jahre am 31. 7. Pulz Anneliese, 75 Jahre am 2. 7. Kratochwill Hildegard, 73 Jahre am 26. 7. Brunhilde Riemüller

Freistadt

Am 25. Juli 2015 feiert unser Mitglied Herr Mag. Rainer Widmann Geburtstag. Wir gratulieren unserem Geburtstagskind sehr herzlich und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Helga Kriegel

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Durch ein Versehen erschienen die Geburtstagswünsche für unsere im Juni geborenen Mitglieder nicht in der „Sudetenspost“. Ich bitte um Entschuldigung und hole es jetzt nach. – Die Verbandsleitung der Südmährer wünscht auf diesem Wege allen im Juni und im Juli geborenen Mitgliedern zum Geburtstag alles Gute, vor allem Gesundheit und noch viele glückliche Tage! Liebe Grüße ergehen an Frau Margit Rettensteiner, 89 Jahre am 13. Juni, Herrn Ing. Peter Ludwig, 72 Jahre am 13. Juni, Frau Herta Kopetzky, 78 Jahre am 24. Juni, Herrn Univ.-Prof. Heinz Brandl, 75 Jahre am 29. Juni, und Frau Maria Haselsteiner, 88 Jahre am 30. Juni. – Frau Maria Schöbinger, 76 Jahre am 6. Juli, Herrn Gottfried Halbritter, 87 Jahre am 9. Juli, und Frau Walfriede Masa, 75 Jahre am 29. Juli. Walfriede Masa

KÄRNTEN

Landesgruppe Kärnten



Jahreshauptversammlung. – Am 5. Juni fand die alljährliche Hauptversammlung der SLÖ Kärnten in Klagenfurt, Rokohof, statt. Obmann Dipl.-Ing. Bernhard Gubitzi konnte dazu neben vielen Gästen auch begrüßen: Helge Schwab (Bundesobmannstellvertreter für die Untersteier), DI. Karl-Heinz Moschitz (Obmann der VLÖ Kärnten), Otto Tripp (Obmann der Gottscheer Landsmannschaft). – Im Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr konnte auf viele Aktivitäten verwiesen werden, wie Reisen in die Brda; Besuch des Christofberges, eine Bergtour und die Teilnahme an der Brauchtumsmesse in Klagenfurt. – Die finanzielle Gebahrung wurde überprüft und für in Ordnung befunden, Vorstand und Kassier wurden einstimmig entlastet. – Dank gilt besonders Obmann Alfred Katzer der Bezirksgruppe St. Veit für die Ausrichtung einer Reise nach Marienbad, Karlsbad, Franzensbad u. a. Herr Katzer dankte dafür auch dem Obmann der VLÖ Kärnten für die finanzielle Unterstützung dieser Kulturfahrt. Im Zuge dieser Kulturfahrt konnten wir eine sudetendeutsche Gruppe aus Falkenau und eine Gruppe der Egerländer Jugend aus Hessen kennenlernen. – In weiterer Folge übergab DI. Bernhard Gubitzi seine Obmannfunktion an den designierten Obmann DI. Leopold Anderwald. In einer Dankesansprache an den nun zurückgetretenen Obmann überreichte ihm DI. Anderwald eine Flasche „stüben Sekt“ mit dem Hinweis, daß er damit alles „Saure beziehungsweise Trockene“ aus seiner langjährigen Amtszeit vergessen möge (siehe das Bild oben). Gleichzeitig wurde ihm in Anerkennung seiner Leistungen die Urkunde zum Ehrenobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Kärnten überreicht. – Die nächsten Termine: 12. Juli: Luscharberg-Feier der Kanaltaler. 15. Jahre Gedenktafel an der Kirche. – 20. September: 70-Jahre-Gedenkfeier gemeinsam mit allen Landsmannschaften im Europapark im Hain der Heimatvertriebenen. – 8. November: Ökumenischer Gottesdienst in der Heiligengeistkirche. Musikalische Umrahmung: „Hörnerklang“ Helga Anderwald

heraus, daß beide im gleichen Schulgebäude zur Schule gegangen waren, sie vor wenigen Jahren und er dort vor siebzehn Jahren ins Gymnasium. – Pausenlos ging es danach im Unterhaltungsprogramm weiter. Ein „Schmankerl“ trug Rektor Bruno E. Ulbrich vor: „Der Konzertbesuch“ in Reichenberger Mundart. Nicht nur Sudetendeutschen, sondern auch Schlesien klang dieser nordböhmische Dialekt wie Musik in den Ohren. Dabei ging es um zwei verschenkte Eintrittskarten zu einem 70. Geburtstag. Daß die teuren Karten gleich am Eingang zerrissen wurden, paßte den beiden Besuchern gar nicht. Unhöflich fanden sie auch, daß jemand, der vor den Musikern mit einem Stock herumfuchtelte, ihnen ständig den Rücken zudrehte. Doch Ende gut alles gut, „zum Schlusse hon se elle su vill gekloatscht, mir toaten schin mejne Protzen wieh“, schloß Ulbrich. – Rosemarie Kunz hatte „Fünf Gebote für Senioren“ mitgebracht: nicht immer nur von Krankheiten reden. Auch nicht mit den Renten sparen, gönnt Euch noch etwas Schönes im Leben, nicht alles sollt Ihr den Enkeln geben. Ihr sollt Euch noch in der Welt umsehen, nicht immer nur in Bad Nauheim herumgehen. Ihr sollt niemals resignieren, nicht die Hände in den Schoß legen, sondern Geist und Glieder bewegen. So für die Zukunft motiviert, empfingen die Gäste mit einem Hallo Ermgard Eckl, die vom „Seitensprung“ eines Ehemanns – und dessen Rücken-schmerzen danach – berichtete. „Seine Ehefrau hat ihn schön massiert und hat ihm ihren Trost spendiert.“ „Da hat er aber Glück gehabt“, wurde aus dem Publikum gerufen! – Als „echt begeisterter Nichtfußballer“ nahm sich Bruno E. Ulbrich die Fußballszene vor. Bei jedem Spiel streiten sich zweiundzwanzig Millionäre um einen Ball. „Jeder Spieler besitze doch so viel Geld, um sich einen eigenen Ball kaufen zu können“. Der Ärmste auf dem Platz sei jedoch ein schwarz gekleideter Mensch. Er renne und renne während des ganzen Spieles herum, aber den Ball bekomme er nie. – Inge Vetter und Anni Appel berichteten von ihrem ausgefallenen Hobby, nämlich auf der Autobahn im Stau zu stehen. Beim Bericht von einer Fahrt zum Ledermarkt nach Italien zogen sie alle Register ihres Könnens, wobei die Gäste aus dem Lachen nicht herauskamen. Den Schlußpunkt unter die Vorträge setzte wie üblich Erwin Gröger mit zwei Soloauftritten der Extraklasse. – Kreisvorsitzender Reinhard Schwarz lud noch zum „Tag der Heimat“ am 4. Oktober nach Ilbenstadt ein, und Bruno E. Ulbrich kündigte den nächsten Begegnungsnachmittag für den 6. Oktober an. In guter Tradition reichten sich die Besucher beim gemeinsamen Singen des Volkslieds „Kein schöner Land“ die Hände. Diesen ereignisreichen Nachmittag werden alle in guter Erinnerung behalten. – Das Bild oben stammt von Erika Quaiser.

Riesengebirgler Heimatkreis Trautenua



72. Heimatkreistreffen. – Etwa 170 Riesengebirgler fanden sich im Mai zu ihrem 72. Heimatkreistreffen in der Patenstadt Würzburg ein. Auch der Rübezah, alias Herbert Berger, war wieder anwesend und hatte auch heuer den Umweg über das Ostseebad Graal-Müritz gemacht. – **Der Freitag:** Traditionsgemäß begann das Treffen am Vormittag im Rathaus mit dem Empfang der Stadt Würzburg für den Heimatkreis. Als Vertreter der Stadt hieß Alexander Kolbow, SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, die Riesengebirgler willkommen. In seinem Grußwort dankte Kolbow den Vertriebenen für ihren großen Anteil am Wiederaufbau der durch den amerikanischen Luftangriff am 16. 3. 1945 völlig zerstörten Stadt Würzburg. Mitte der 1950er Jahre betrug ihre Zahl etwa 12.500, das waren etwa 13 Prozent der damaligen Bevölkerung... Ohne sie wäre Würzburg nicht die blühende Stadt geworden, die sie heute ist, so Kolbow wörtlich. Die 1956 übernommene Patenschaft über die Riesengebirgler aus dem Kreis Trautenua sei auch ein Dank dafür gewesen. Diese Patenschaft ist bis heute keine Einbahnstraße. Zum Abschluß des Partnerschaftsvertrages zwischen Würzburg und Trautenua im Jahre 2008 habe der Heimatkreis Wesentliches beigetragen und helfe heute mit, ihn mit Leben zu erfüllen. 70 Jahre Frieden – auch daran hätten die Vertriebenen ihren Anteil, wobei Kolbow auf deren Charta aus dem Jahre 1950 verwies. Deutsche und Tschechen seien heute Partner im vereinten Europa, und wörtlich: „Ich finde es sehr positiv, daß in diesem Jahr Tschechen und Sudetendeutsche gemeinsam in Brünn daran erinnern, was dort 1945 geschehen ist. Wirkliche Aussöhnung erfordert die Bereitschaft, auf beiden Seiten begangenes Unrecht anzuerkennen und zu verurteilen. Vertreibung war, ist und bleibt Unrecht, sie ist kein legitimes Mittel der Politik.“

Und wenn heute wieder Flüchtlinge in unser Land kommen, sind wir verpflichtet, ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen! – Dr. Rainer Rosenbaum, 1. Vorsitzender des Heimatkreises, dankte für den Empfang sowie für die bisher erhaltene Unterstützung. „Null Toleranz gegenüber Menschenrechtsverletzungen“ – das haben wir aus unseren eigenen Erfahrungen der Vertreibung gelernt, die eine größte Verletzung der Menschenrechte sei. Jedes Anzeichen von Menschenrechtsverletzungen müsse „denunziert“ werden und wir dürften uns nicht weiter so passiv verhalten. Scharf attackierte Rosenbaum das Bildungsministerium in Prag, das das Buch „Nemci“ (Die Deutschen) von Jiri Vacek und Jiri Krutina als Lehrstoff für den Schulunterricht empfehle. In diesem würden Deutsche generell als Unmenschen, als Mißgeburten und Tiere bezeichnet, für die Lynchjustiz keine ausreichende Strafe sei. Aber dennoch stehen wir für Versöhnung und vor allem Verständnis für den anderen verlangt. In diesem Sinne sehen wir auch die Satzungsänderung der SL. In der heutigen Problematik der Asylsuchenden erkennen wir auch unser eigenes erlittenes Leid der Vertreibung und erklären uns mit ihnen solidarisch. So hat der Heimatkreis eine Veranstaltungsreihe zur Völkerverständigung begonnen. „Wir wollen in dieser Gesellschaft unseren Beitrag zur Völkerverständigung leisten – soweit unsere Kräfte reichen“, schloß Rosenbaum. Anschließend wurde im Foyer vor dem Ratssaal bei Frankenwein, Hörnchen und dem traditionell von Helmut Hiemer selbstgebackenem „sudetendeutschen Mohnkuchen“ in ständig wechselnden Gruppen angeregt diskutiert. Am Nachmittag trafen sich interessierte Heimatfreunde und Gäste zu einem Gesprächsforum mit Helmut Hiemer in der Riesengebirgsstube. Sein Vortrag über das Kriegsende in Trautenua basierte im Wesentlichen auf den Tagebuchnotizen von Hermann Schubert, dem letzten deutschen Pfarrer von Trautenua. – **Der Samstag:** Für 9 Uhr hatte der 1. Vorsitzende, Dr. Rainer Rosenbaum, zum Informationsfrühstücken in die Riesengebirgsstube eingeladen. An die Anwesenden wurde der Entwurf eines Fragebogens, die persönliche Vertreibung betreffend, mit der Bitte um Ausfüllung und Rückgabe an die Geschäftsstelle, übergeben. Als „Vision“ könnte daraus ein Buch entstehen. Zu ersten persönlichen Begegnungen im Gemeindezentrum Heiligkreuz kam es dann kurz nach Öffnung gegen 12 Uhr. Hier konnte auch während beider Tage eine Ausstellung historischer Ansichtskarten und Poststücke besichtigt werden, die Heimatfreund Erwin Knechtel dem Heimatkreis übereignet hat. Mit der **Hauptversammlung 2015** um 14 Uhr begann für die Mitglieder des Heimatkreises die wichtigste Veranstaltung. Der 1. Vorsitzende, Dr. Rainer Rosenbaum, begrüßte die Anwesenden und arbeitete die erforderlichen Formalien ab. In seinem Rechenschaftsbericht konnte Rosenbaum auf eine Reihe positiver Ergebnisse verweisen, die zum Teil auch in der Öffentlichkeit auf Interesse stießen, so die Veranstaltungsreihen „Schatzsuche mit Rubezahl“ und für die Völkerverständigung, in deren Rahmen ein musikalischer Abend mit der Gruppe ARU, die sich aus Mit-

gliedern fünf verschiedener Länder zusammensetzt. Bedeutend war auch die Teilnahme beim „Frühling International“ mit einem Stand in unmittelbarer Nähe des Trautenuaer Rubezahls im Partnerschaftsgarten. Im Rahmen der „Ost-West-Akademie“ waren Gymnasiasten aus Ostrov, Pirna und Wunsiedel Gäste in der Riesengebirgsstube. Die Mitgliederzahl des Heimatkreises beträgt aktuell 820. Kassiererin Christine Geißendörfer konnte in ihrem Rechenschaftsbericht leider nichts Positives berichten. Die finanzielle Lage sei besorgniserregend, die Ausgaben waren höher als die Einnahmen. Im Folgenden wurde, zum wiederholten Male, über eine Beitragserhöhung diskutiert und sie wieder verworfen. Gedankt wurde den Spendern. Da Christine Geißendörfer den Rücktritt von ihrem Amt erklärte, war eine Ergänzungswahl notwendig. Als neue Kassiererin wurde Ulrike Braun gewählt. Der Bericht der Kassenprüferin Christine Semmler bestätigte die ordnungsgemäße Führung der Kassengeschäfte, so daß sowohl der Kassiererin als auch dem Vorstand von der Versammlung Entlastung erteilt wurde. Die in Erwähnung gezogene Satzungsänderung wurde nicht realisiert. Emotional wurde über diese Problematik diskutiert. Ehrenvorsitzender Werner Haase, Vertreter der Heimatlandschaft Riesengebirge

in der Bundesversammlung der SL, berichtete über den entsprechenden Änderungs-Beschluß der SL. Wie sich zeigte, findet diese Änderung keine breite Zustimmung an der Basis. Kontrovers wurde auch über die Problematik der Unterstützung der Asylbewerber diskutiert. Ein großer Teil der Erlebnisgeneration sieht keine Parallele zu unserer Vertreibung, vor allem werde bei einem großen Teil der Wille zur Integration vermißt. Dem Vorschlag des Vorstandes, die beiden Heimatfreunde Dr. Johannes Gottwald und Günter Henke zu Ehrenmitgliedern zu ernennen, wurde zugestimmt. Neben den vorbildlichen Betreuungen der jeweiligen Gemeinden sind bei Dr. Gottwald vor allem seine historischen Forschungen, die bereits in mehreren Büchern ihren Niederschlag fanden, und bei Günter Henke seine Arbeit als Koordinator der HOB, seine fachmännische Neufassung der Mitglederkartei und sein Engagement bei der Trautenua-Chronik von Hiemer, zu nennen. Der in unregelmäßigen Abständen herausgegebene „Rundbrief“ wurde vorgestellt. Die Verteilung erfolgt ausschließlich per E-mail. Ein Postversand wurde aber per frankierten Rückumschlag angeboten. Abschließend dankte der 1. Vorsitzende den Anwesenden für ihre aktive Mitarbeit, gab der Hoffnung Ausdruck, daß es trotz der anstehenden Probleme weitergeht und wünschte erlebnisreiche Stunden in Würzburg. – Anschließend die traditionelle **Mundartstunde** mit Rudi Staffa – wie seit 1987 bei jedem Heimattreffen. Begrüßt vom Rubezahl mit unseren „Blauen Bergen...“, führte Rudi Staffa mit seinen einfühlsamen „pauischen Worten“ die Anwesenden wieder in Gedanken in die Heimat. Besinnliches und Heiteres wechselten ab. Zu Wort kamen die vertrauten Heimattichter wie Josef Tatsch, Olga Brauner, Alfred Fischer, Franz Ronfeld, Hubert H. Birke, Steiner Gustl. – Zum **Heimatabend**, durch den in bewährter Weise wieder Helmut Hiemer mit Wort und musikalisch mit dem Saxophon führte, konnten als Vertreter der Patenstadt Kulturreferent Muchtart Al Ghusain sowie Stadtrat und Ehrenmitglied des HK Willi Dürrnagel, vom Regierungsbezirk Unterfranken Direktor Manfred Wetzel sowie der SL-Bundesgeschäftsführer Christoph Lippert mit Ehefrau Ursula begrüßt werden. In seinem Grußwort ging Lippert auf die neuesten Entwicklungen ein, so auf das gemeinsame deutsch-tschechische Gedenken an den Brünner Todesmarsch von 1945 sowie auf eine entsprechende Veranstaltung in Komotau. Diese neue Ausrichtung spiegelte sich auch beim diesjährigen Sudetendeutschen Tag wider, wobei sich das wachsende Interesse der Nachgeborenen zeige. Konsequenterforderte Lippert zum Gebrauch der deutschen Namen unserer Heimattorte auf. Manfred Wetzel würdigte die Leistungen der Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit und zog Parallelen zu den heutigen Flüchtlingen. Muchtart Al Ghusain, der selbst einen Vertreibungsintergrund aufweist, bekräftigte seinen Wunsch nach einem Museum zur Stadtgeschichte. In diesem würde auch die Nachkriegszeit, also auch die Vertreibung, ihren Niederschlag finden. Ein Gedanke, der seitens des HK bereits seit Jahren verfolgt wird, wenn die Selbstständigkeit der Riesengebirgs-

stube nicht mehr gegeben ist und eine Integration in ein Stadtmuseum eine sehr gute Lösung wäre. Der 1. Vorsitzende überreichte unter dem Beifall der Anwesenden die Urkunden an die neuen Ehrenmitglieder Dr. Johannes Gottwald und Günter Henke. Im Anschluß unterhielt Prof. Dr. Winfried Kreuzter mit Ernestum und Heiterem aus seinem Leben, Musikalische Einlagen gestaltete Johannes Wohlfahrt mit Gitarre und Schifferklavier, unterstützt von Andrea Huber mit „Liedern vom Mee“ (Main). Und natürlich spielten Gespräche der Heimatfreunde den ganzen Abend eine herausragende Rolle, bis schließlich mit dem gemeinsamen Singen unserer „Blauen Berge“ der offizielle Teil endete, doch nur der „offizielle“, denn noch lange saß man in einzelnen Gruppen, überwiegend als Dorfgemeinschaften, zusammen, gedachte der Heimat, tauschte sich über Gegenwart und Zukunft aus. – **Der Sonntag:** Der Vormittag begann mit einem Gottesdienst im Veranstaltungszentrum Heiligkreuz, gelebt vom Franziskanerpater Hieronimus, Co-Zelebrant war wieder Heimatpfarrer Karl-Heinz Fiedler aus Marschendorf. Die heilige Messe bezeichnete Pater Hieronimus als „Einrichtungs- und Auferstehungsfeier“ und ging in seiner Predigt auf den Auszug aus Ägypten ein. „Zu Hause ist man da, wo Gott es will“, so seine Worte, die Kollekte wird für die Renovierung der Pfarrkirche in Pilnikau zur Verfügung gestellt. Nach dem Gottesdienst wurde es dann im Veranstaltungssaal noch einmal „offiziell“. Zunächst begrüßte der 1. Vorsitzende die erst heute Angereisten. Anschließend das traditionelle **Toten-gedenken** mit Helmut Hiemer und Pater Hieronimus. Der 1. Vorsitzende gab noch einmal einen kurzen Überblick über die Hauptversammlung, wobei die Darlegung der kritischen finanziellen Lage eine besondere Rolle spielte. Auch hier wurde der Rubezahl wieder aktiv und machte spontan mit einem Spendenkörbchen seine Saalrunde – mit Erfolg. In der Gesprächsrunde der HOB unter der Leitung von Sprecher Günter Henke ging es auch hier zunächst um die finanzielle Lage des HK. Es wurde beschlossen, auf die Rückerstattung des Portos für die Geburtstagsmeldungen an die „Riesengebirgsheimat“ zu verzichten. Auch wollen sich die Heimattortbetreuer um die Begleichung der rückständigen Beitragszahlungen ihrer jeweiligen ehemaligen Ortsbewohner bemühen. Der Sonntag nachmittag gehörte, dann ausschließlich den persönlichen Begegnungen – ein wichtiges Anliegen unserer Heimattreffen. Das sommerliche Wetter nutzten auch einige Heimatfreunde zum Besuch des von der Stadt Trautenua gestifteten Rubezahls im Partnerschaftsgarten. Nachdem zum offiziellen Abschluß noch einmal das Riesengebirgslied gesungen wurde, saßen einzelne Gruppen noch bis in den späten Nachmittag zusammen. Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß das Treffen wieder ein voller Erfolg war. Und im nächsten Jahr werden wir uns wiedersehen, dann gilt es die 60jährige Patenschaft Würzburg – Trautenua zu feiern. – Das Bild von Helmut Kudernatsch zeigt Peter Barth (links), den Redakteur der „Riesengebirgszeitung“, und Dr. Rainer Rosenbaum, 1. Vorsitzender des HK Trautenua mit dem Rubezahl. Peter Barth

Veranstaltungskalender Wien u. Niederösterreich AUSSTELLUNGEN

- Bis 30. April 2016: Sonderausstellung „Jüdische Spuren im böhmischen Grenzland“, Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3. So. 9 bis 12 Uhr.
- Bis Oktober: Sonderausstellung „Bauer – Lehrer – Liederfürst – Familie Franz Schubert“, im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Klosterneuburg, Schießstattgasse 2, in der Rostockvilla. Di. 10 bis 16 Uhr, Sa. 13 bis 17 Uhr, So. 9 bis 13 Uhr.
- Bis 26. Oktober: Sonderausstellung im Museum Retz, Znamer Straße 7. „Cursus Sanctae Mariae“. Fr. bis So. und Fei. 13 bis 17 Uhr.
- Bis 20. September: Ausstellung „Schauplatz Eiserner Vorhang“ mit „Die Könige des Böhmerwaldes“, im Schloß Weitra, täglich (außer Dienstag) 10 bis 17 Uhr.

AUGUST

- 9. August: **Südmährer Kirtag in Niedersulz:** 9.30 Uhr Festmesse, 14 Uhr Kirtag. Anfrage für Busfahrt bei Frau Kerschbaum, 01 / 318 01 17.
- 13. August, 15.30 Uhr: **Treffen der Heimatgruppen Mährisch Trübau und Zittau** beim Heiligen Schübel-Auer, Wien 19, Kahlenberger Str. 22.
- 13. bis 30. August, 19.30 Uhr: „Die Kaktusblüte“, vom Sommertheater Klosterneuburg im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum in Klosterneuburg, Schießstattgasse 2 (Rostockvilla). Do. bis So. Karten: 01 / 96 0 96.
- 14. August, 17 Uhr: **Deutsche Messe** in der Sankt-Niklas-Kirche in Znam.
- 15. August, 10 Uhr: **Treffen des Heimatkreises Znam** mit Messe und Kundgebung beim Heimatkennzeichen in Unterretzbach.
- 30. August, 10 Uhr: **Böhmerwälder Gedenkmesse** mit Kranzniederlegung am Mandelstein bei Harbach.

VORSCHAU

- 13. September, ab 14 Uhr: **Sudetendeutscher Heimattag 2015** in Klosterneuburg.

Auch bei Busfahrten und Heimatgruppentreffen sind Gäste willkommen. Weitere Informationen auf www.hausderheimat.at und www.sloe-wien.at.

REDAKTIONSSCHLUSS DER „SUDETENPOST“

Redaktionsschluß (RS) ist jeweils **Donnerstag, um 12 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin (ET)**. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelangt sein. Zu spät eingelangte Berichte können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

- | | | |
|------------|--------------|-----------------|
| ET Nr. 8: | 6. August | RS: 30. Juli |
| ET Nr. 9: | 3. September | RS: 27. August |
| ET Nr. 10: | 8. Oktober | RS: 1. Oktober |
| ET Nr. 11: | 5. November | RS: 29. Oktober |
| ET Nr. 12: | 10. Dezember | RS: 3. Dezember |

SPENDEN FÜR DIE „SUDETENPOST“

- 3,00 Sperl Margarete E., 8700 Leoben
 - 7,00 Petrinl Rüdiger, 1180 Wien
 - 18,00 Seidl Ernst, 9061 Wöfnitz
 - 18,00 Wurnitsch Hildegard, 6141 Schönberg
 - 50,00 Ing. Wanzbeck Alexander, 1140 Wien
- Die „Sudettenpost“ dankt den Spendern herzlich!

Veranstaltungen der SL OBERÖSTERREICH

JULI

- 6. Juli, 14 Uhr: **Plauderstunde der Gruppe Braunau-Simbach** im Gasthof Dirgruber in Simbach.
- 7. Juli, 14 Uhr: **Kapitzerrunde** im „Klosterhof“ in Linz, Landstraße.
- 8. Juli, 19 Uhr: **Stammtisch in Freistadt** im Gasthof „Zur Jaunitz“.
- 9. Juli, 15 Uhr: **Monatliches Treffen in Enns** im Café Hofer.
- 26. Juli: **Bundestreffen der Böhmerwälder** in Passau.
- 28. Juli, 18.30 Uhr: **Stammtisch in Wels** beim „Knödelwirt“.

Sudettenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592 – www.sudettenpost.com

Obmann: Dr. Hans Mirles. **Adresse:** 4040 Linz, Kreuzstraße 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint einmal im Monat. Jahresbezugspreis: Inland € 32,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 38,00, Übersee: € 60,00. Einzelpreis: € 2,70. Bankkonto: Sparkasse OÖ, Kto.-Nr. 32100240757, BIC: SPAS2233 – IBAN AT53203203100240757, BIC: ASPKAT2LXXX. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nummer 89869, BIC: 74090000 – IBAN DE43740900000089869, BIC: GENODEF3311. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Die Stimme der Jugend und mittleren Generation

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.edjoe.at E-mails: office@edjoe.at

Bundesverband

Zuvor wichtige Termine: Wir ersuchen um Vormerkung der nachfolgenden Veranstaltungen und freuen uns auf Eure Teilnahme: Sonntag, 9. August: Kirtag am Südmährerhof in Niedersulz im Weinviertel, Niederösterreich. Festmesse um 9.30 Uhr, Beginn des Kirtags um 14 Uhr. – 11. September: Unser traditioneller Heuriger der ehemaligen und jetzigen SdJ-Kameraden und aller Freunde sowie interessierter Landsleute beim Heurigen „Zehner Marie“, in Wien 6, Ottakringer Straße 222, Beginn 19 Uhr – Wir laden herzlich dazu ein. – 13. September: Sudetendeutscher Heimattag in Wien und Klosterneuburg mit großem Festzug in Klosterneuburg. Achtung, es gibt neue Beginnzeiten: Fest-

messe in der Stiftskirche um 14 Uhr, Festzug um 15 Uhr, Treffen in der Babenbergerhalle um 16 Uhr. – Samstag, 17. Oktober: 2. Symposium im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, mit dem Thema: „Die Sudetendeutschen und deren Nachkommen heute und in der Zukunft in Österreich und in der Tschechischen Republik – Wege für ein friedvolles Zusammenleben der Völker in Mitteleuropa“, für Personen im Alter zwischen etwa 18 und 60 Jahre. Als baldige Anmeldung erbeten. Siehe dazu auch die Ankündigung im Innern dieser „Sudettenpost“. – Vorsprachen sind jeweils am Mittwoch ab 16 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, im 2. Obergeschoß, nach vorheriger Terminabsprache (Telefon und Fax: 01 / 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at) auch den Sommer über fast jeden Mittwoch möglich.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudettenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudettenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0732 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
Straße: _____
Plz.: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 32,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 38,00, – Übersee € 60,–. Bankkonto: Sparkasse OÖ, Kto.-Nr. 32100240757, BIC: SPAS2233 – IBAN AT53203203100240757, BIC: ASPKAT2LXXX. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Kto.-Nr. 89869, BIC: 74090000 – IBAN DE43740900000089869, BIC: GENODEF3311. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstr. 7, 4040 Linz. – Tel. u. Fax: 0732 / 70 05 92.

Ehrliche Abbitte

Meine Frau und ich besuchten am 30. Mai die Schlußkundgebung zum Gedenken an den „Brünner Todesmarsch“. Es war eine ehrliche Abbitte seitens der dortigen Gemeindeverwaltung und ein glaubwürdiges Bekenntnis dazu, daß sich Haß und Neid nie wieder zwischen den Volksgruppen breitmachen darf! Den vierten Absatz der „Deklaration zur Versöhnung“ hätte man seitens der Stadt Brunn vielleicht anders formulieren können: Es heißt dort: „Wir sind uns der unfassbaren und ungeheuerlichen Verbrechen, die das Naziregime beging, bewußt. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, daß Leid immer Leid bleibt, zu jeder Zeit und unabhängig, von wem verursacht“

Der Text: „Man kann Verbrechen nicht gegeneinander aufrechnen, und die Untaten der Hitlerzeit waren keine Rechtfertigung für das, was damals den Deutschen angetan wurde“, wäre um eine Spur neutraler gewesen. Wir sind jedenfalls mit der Gewißheit wieder nach Hause gefahren, daß die Zeit zwar nicht alle Wunden heilt, aber gegenseitiges Verständnis fördern kann.

Herbert Kratky, Mödling

Signale aus Tschechien

Die „Signale“ aus Tschechien, die von der Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und vom bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer beim zurückliegenden Sudetendeutschen Tag allenthalben enthusiastisch gefeiert wurden, sind zwar begrüßenswert, aber für ein Land, das seit Jahren zur Wertegemeinschaft der Europäischen Union zählt, eigentlich eine längst überfällige Selbstverständlichkeit. Derentwillen braucht nun wirklich niemand vor Dankbarkeit zu zerfließen. Abgesehen davon kann das von den Tschechen an den Sudetendeutschen verübte Unrecht nicht mit ein paar unverbindlichen Floskeln und reiner Symbolpolitik abgetan werden. Um die Entrechtung, die Enteignung, die Verpflichtung zur Zwangsarbeit (ab dem 14. Lebensjahr) und schließlich Vertreibung – von den Vertreibungstoten ganz zu schweigen – zu würdigen, bedarf es auch substantieller materieller Wiedergutmachung. Denn ohne eine solche sind diese zaghaften „Signale“, die zudem vom tschechischen Staatspräsidenten Zeman mit seinen Anschuldigungen konterkariert werden, die Sudetendeutschen seien die fünfte Kolonne Hitlers gewesen und hätten die Todesstrafe verdient, lediglich leeres Gerede.

Dr. Walter Kreul, D-Germering

Weiter so!

Weiterhin wünsche ich der Zeitung „Sudetentpost“ viel Erfolg und stetig den Mut zum ungeschminkten Journalismus.

Die „Sudetentpost“ ist meiner Meinung nach eine der wenigen Blätter, die man gelesen haben muß! Weiter so!

Ingo Kerber, Obmann der Kreisgruppe Schwarzenberg, SL Sachsen

Nochmals zur SL-Satzungsänderung

Es macht mich sehr betroffen, mit welcher Leichtigkeit und Bedenkenlosigkeit der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, mit der Satzungsänderung das Heimatrecht der Sudetendeutschen dem Zeitgeist und einem politischen Kalkül geopfert hat. Ferner ist es bedrückend, daß der größte Teil unserer Landsleute damit einverstanden ist, wie man es auf dem 66. Sudetendeutschen Tag in Augsburg erleben konnte. Kritische Stimmen waren wohl nicht erwünscht, wurde der Witikobund deshalb vom Sudetendeutschen Tag ausgeschlossen? Es ist kaum nachvollziehbar.

Als diese SL-Satzungsänderung auf der 15. Bundesversammlung vorgeschlagen wurde, stimmten etwa 70 Prozent dafür, 30 Prozent dagegen. Eine demokratisch zustandekommene Wahl muß akzeptiert werden, es ging dabei aber um eine schwerwiegende Entscheidung, um das Schicksal einer Volksgruppe, um die Sudetendeutschen. Vor acht-hundert Jahren holte der böhmische Herrscher die deutschen Siedler ins Land, um die

Tribüne der Meinungen

Randgebiete des böhmischen Beckens zu erschließen. Wir kennen die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, die unsere Vorfahren in diesem Land erbracht haben. 1945 endete diese für die deutsche Geschichte so bedeutsame Epoche. Aufgrund menschenfeindlicher Gesetze wurden die Sudetendeutschen aus ihrer Heimat vertrieben, unter Bedingungen, die alles andere als „human“ waren.

Daß die Öffentlichkeit und Politik kaum Notiz vom Schicksal der Sudetendeutschen nimmt, es sei denn, es paßt in die „political correctness“ – siehe das Jubeln der Presse über die Satzungsänderung und den Verzicht auf die Heimat –, ist schon fast normal, daß aber aus unseren Reihen Zustimmung signalisiert wird, ist für mich eine schwere Enttäuschung.

Die Versöhnungsbereitschaft der Sudetendeutschen gegenüber den Tschechen besteht seit siebzig Jahren, wurde aber kaum erwidert. Sollte sich das ab jetzt ändern, wurde der Verzicht zu teuer erkauft. Eine auch für uns gerechte Lösung ist mit der Satzungsänderung wohl kaum durchzusetzen. Ob unsere gewählten Vertreter, die den bisherigen Text in der Satzung § 3 c als „mißverständlich und schädlich“ eingestuft haben, sich noch an das Motto des 44. Sudetendeutschen Tages von 1993 erinnern? Es hieß „Vertreibung ächten – Heimatrecht achten“, verbunden mit der Forderung nach Anerkennung des Heimatrechtes, des Eigentumsrechtes, einklagbaren Minderheiten- und Volksgruppenschutz. Was war daran mißverständlich und schädlich?

Christiane Büttner, D-Weimar

Farce

Karl Marx beginnt die Vorrede zu seiner im Mai des Jahres 1852 veröffentlichten und noch heute lesenswerten Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ mit:

„Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Hegel / Marx übertragen auf die weltgeschichtliche Tatsache heißt:

Die Tragödie war die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg, juristisch abgestützt durch die Beneš-Dekrete, und die Farce ist die bewußte oder unbewußte Übernahme dieser durch die trickreiche Satzungsänderung der SL. Untermuert wird dies durch das Bekenntnis der „Mitverantwortung“ an den Verbrechen an Tschechen. Auf dieser Verantwortung sind aber die Beneš-Dekrete aufgebaut.

Zu Hegel / Marx übertragen auf die Person:

Die tschechische Publizistin Sidonia Dedina hat in ihrem Buch „Edvard Beneš – der Liquidator“ dessen geschichtliches Wirken als Tragödie aufgedeckt. Die Wiederholung als Farce ist unschwer zu erraten...

Herbert Paul Streibelt, D-Burgau

Ein Kurswechsel?

Zur Überschrift in der neuen „Sudetentpost“: Ich halte die Begehenheit bei der BV nicht für einen Kurswechsel. Einen Kurswechsel nehme ich vor, wenn ich auf einem anderen Weg zu Ziel gelange, vergleiche Umleitung beim Autofahren. Hier wurde nur das Ziel aus Unfähigkeit der sich an die Spitze Gestellten aufgegeben. Über einen John Maynard der SL wird so keine ehrende Ballade entstehen.

Karl Röttel, D-Eichstätt

Überschatteter Sudetentd. Tag?

Offenbar war der – nicht genannte – Autor der Titelgeschichte in Folge 6 der „Sudetentpost“ bei einem anderen Sudetendeutschen Tag als ich. „SL-Bundesvorsitzender Bernd Posselt mußte sich Pfiffe und Buhrufe anhören“, heißt es da. Nichts davon ist wahr. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe Bernd Posselt hat seine hervorragende – vom Schirmherrn Ministerpräsident Horst Seehofer als „historisch“ bezeichnete – Rede ohne jegliche Störung vorgetragen; er wurde wäh-

rend und nach seiner Ansprache mit starkem Beifall bedacht. Das war ein Glanzpunkt eines insgesamt eindrucksvollen Sudetendeutschen Tags.

Dr. Günter Reichert, D-Bad Honnef

Nicht erfolgreich

Seit wohl Jahrzehnten bin ich zahlender Bezieher der „Sudetentpost“. Ihre Meinung ist immer sehr gut formuliert und inhaltlich für mich meist völlig anerkennbar. Dafür danke ich ausdrücklich.

In der jüngsten Folge vom 5. Juni kann ich Ihre Meinung zu Herrn Valentin Inzko leider nicht teilen. Nach allen mir vorliegenden Informationen war er in Bosnien Herzogowina leider nicht erfolgreich. Daß die Verhältnisse dort fast unlösbar sind, wird leider durch all die Ereignisse auch in den jüngsten Jahren bestätigt. Eine dort aufgewachsene Serbin hat mir vor einigen Jahren schon klargemacht: Sehr viele Wahnsinnige; ausbluten lassen. Nun, das ist keine Lösung, noch dazu in Verbindung mit offenen Grenzen in vielen Teilen der EU.

Herr Inzko hat aber eben auch keinen wirklichen Fortschritt erzielt. Eines der dortigen Grundprobleme ist – unter anderem die Geschichte des Amselfeldes – die ungeheure Kinderzahl. Für alle produktive Arbeitsplätze zu schaffen, ist genauso unmöglich wie in Afrika, Asien, Lateinamerika.

Völlig richtig haben Sie die Lage der Volks-Deutschen im heutigen Slowenien dargestellt. Vergleichen Sie die tatsächlichen amtlichen Bemühungen Österreichs, und Sloweniens zur jeweiligen außerhalb befindlichen Volksgruppe. Die Slowenen in Österreich zählen zu den weltweit am meisten geförderten Minderheiten.

Ihr Schlußsatz trifft wieder einmal mehr den Nagel auf den Kopf – Danke.

W. Stefanides, Wien

Verantwortung übernehmen!

Es ist anzuerkennen, wenn in Tschechien da und dort das Nachkriegsvertreibungsverbrechen verurteilt wird.

Was aber bis heute fehlt, ist die Übernahme von Verantwortung der Vertreter und der Hahlgenerationen.

Alle tschechischen und auch die deutschen Politiker und die EU haben sich um dieses Problem bisher herumgedrückt.

Auf dieser Basis kann und wird es keine Versöhnung mit den Vertriebenen und ihren betrogenen Nachkommen geben.

In der jüngsten Meinungsumfrage nennen laut „Sudetentpost“ 70 Prozent der Tschechen die Vertreibung als „unausweichlich“, 61 Prozent als gerecht und zwei Drittel eine Entschuldigung nicht für notwendig, 78 Prozent verurteilen die gewaltsamen Ausschreitungen während der Vertreibung, und 82 Prozent lehnen eine Rückgabe von geraubtem Eigentum ab.

Vom heutigen EU-Zeitgeist und von der heutigen EU-Spaßgesellschaft bleibt diese Moral und Verantwortungslosigkeit scheinbar unbeachtet.

Man glaubt, mit dem Schlagwort „Versöhnung“ sich eben mal so auf Kosten der Verbrechenopfer verbünden und das Verbrechen mit Folgen vergessen machen zu können.

Die Folgen hat Frau Gomez aus Wallern im Böhmerwald / Schweden so beschrieben: „Die Nachkriegsereignisse – nicht sosehr der Hunger im zerstörten Deutschland – haben uns beschädigt, traumatisiert, und der Verlust der Heimat schmerzt zeitlebens, es ist eine unheilbare Wunde.“

Nach wie vor stehen alle Politiker in der Pflicht, sich endlich für einen gerechten Ausgleich und Heilung einzusetzen, Vertriebungsverbrechen nicht billig nur als Unrecht, sondern als Verbrechen einzustufen und den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Verweigern wir allen Polit-Schönrednern, die sich nicht bedingungslos dafür einsetzen – ohne Wenn und Aber – unsere Wählerstimmen. Franz Karl Walter, D-Wiesbaden

Rechtsradikal?

Nach diesem Sudetendeutschen Tag besorgte ich mir diverse Zeitungen, um die Kommentare zu lesen. Seehofer lobte Posselts Rede als grandios. Wir fanden es auch „grandios“, daß er uns als Hetzer, Extremisten und als am rechten Rand bezeichnet. Als Sudetendeutsche der Nachfolgegeneration können wir uns das nicht gefallen lassen. Ich brauche nur an Präsident Zeman in Asch zu denken (April 2015), und ich frage mich, sind unsere Politiker blind und taub, was die Tschechen betrifft? Viele Leute wissen nicht mehr, was bei uns los ist.

Die Änderung der Satzung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Eintragung ins Vereinsregister. (Sie ist bis heute nicht eingetragen – Gott sei Dank.) Dem Bundesvorstand, insbesondere dem Vorsitzenden Posselt, sollte als gesetzlichen Vertreter des Vereins § 71 BGB inhaltlich bekannt sein. Unterstellt man ihm Gesetzeskenntnis, dann hat er mit der Pressemitteilung landes- und europaweit vorsätzlich eine unwahre Tatsache behauptet. Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist auch die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich, d. h. die Bundesversammlung ist nicht legitimiert, die Satzung zu ändern. Wir als Mitglieder wurden gar nicht gefragt, und deshalb waren wir auch nicht einverstanden. Darum gelten wir jetzt rechtsradikal, als Kraxallmacher und als vom rechten Rand und Hetzer. Wie müßte man die Befürworter nennen?

Was Posselt mit seinem Hab und Gut in Tschechien macht, ist uns egal, aber um unseres braucht er sich nicht zu kümmern. Wir können noch für uns denken und handeln!

Posselt Verhalten ist nicht mehr sehr glaubwürdig und somit vereinschädigend. Wie er mit Walli Richter bei dieser BDV-Tagung umging, war menschenunwürdig.

Wir wissen nicht, warum Seehofer und Posselt immer von Annäherung sprechen. Zuerst kommen die Beneš-Dekrete auf den Tisch und werden bearbeitet, und dann kann man sich vielleicht über Annäherung unterhalten. Warum das Pferd von hinten aufzäumen? Seehofer braucht sich nicht zu wundern, wenn der Ton schärfer wird. Wir, die Nachfolgegeneration, haben immer alles brav hingenommen, aber das ist nun vorbei. Deshalb sind wir noch lange nicht rechtsradikal und wir verwahren uns hier auf das schärfste.

Die Wahl zum Bundesvorsitzenden lief ähnlich ab wie die Satzungsänderung. Hörter und Vogt Gruber standen zur Wahl. Bei der Vorstellungrede von Vogt Gruber ging Posselt aus dem Saal und kam erst wieder, als Vogt Gruber seine Rede beendet hatte. So interessiert unseren Sprecher unsere Angelegenheit.

Nun noch zu meinem Erlebnis am Sudetendeutschen Tag: Unser Stand war im letzten Winkel der Halle, daneben der des Witikobundes – leer. Ich fragte, was da los ist? Ich suchte ein Gespräch mit Herrn Hörter und fragte ihn, warum der Stand des Witikobundes leer ist? Er gab mir zur Antwort, weil er rechtsradikal ist. Ich fragte nochmals: Wer ist rechtsradikal?, und er antwortete: Vogt Gruber. Ich dachte, mich trifft der Schlag. Ich fragte, warum? Er sagte, er war beim Witikobund in Plauen. Ich meinte, es ist doch zu begrüßen, wenn einer den Vorsitz von ganz Deutschland innehat, daß er sich darum kümmert, was dort los ist. Hörter: Und in Prag war er auch. Meine Antwort: Ihr fahrt doch auch nach Prag!

Wir fordern, daß Posselt und Hörter ihre Ämter niederlegen, sie haben nicht mehr unser Vertrauen.

Am Sudetendeutschen Tag wollte Vogt Gruber im reservierten Bereich Platz nehmen. Es wurde ihm gesagt, wenn er sich setzt, wird die Polizei gerufen und er wird abgeführt. Das sind DDR-Manieren.

Wir können uns nur bei den Demonstranten bedanken, die ausgehalten und gefordert haben: „Posselt muß weg!“

Name und Anschrift der Redaktion bekannt

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.